

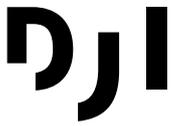
Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



Deutsches
Jugendinstitut

Abschlussbericht

Andreas Rottach, Svenja Wielath

Sekundäranalysen nationaler und internationaler Datenbasen

Teilbericht 3 des Projekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u. a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2024 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung April 2024
ISBN: 978-3-86379-509-2
DOI: 10.36189/DJI202404

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartner:
Dr. Björn Milbradt
Telefon +49 345 68178-37
E-Mail milbradt@dj.de

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt das veröffentlichende Institut die Verantwortung.

Berichte der Teilprojekte

Dieser Bericht ist Teil des Verbundprojekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“. Im Rahmen des Projekts wurden folgende sechs Teilberichte publiziert:

Björn Milbradt, Heinz Kindler, Mike Seckinger, Thomas Meysen

Teilbericht 1

Zentrale Befunde und Empfehlungen des Projekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“

Laura Meijer, Pia Saueremann, Karl-Philipp Henschelmann Shih-cheng Lien, Björn Milbradt, unter Mitarbeit von Anna-Lena Kroiß und David Sarnau

Teilbericht 2

Systematischer Literaturüberblick

Andreas Rottach, Svenja Wielath

Teilbericht 3

Sekundäranalysen nationaler und internationaler Datenbasen

Karl-Philipp Henschelmann, Laura Meijer, Pia Saueremann
unter Mitarbeit von Anna-Lena Kroiß und David Sarnau

Teilbericht 4

Standardisierte Online-Erhebung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 27 Jahren

Stepanka Kadera, Heinz Kindler, Susanne Witte

Teilbericht 5

Einrichtungs- und Fachkräftebefragung der Kindertagesstätten und Schulen in Deutschland

Leon A. Brandt, Thomas Meysen (SOCLES),
Stepanka Kadera, Heinz Kindler, Susanne Witte (DJI)

Teilbericht 6

Explorative Analyse zu Bedarfen der Kinder- und Jugendhilfe

Inhalt

Zusammenfassung		5
1	Einführung	9
	1.1	Verortung und Zielsetzung 9
	1.2	Theorie 10
	1.3	Methode 13
2	Einstellungen junger Menschen gegenüber Politik und Demokratie	15
	2.1	Politisches Interesse 15
	2.2	Politische Selbstwirksamkeit 16
	2.3	Zufriedenheit mit der Demokratie 19
	2.4	Politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement 21
	2.5	Einschätzung der Bedeutung der Demokratie 28
	2.6	Zwischenfazit: Chancen für die Demokratie 30
3	Demokratiefeindlichkeit der Jugend?	35
	3.1	Befürwortung einer autoritären Regierungsführung 35
	3.2	Verschwörungsglaube 37
	3.3	Gewaltausübung am Beispiel Mobbing 39
	3.4	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 41
	3.5	Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Schema 44
	3.6	Zwischenfazit: Herausforderung Extremismus 50
4	Praxiskontexte	54
	4.1	Frühkindliche Bildung 54
	4.2	Schule 55
	4.3	Kinder- und Jugendarbeit 62
	4.4	Zwischenfazit: Kompetenz in der Praxis 64
5	Gesamtfazit	67
6	Literaturverzeichnis	71
7	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	72
8	Abkürzungsverzeichnis	74
9	Anhang	75

Zusammenfassung

Ziel dieser Studie ist es, ein tiefergehendes Verständnis für die Bedarfe und Herausforderungen im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung zu gewinnen. Hierzu wurden 15 internationale und nationale Datensätze im Längs- und Querschnitt analysiert und europäische Vergleiche, Subgruppenanalysen, Trend- und Zusammenhangsanalysen durchgeführt. Die Ergebnisse bieten wichtige Erkenntnisse und Impulse für zukünftige politische Entscheidungen und praxisnahe Maßnahmen.

Grundsätzlich zeigen die Auswertungen, dass gerade hinsichtlich autoritärer Einstellungen, Verschwörungsgläubigkeit und Gewalt deutliche Alarmsignale gegeben werden müssen. Dennoch kann auch festgehalten werden, dass die Ausgangslage in Deutschland für Demokratieförderung bei allen Herausforderungen, vorsichtig formuliert, nicht als „ungünstig“ zu bezeichnen ist. Dies liegt insbesondere an den niedrigeren Werten demokratiefeindlicher Einstellungen bei jungen Menschen.

Kapitel 2 behandelt die Befunde bezüglich Überzeugungen und Einschätzungen zu demokratischen Strukturen, Prozessen sowie Beteiligungsformen mit dem Ziel einer ersten Standortbestimmung bei der Identifizierung von Ansatzpunkten für die Nutzung der Potenziale junger Menschen für die Demokratieförderung.

Das politische Interesse junger Menschen ist zwar insgesamt etwas niedriger als das der älteren, dennoch ist es nicht rückläufig und im internationalen Vergleich relativ hoch. Die Befunde zeigen starke Unterschiede nach Bildungsniveau und Geschlecht, wobei junge Männer und Menschen mit höherem Bildungsniveau politikinteressierter sind.

Die politische Selbstwirksamkeitserwartung ist ein wichtiger Faktor für die politische Partizipation. Deutschland verzeichnet im europäischen Vergleich eine hohe politische Selbstwirksamkeitserwartung bei jungen Menschen. Was jedoch auch sichtbar wird, ist der Einfluss von sozioökonomischen Faktoren. Armut verunsichert und hemmt Engagement. Politisches Interesse und politische Selbstwirksamkeit sind Schlüsselfaktoren für demokratisches Handeln: die politische Partizipation. Es zeigen sich positive Entwicklungen und international vergleichsweise hohe Werte für politische Partizipation und Engagement (auch Wahlbeteiligung) junger Menschen in Deutschland.

Die Befunde zeigen außerdem, dass politische Partizipation mit einer positiven demokratischen Grundhaltung einhergeht. Jüngere Menschen, die sich sozial oder politisch engagieren, neigen eher dazu, die demokratische Gesellschaft zu unterstützen. Klar zeigt sich außerdem, dass die Demokratie die gewünschte Staatsform ist. Hier liegen die Werte auf entsprechenden Skalen (auch im europäischen Vergleich) extrem hoch.

Bei der Zufriedenheit mit der Demokratie hat sich das Verhältnis zwischen jüngeren und älteren Menschen in Deutschland zuletzt (2020) umgekehrt. Die jüngeren sind nun weniger zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland als

die älteren Menschen. Dies mündet allerdings nicht in Politikverdrossenheit oder Ablehnung von demokratischen Werten. Die Unzufriedenheit hängt nur schwach mit einer geringen politischen Partizipation zusammen.

Kapitel 3 fokussiert demokratiegefährdende Faktoren und Einstellungen junger Menschen, die die Entstehung von extremistischen Orientierungen hervorbringen können.

Die Befürwortung einer autoritären Regierungsführung wird als Indikator für Demokratiefeindlichkeit betrachtet. Bei insgesamt hohen Werten liegen die für junge Menschen niedriger als für ältere Gruppen. Der Indikator der Zustimmung zu einer autoritären Regierungsführung bleibt bei den jungen Menschen über die Zeit weniger stabil als erwartet, was unterstreicht, dass präventiv in jungen Jahren angesetzt werden sollte.

Jüngere Menschen glauben außerdem weniger an Verschwörungsmythen als ältere Personengruppen. Leider ist das Niveau der Verschwörungsgläubigkeit insgesamt relativ hoch. In Ostdeutschland ist diese stärker ausgeprägt, und auch der ökonomische Hintergrund beeinflusst diese Haltung, wobei ein höheres Einkommen mit geringerem Verschwörungsglauben korreliert.

Mobbing in der Jugendphase wird als Beispiel für Gewalt und Gewaltakzeptanz verstanden und damit als weiterer Indikator für die Demokratiegefährdung. Die Daten verweisen darauf, dass Mobbing relativ stark verbreitet ist, wobei es jedoch Subgruppenunterschiede gibt. Geschlecht und Migrationshintergrund beeinflussen, ob jemand wahrscheinlich zu einem Mobbingopfer oder Täter wird dahingehend, dass dies für junge Männer und Personen mit Migrationshintergrund eher der Fall ist.

Junge Menschen weisen niedrigere und rückläufige Werte bei verschiedenen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auf. Die Selbsteinstufung junger Menschen in das politische Spektrum zeigt, dass sich ein beachtlicher Anteil junger Menschen extremen politischen Positionen links wie rechts zuordnet. Geringes politisches Interesse geht mit einer häufigeren Selbstzuordnung zu extremen politischen Positionen einher. Die Stabilität der Selbstzuordnungen über die Zeit liegt in einem mittleren Bereich, sodass von begrenzten individuellen Veränderungen auszugehen ist. Die hohen Werte für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die sich am rechten, jedoch nicht am linken, extremen Rand feststellen lassen, spricht dafür, hohe Priorität auf den Abbau von Rechtsextremismus zu legen.

Kapitel 4 beschäftigt sich mit Einschätzungen von Fachkräften aus der frühkindlichen Bildung, der Schule sowie der Kinder- und Jugendarbeit im Hinblick auf die Herausforderungen und Chancen im Kontext von Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Ein Drittel des Fachpersonals hält die Förderung eines Verständnisses von demokratischen Prinzipien für „sehr bedeutend“. Dieser Befund verweist darauf, dass Demokratieförderung in der dortigen Fachpraxis keine besondere Priorisierung erfährt.

Die Daten zeigen einen Bedarf an Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte im Bereich politischer Bildung. Das Schulklima in Deutschland ist durch die Schüler:innen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gut bewertet worden, was im Kontext von protektiven Faktoren der psychosozialen Gesundheit relevant erscheint.

In der Kinder- und Jugendarbeit sind Beratung und Fachwissen zu Themen wie Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorhanden, was auf die Fähigkeit von Fachkräften hinweist, mit dieser Herausforderung umzugehen.

Das Gesamtfazit (Kapitel 5) führt die aus den Sekundäranalysen abgeleiteten Bedarfe auf. Diese sind im Folgenden zusammengefasst:

- Auch wenn kein Grund zur Panik besteht, sprechen die Befunde, insbesondere aufgrund relativ hoher Werte auf den Skalen autoritärer Einstellungen, Gewaltakzeptanz und Verschwörungsgläubigkeit, dafür, dass es einen allgemeinen Bedarf für Demokratieförderung und Extremismusprävention gibt, der in der Implementierung von **langfristig** angelegten Maßnahmen in die Regelstrukturen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene liegt.
- Vor allem an den variierenden Befunden innerhalb der Gruppe der bis 27-Jährigen zeigt sich ein Bedarf an politischer Bildung und Demokratieförderung, die an altersspezifische Interessenlagen anknüpft, auf altersspezifische Kompetenzen und Wissensbestände zugeschnitten ist und sich nicht auf Wissens- und Kompetenzvermittlung beschränkt, sondern Demokratiebildung im weiteren Sinne umfasst.
- Gerade auch die frühe Jugendphase sollte für die Demokratieförderung genutzt werden. Hier können – vor allem über Schulen – noch alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden.
- Förder- und Präventionsmaßnahmen müssen zielgruppengerecht zugeschnitten sein. Dies gilt insbesondere für junge Menschen mit einfacher Bildung. Die Befunde sprechen auch für einen Bedarf nach gezielter politischer Bildung und Demokratieförderung für Mädchen, die „empowernd“ wirkt und sowohl das politische Interesse als auch die politische Selbstwirksamkeit stärkt.
- Mit Blick auf die Stabilität autoritärer Einstellungen müssen Ansätze entwickelt werden, mithilfe derer sich verfestigenden autoritären Haltungen entgegenwirken kann. Risikogruppen müssen noch genauer identifiziert werden.
- Die Studie ergab auch, dass junge Menschen in geringerem Maße als ältere an Verschwörungsnarrative glauben, was einen guten Ansatzpunkt ermöglicht, z. B. auch in der Schaffung medienbezogener Bildungsangebote. Diese sollten stärker in die politische Bildung und Demokratieförderung integriert werden und auf aktuelle Phänomene reagieren, Aufklärungsarbeit leisten und Handlungsstrategien vermitteln, z. B. das Erkennen von Falschnachrichten.

- Präventionsbedarfe zeigen sich insbesondere mit Blick auf Rechtsextremismus, wobei die Präventionsarbeit bereits bei den deutlich weiter verbreiteten rechtspopulistischen Einstellungen, z. B. Demokratieskepsis und verschiedene Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, ansetzen sollte.
- Politische Bildung sollte als wichtiger Bestandteil der Demokratieförderung in der schulischen Regelversorgung als Unterrichtsfach sowie fächerübergreifendes Prinzip im Rahmen einer demokratischen Schul- und Unterrichtskultur gestärkt werden.
- Es erscheint sinnvoll, in pädagogischen Kontexten im Rahmen der Beschäftigung mit Demokratie unterschiedliche Regierungs- und Staatsformen zu reflektieren und zu diskutieren.

1 Einführung

1.1 Verortung und Zielsetzung

Als ein Teilvorhaben des Projekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ waren die quantitativen Sekundäranalysen in der Fachgruppe J2 „Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe“ am Deutschen Jugendinstitut angesiedelt.

Es wurden empirische Analysen von bereits existierenden Datenbasen durchgeführt. Diese Daten wurden durch viele verschiedene, aktuelle, nationale und internationale Studien erhoben, in denen verschiedene Zielgruppen der Angebote im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention oder auch pädagogische Fachkräfte befragt wurden (eine Liste der in die Sekundäranalysen eingehenden Surveydaten findet sich im Kapitel 9, Tab. D 1 im Anhang). Die Auswahlkriterien für den Einschluss von Studien in diese Auswertung werden im Abschnitt Methode (1.3) beschrieben.

Im Rahmen der vorliegenden Sekundäranalysen werden Phänomene analysiert, die im Zusammenhang mit Demokratieförderung und Extremismusprävention für verschiedene Fachkräfte und Zielgruppen relevant sind. Hierzu zählen Einstellungen, z. B. die gegenüber demokratischen Werten, und anvisierte sowie umgesetzte Aktivitäten wie politische Partizipation oder Passivität. Auch Fragen von Toleranz, Einstellungen gegenüber zugewanderten Menschen usw. sind relevante Aspekte für die sekundäranalytische Auswertung.

Es werden Daten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 27 Jahre zu Dimensionen und Merkmalen, die im Kontext von Demokratieförderung und Extremismusprävention relevant erscheinen, ausgewertet, indem einerseits eine Gegenüberstellung der Befunde zu denen der übrigen Altersgruppen erfolgt. Die Befunde werden andererseits auch nach verschiedenen Subpopulationen differenziert betrachtet (zum Beispiel Geschlecht, Bildungsniveau, Haushaltseinkommen, Migrationshintergrund, West-/Ostdeutschland). Des Weiteren werden die Daten auch im Zeitvergleich ausgewertet, um auch Entwicklungen erkennbar werden zu lassen. Darüber hinaus werden die Ergebnisse mit europäischen Daten in Bezug gesetzt, um so einerseits grundlegende Zusammenhänge (z. B. den starken Einfluss von Bildung auf eine positive Grundhaltung gegenüber Demokratie, vgl. Rottach u. a. 2022) abzusichern und andererseits spezifische Entwicklungen in Deutschland sichtbar werden zu lassen. Angesichts der europäischen Vernetzung radikalisierter Szenen ist diese kombinierte Analyse der demokratischen Orientierungen junger Menschen in Deutschland und Europa für die weiteren Planungen von Programmen und Maßnahmen hilfreich. Die Hinzuziehung internationaler Perspektiven soll außerdem weitere Ansatzpunkte für die Förderung internationaler Zusammenarbeit und Peer-Learning Prozesse anregen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016).

Die Zielsetzung der Sekundäranalysen ist analog zum Gesamtprojekt die Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention. Der Fokus der Sekundäranalysen liegt darauf, Forschungslücken zu schließen, die auf Basis existierender und zugänglicher quantitativer Datenquellen geschlossen werden können.

Damit sind die Sekundäranalysen im Gesamtprojekt eng mit dem durch ein anderes Teilprojekt durchgeführten systematischen Literaturüberblick (Teilbericht 2) zur aktuellen Forschung im Themenfeld verknüpft, weil dieses das existierende Wissen zugänglich macht und somit als Ausgangspunkt für die Sekundäranalysen dient, welche neues Wissen auf Basis vorliegender Daten generieren. Des Weiteren gibt es Bezüge zu den im Rahmen des Gesamtprojekts durchgeführten Primärerhebungen, welche Wissen auf Basis neu erhobener Daten erzeugen.

Von den allgemeinen Projektfragestellungen konnten vor allem die folgenden Fragestellungen mit den verfügbaren Daten bearbeitet werden:

- Welche Einstellungen gibt es bei den Zielgruppen gegenüber demokratischen Werten und Extremismus, einschließlich autoritären, demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen?
- Welche Problemlagen können identifiziert werden hinsichtlich Handlungsdispositionen und Verhalten (zum Beispiel politischer Partizipation, aber auch negativer wie Mobbing)?
- Welche Bedarfe der Fachpraxis (frühkindliche Bildung, Jugendarbeit und Schule) lassen sich aus den empirischen Analysen für die Bereiche demokratische Bildung und Extremismusprävention ableiten?

Im Rahmen dieses Berichtes wird zunächst ein Blick auf die theoretische Einordnung der Sekundäranalysen geworfen (1.2) sowie auf die Betrachtung des methodischen Vorgehens (1.3). Im Kapitel 2 stehen jugendspezifische Chancen und protektive Aspekte im Kontext von Demokratieförderung, im Kapitel 3 Herausforderungen sowie Risikofaktoren und Tendenzen im Zusammenhang mit Extremismusprävention im Fokus. Daran anschließend folgt im Kapitel 4 die Auseinandersetzung mit der Perspektive der Fachkräfte aus verschiedenen Praxiskontexten. Ein Gesamtfazit (Kapitel 5) schließt vorliegende Ausführungen ab.

1.2 Theorie

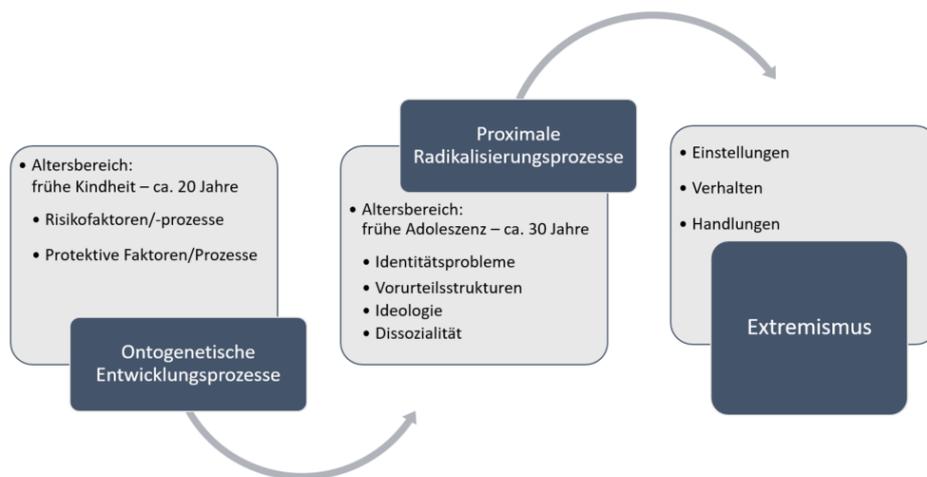
Um bei der Betrachtung der vielfältigen gesellschaftlichen Tatbestände im Bereich Demokratie und deren Bedrohung durch extremistische Tendenzen nicht die Orientierung zu verlieren, ist es hilfreich, diese vor dem Hintergrund der Theorie einzuordnen. Dies soll dabei unterstützen, die Befunde zu kontextualisieren und Anknüpfungspunkte zu den jeweiligen Diskursen herzustellen. Auf Theorie wird punktuell bei der Interpretation der Ergebnisse sowie der Übersetzung in Bedarfe eingegangen. Diese Bezugnahme bedeutet jedoch nicht, dass theoretische Modelle als solche im Kontext der Sekundäranalysen evaluiert werden sollen. Die Verortung der

Analysen in gewählten theoretischen Perspektiven soll lediglich die sekundäranalytischen Betrachtungen einordnen und die geleisteten Interpretationen und Bedarfsableitungen plausibilisieren helfen.

Verschiedene theoretische Modelle versuchen Extremismus, Radikalisierung oder Demokratiefindlichkeit zu erklären und unterscheiden sich in ihren Zugängen. Beispielsweise rücken einige sozialwissenschaftliche Ansätze (Hafez/Creighton 2015; Heitmeyer 2002–2012) unter anderem gesellschaftliche Strukturen und Mechanismen der Ausgrenzung, Diskriminierung oder Marginalisierung in den Mittelpunkt, während andere eher sozialpsychologisch ausgerichtete Modelle, Radikalisierung und demokratiegefährdende Tendenzen auf soziale Kompensationsmechanismen unbefriedigter psychologischer Bedürfnisse zurückführen (Kruglanski u. a. 2014). Auf einer anderen Ebene unterscheiden sich auch die Herangehensweisen, wenn beispielsweise eher von einer Präventionslogik verglichen mit einer Förderlogik gesprochen wird.

Ein theoretischer Zugang, der sich eher auf die Präventionslogik bezieht und der Perspektive auf die zeitliche Sozialentwicklung eine besondere Beachtung schenkt, ist das entwicklungsorientierte Modell der Radikalisierung (Beermann 2022). Beschrieben als das „Resultat einer systematischen Integration von bestehenden Erkenntnissen zu Radikalisierungsprozessen und deren psychologischen Grundlagen“ sowie der Forschung zu Risiko- und Schutzfaktoren und systematischer Evaluationen von Präventionsprogrammen, behandelt es in drei Prozessstufen, wie über die Zeit in Radikalisierungsprozessen Extremismus entstehen kann (Beermann 2022, S. 158 f.). Das Modell ist in vereinfachter Form in Abb. 1.1 dargestellt.

Abb. 1.1: Dreistufiges entwicklungsorientiertes Modell der Radikalisierung



Quelle: Eigene Darstellung nach Beermann (2022, S. 159)

Hierbei geht es um die aus Radikalisierungstendenzen entstehenden Formen von (politischem wie religiösem) Extremismus, sichtbar durch eine Abweichung von mehrheitsgesellschaftlich vertretenen Normen und Werten und deren Ersetzung durch solche, die außerhalb der Menschenrechte und demokratischen sowie rechtsstaatlichen Grundprinzipien liegen. Beermann analysiert hierfür gesellschaftliche,

soziale und individuelle Faktoren, die auf die Sozialentwicklung junger Menschen einwirken und somit das Risiko für Radikalisierungstendenzen verändern. Das Modell vertritt die Annahme, „dass sich individuelle Radikalisierung als Resultat ungünstiger sozialer Entwicklungsprozesse im Lebenslauf charakterisieren lässt“ (Beelmann 2022, S. 159).

Die erste Stufe beschreibt ontogenetische Entwicklungsprozesse, welche in der frühen Kindheit bis in die Jugend hinein auf ein Zusammenwirken von Risiko- und Schutzfaktoren bezüglich Sozialisierungs- und Radikalisierungsprozesse verweisen. Die Risikofaktoren werden auf drei Ebenen identifiziert: gesellschaftlich, sozial und individuell, während für protektive Faktoren zwischen allgemeinen und extremismusspezifischen Faktoren unterschieden wird (Beelmann 2022, S. 161). Das Modell postuliert, dass bei einem längerfristigen, chronischen Ungleichgewicht im multi-kausalen Zusammenwirken von Risiko- und protektiven Faktoren der Entwicklungsprozess junger Menschen mit höherer Wahrscheinlichkeit in Richtung Radikalisierung kippen kann.

Auf der zweiten Stufe des Modells wirken dann proximale Radikalisierungsprozesse. Diese sind in vier Hauptbereiche unterteilt, wobei jeder einen psychologischen Prozess symbolisiert, die nach Annahme des Modells in verschiedenen Konstellationen notwendig für Radikalisierungsprozesse sind: Identitätsprobleme und Krisen, Vorurteilsstrukturen, Ideologien und Dissozialität (Beelmann 2022, S. 162). Diese Prozesse finden Beelmann zufolge insbesondere zwischen früher Adoleszenz und jungem Erwachsenenalter statt und können eine Grundlage für Extremismus bilden. Die letzte Stufe des Modells stellt anschließend die des möglicherweise eintretenden (politischen oder religiösen) Extremismus dar.

Das Modell stützt die Annahme, dass es frühe präventive Maßnahmen braucht und zielgerichtete Maßnahmen in der Jugendphase, die den unterschiedlichen Lebensrealitäten Jugendlicher und junger Erwachsener Rechnung tragen.

Jukschat u. a. (2019, S. 191) verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass der Ansatz, Extremismus- und Radikalisierungsprävention in den Vordergrund zu stellen, notwendig erscheinen mag, aber eben nur **einen** spezifischen Zugang zur Problemlage darstellt. Die Einnahme einer Präventionsperspektive birgt die Gefahr, dass u. a. die Bedürfnisse und Lebenslagen von Individuen, die sich möglicherweise radikalieren, aus dem Blick geraten. Deshalb soll im theoretischen Kontext dieser Studie auch die Förderperspektive sichtbar werden, die Demokratieförderung, politische Bildung und Demokratiebildung hervorhebt und somit einen weiteren Zugang ermöglicht. Dieser positiv ausgerichtete Blick auf junge Menschen, der auch Eigenschaften wie „Kompetenzzuwachs, Subjektbildung, (politische) Mündigkeit und demokratische Mitbestimmung“ in den Blick nimmt, bezieht sich demnach auf Stärken und Interessen und folgt weniger stark der Präventionslogik mit ihrer Defizitorientierung, die adressierte Gruppen als potenziell deviant denkt (Jukschat/Herding/Jakob 2019, S. 194).

In diesem Kontext plädieren auch Gill und Achour (2019) dafür, politische Bildung zu fördern. Im Kern sind damit drei Aufgaben verbunden: die Vermittlung von

Kompetenzen und Wissen, die Befähigung der eigenen Urteilsbildung sowie der Ermutigung zu proaktivem politischem Handeln. Auch Benno Hafenecker (2019) sowie Björn Milbradt u. a. (2019) verweisen darauf, dass präventive und fördernde Ansätze zusammengedacht werden müssen, um einen ausdifferenzierten Blick auf das Thema „junge Menschen und Demokratie“ werfen zu können. Dieser kann dazu beitragen, die gemeinsamen Ziele zu erreichen.

1.3 Methode

Für die hier durchgeführten Sekundäranalysen werden Individualdaten von Personen verwendet, die im Quer-, im Längsschnitt- sowie Paneldesign erhoben wurden. Eine Übersicht der hierbei verwendeten nationalen und internationalen Datenbasen liefert Tab. D 1 im Anhang. In den Analysen wird das in dieser Datenstruktur liegende Analysepotenzial genutzt. Dies bedeutet, dass, wo dies die Datensätze erlauben, sowohl Zeitreihen als auch internationale Vergleiche zur Darstellung und Kontextualisierung der aktuellen Befundlage eingesetzt werden.

Die Auswahl der Datenbasen erfolgte nach den Kriterien Aktualität, thematische Passung, Datenqualität, Repräsentativität und Zugänglichkeit. Aufgrund des limitierten Berichtsumfanges konnten nicht alle Datenbasen, die durch die Projektgruppe erschlossen wurden, auch als Grundlage für den Bericht genutzt werden. Des Weiteren bestand zu einigen Datenbasen kein Zugang. So wurde zum Beispiel eine Anfrage zur Nutzung der Daten der Mitte-Studie abgelehnt. Eine Nutzung dieser Daten durch Dritte sei nicht vorgesehen.

Die Daten wurden für die Analyse aufbereitet und gegebenenfalls auf Grundlage explorativer Faktorenanalysen auch Indizes gebildet, das heißt, es wurden Items, die ein gemeinsames Konstrukt erfassen (z. B. die Einstellungen gegenüber einer gesellschaftlichen Gruppe), zu einer Skala zusammengefasst. Dies erfolgte sowohl bei metrisch skalierten Variablen durch das arithmetische Mittel der Einzelwerte, als auch als additiver Index bei nominalskalierten Merkmalen.

Neben deskriptiven Darstellungen der relativen Häufigkeiten für nominalskalierte Merkmale (z. B. der Anteil junger Menschen in Prozent, welche für sich angeben, ob und welche politische Partizipationsformen sie in den letzten 12 Monaten gewählt haben) und der Mittelwerte bei ordinal- bzw. metrisch skalierten Merkmalen (z. B., wenn sich Personen auf einer Einstellungsskala einer Kategorie zuordnen), wurden auch Zusammenhangsanalysen durchgeführt.

Diese Zusammenhangsanalysen sind bei nominalen Variablen einfache Gruppenvergleiche. Hier werden dann auch die Werte für die Teststatistik (Chi-Quadrat-Tests) angegeben, um beurteilen zu können, ob die Verteilung des Merkmals in einer Gruppe (z. B. die Zugehörigkeit zur Altersgruppe der bis 27-Jährigen) zufällig oder von einem anderen Merkmal abhängig ist (z. B., ob die Person angibt, ein bestimmtes politisches Beteiligungsformat genutzt zu haben oder nicht). Des Weiteren werden, um Mittelwertvergleiche besser interpretieren zu können, die Effektstärken nach Jacob Cohen (1988) angegeben. Hier gelten folgenden Schwellenwerte: Ein Mittelwertunterschied von $d = .2$ wird als kleiner, ein Unterschied von $d = .5$ als

mittlerer und von $d = .8$ als großer Effekt bezeichnet. Um Zusammenhänge auch in Abhängigkeit verschiedener Kontextvariablen (Geschlecht, Migrationshintergrund, Zugehörigkeit zur Altersgruppe der bis 27-Jährigen, Wohnort in West- oder Ostdeutschland etc.) zu überprüfen, wurden logistische und multiple lineare Regressionsmodelle berechnet.

Bei logistischen Regressionsmodellen werden neben den Koeffizienten auch die durchschnittlichen Marginaleffekte, die „Average Marginal Effects“ (AME), angegeben. Sie geben Auskunft darüber, um wie viele Prozentpunkte sich die Wahrscheinlichkeit des Auftretens des abhängigen Merkmals im Mittel aller Messungen verändert, wenn sich die jeweilige unabhängige Variable um eine Einheit erhöht. Bei nominalen Variablen geben die AME an, um wie viele Prozentpunkte sich die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit in der betrachteten Subgruppe von der Wahrscheinlichkeit in der jeweiligen Referenzgruppe unterscheidet.

Für mehrere Items aus den Surveys, die ein gemeinsames Konstrukt erfassen, wurden diese nach einer Reliabilitätskontrolle zu einem Index zusammengefasst. Dies erfolgte durch das arithmetische Mittel der Einzelitems. Ausnahmen bilden hier die vier Partizipationsindizes: der Index „Social Activity“ (Tab. D 3), der „Index politische Partizipation (ESS)“ (Tab. D 4), der „Index Politische Partizipation (GEN Z)“ (Tab. D 5) und der Index „gesellschaftliches Engagement“ (Tab. D 6). Diese sind als additive Indizes aus binären Einzelitems konstruiert. Das heißt, der Wert des Index ergibt sich aus der Summe der Einzelitems. Im Anhang sind alle Indizes im Detail beschrieben. Es werden dort neben dem Wert der Reliabilitätsstatistik (Cronbachs Alpha), den Mittelwerten (MW), den Standardabweichungen (SD) und den Fallzahlen (N) der Indizes auch die prozentuale Häufigkeit aller Kategorien der Einzelitems berichtet. Daneben enthalten die Anmerkungen der Tabellen auch die Informationen zu den Wertebereichen der Indizes.

2 Einstellungen junger Menschen gegenüber Politik und Demokratie

Im Kapitel 2 stehen die Perspektive und Einstellungen junger Menschen bezüglich Politik und Demokratie im Zentrum der sekundäranalytischen Betrachtung. Ein Fokus wird auf die für junge Menschen protektiven und somit für die Demokratie förderlichen Faktoren gerichtet. Diese sind die Voraussetzung dafür, dass Demokratieförderung erfolgreich sein kann.

Diese zielt – folgt man der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung – auf eine Stärkung des „demokratischen Denkens und Handelns“ sowie auf „eine demokratische politische Kultur auf Grundlage der wertebundenen Verfassung“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016, S. 11). Die Maßnahmen der Demokratieförderung reichen von der Schaffung und Weiterentwicklung der Strukturen und Rahmenbedingungen bis hin zur Befähigung von Einzelnen durch spezifische Angebote und Verfahren (ebd.).

Bei der Betrachtung junger Menschen und ihres Verhältnisses zur Demokratie sind verschiedene Aspekte zu untersuchen. In diesem Kapitel werden empirische Analysen zu Einstellungen und Handlungen junger Menschen vorgenommen. Es werden Befunde zu folgenden Themen vorgestellt: politisches Interesse (2.1), politische Selbstwirksamkeit (2.2), Zufriedenheit mit der Demokratie (2.3), politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement (2.4) sowie Einschätzung der Bedeutung der Demokratie (2.5). Der Abschnitt schließt mit einem Zwischenfazit (2.6).

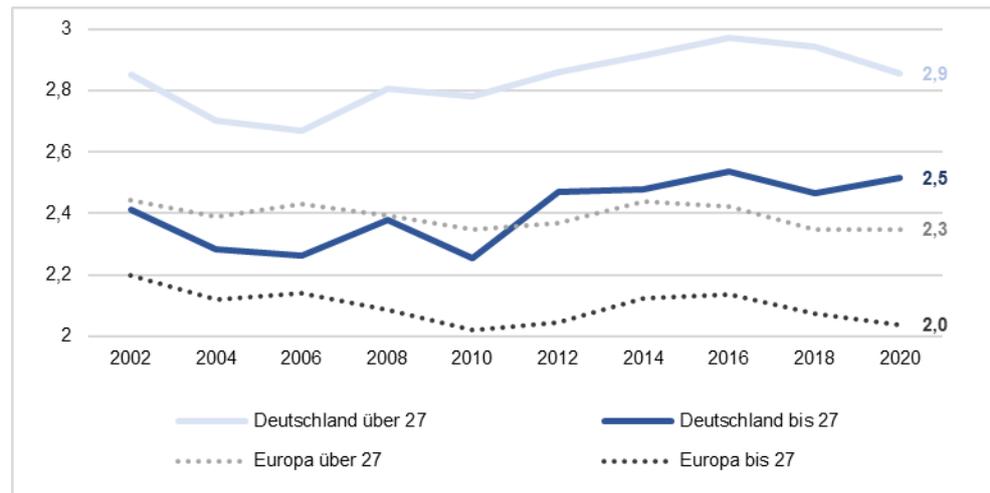
2.1 Politisches Interesse

Politisches Interesse ist eine wichtige Voraussetzung für die politische Partizipation und ein wesentlicher Faktor für demokratische Einstellungen und demokratisches Handeln. Im systematischen Literaturüberblick (Teilbericht 2) werden diese Zusammenhänge im Abschnitt 3.1.1 dargelegt und empirische Befunde präsentiert. So sprechen dort aufgeführte Studien im Schnitt von etwa einem Drittel der jungen Menschen, die nicht oder sehr wenig an Politik interessiert sind. Sekundäranalytische Auswertungen der Daten des DJI-Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) lassen sich in diese Befundlage einordnen. Der Anteil der jungen Menschen zwischen 12 und 25 Jahren, die sich selbst auf einer 5-stufigen Skala des politischen Interesses, von Stufe 1 „überhaupt nicht interessiert“ bis 5 „sehr stark interessiert“ den unteren beiden Kategorien zuordnen, lag im Jahr 2021 bei rund 31 Prozent und damit um vier Prozentpunkte niedriger als noch bei der AID:A-Erhebung 2019. Es kann also zumindest davon ausgegangen werden, dass das politische Interesse bei den jungen Menschen nicht noch weiter abgesunken ist.

Im europäischen Vergleich (Abb. 2.2) wird auf Grundlage der Daten des „European Social Survey“ (ESS) von 2020 deutlich, dass das politische Interesse der jungen

Menschen (der 16- bis 27-Jährigen) in Deutschland höher ist als im restlichen Europa. Auf einer 4-stufigen Skala des politischen Interesses liegen die deutschen jungen Menschen mit einem Mittelwert von MW = 2.5 um einen halben Skalenpunkt höher als ihre Altersgenossinnen und Altersgenossen in Europa (MW = 2.0). Auch zeigt die Betrachtung der Zeitreihe, dass seit dem Jahr 2010 das politische Interesse der jungen Menschen in Deutschland angestiegen ist.

Abb. 2.2: Politisches Interesse in Deutschland und Europa nach Altersgruppen, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten

Anmerkungen: Angegeben sind die Mittelwerte beider Altersgruppen für Deutschland und Europa auf einer vierstufigen Skala von 1 = „gar nicht interessiert“ bis 4 = „sehr interessiert“. Itemtext: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“, Fallzahlen (2020): Deutschland: N = 8 187, Europa: N = 42 776

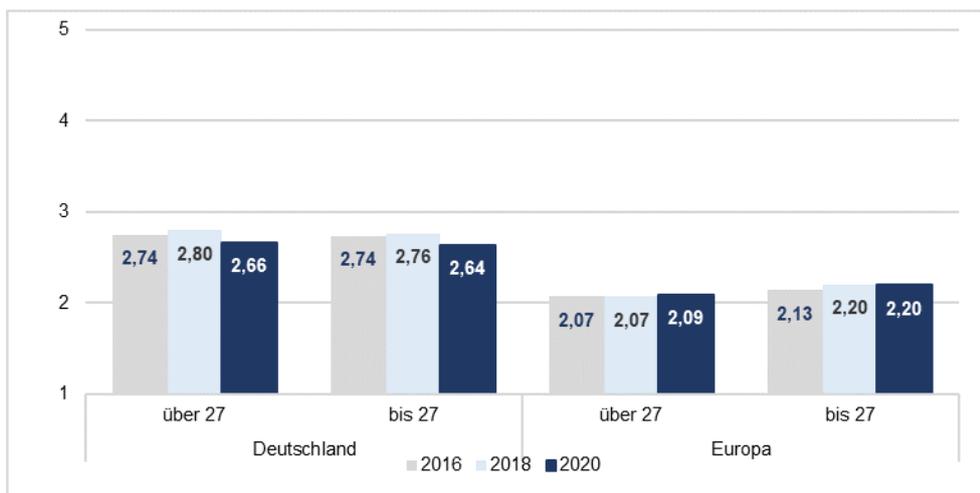
Die Befundlage, wie sie im systematischen Literaturüberblick dargestellt wird, deutet darauf hin, dass das politische Interesse in starkem Maße positiv mit dem Grad (formaler) Bildung korreliert (Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 3.1.1). Auf Basis der ESS-Daten konnte dieser Befund nicht reproduziert werden. Der Effekt des Geschlechts auf das politische Interesse, dass junge Frauen im Schnitt weniger an politischen Themen interessiert sind, zeigt sich auch in Regressionsanalysen, die im Rahmen der vorliegenden Studie durchgeführt wurden, und lässt sich für ganz Europa feststellen (vgl. Tab. D 7 im Anhang).

2.2 Politische Selbstwirksamkeit

Demokratische Teilhabe setzt politische Kompetenzen voraus wie politische Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie politisches Wissen. Diese Aspekte werden im systematischen Literaturüberblick (Teilbericht 2) im Abschnitt 3.1.2 behandelt. In den sekundäranalytischen Auswertungen liegt der Fokus auf den subjektiven Einschätzungen von Studienteilnehmenden hinsichtlich ihrer politischen Kompetenz und darauf, ob sie sich in der Lage sehen, diese auch im politischen Prozess einzusetzen. Damit soll die politische Selbstwirksamkeitserwartung (PSWE) erfasst werden.

Die Ergebnisse der Auswertung der Daten des ESS, im Hinblick auf den Vergleich der politischen Selbstwirksamkeitserwartung nach Altersgruppen und zwischen Personen aus Deutschland und aus den anderen europäischen Ländern, sind in Abb. 2.3 dargestellt. Entgegen der Befundlage aus der „International Civic and Citizenship Education Study“ (ICCE) (siehe Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 3.1.2) haben die Menschen in Deutschland in den Jahren seit dem Jahr 2016 durchgängig eine deutlich höhere politische Selbstwirksamkeitserwartung als die im übrigen Europa ($F_{(1,142\ 521)} = 4\ 154.2$, $p = .000$, $d = .58$)¹. Zwischen den Altersgruppen (bis 27 Jahre; über 27 Jahre) besteht hingegen kein Unterschied. Allerdings ist auch festzuhalten, dass sich bei den Befragten in allen europäischen Ländern die Werte für die politische Selbstwirksamkeitserwartung in einem mittleren Bereich bewegt. Die Diskrepanz zwischen dem ICCE und dem ESS kann auf Basis der vorliegenden Daten nicht erklärt werden. Möglicherweise liegt es an der unterschiedlichen Stichprobenziehung: beim ESS wurden Menschen aus allen Regionen Deutschlands befragt, beim ICCE ausschließlich Menschen aus Nordrhein-Westfalen.

Abb. 2.3: Politische Selbstwirksamkeitserwartung in Deutschland und Europa nach Altersgruppen, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten 2016 bis 2020

Anmerkungen: Dargestellt sind die Mittelwerte des Items „Vertrauen in die eigene Fähigkeit, sich an der Politik zu beteiligen“ von 1 = „überhaupt kein Vertrauen“ bis 5 = „vollkommenes Vertrauen“. Fallzahlen (2020): N (Deutschland) = 8 085, N (Europa) = 41 953

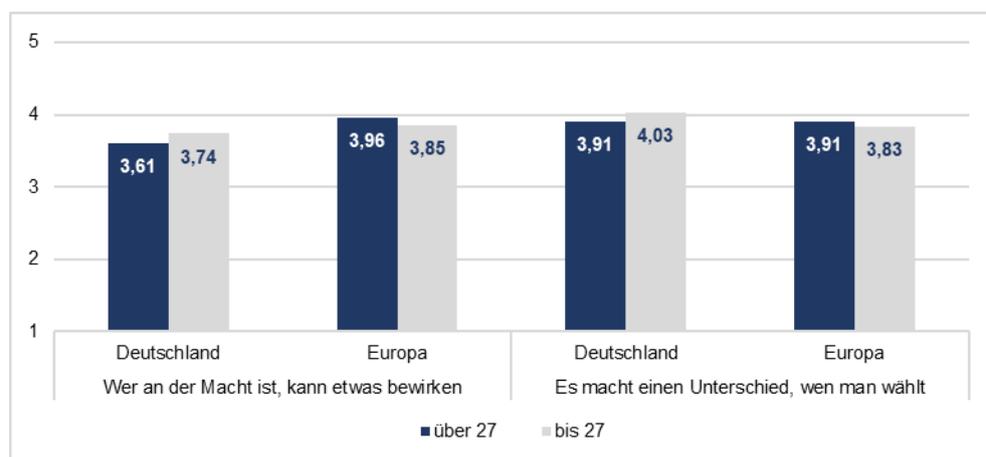
Des Weiteren ist festzuhalten, dass der Wert für die Menschen in Deutschland unter dem Skalenmittel von drei liegt und im Vergleich zum Jahr 2018 leicht abgenommen hat. Das heißt, die Menschen (junge wie ältere) haben etwas weniger Vertrauen in ihre Fähigkeiten, sich an der Politik zu beteiligen. Dieser Rückgang ist nicht überzufällig, also nicht signifikant. Dieses Ergebnis sollte dennoch insbesondere im

1 In diesen Klammern werden die statistischen Kennwerte angegeben: In der tiefgestellten Klammer die Anzahl der Freiheitsgrade und die Fallzahl. Hinter dem Gleichzeichen steht der Wert der F-Statistik und der zugehörige p-Wert. Am Ende gibt „d“ die Effektstärke nach Cohen an (siehe auch die Beschreibung der Methode im Abschnitt 1.3.).

Kontext der Maßnahmen zur Demokratieförderung aufhorchen lassen, da die politische Selbstwirksamkeitserwartung einen wichtigen Schlüsselfaktor für die politische Partizipation und damit auch für das demokratische Handeln darstellt.

In Abb. 2.4 wird auf Basis der Daten der „Comparative Study of Electoral Systems“ (CSES) dargestellt, wie sehr die Befragten davon überzeugt sind, dass die Politik etwas bewirken und die Politik durch das Wahlverhalten beeinflusst werden kann. Im europäischen Vergleich sind die Befragten in Deutschland etwas skeptischer, ob Politiker, die an der Macht sind, etwas bewirken können. Dies gilt insbesondere für die über 27-Jährigen. Deren Werte liegen in Deutschland um .35 Skaleneinheiten niedriger. Insgesamt liegen die Werte deutlich über dem Skalenmittel von drei. Hinsichtlich des zweiten Items, der Beurteilung, ob es einen Unterschied mache, wen man wählt, liegen die Werte der deutschen jungen Menschen im europäischen Vergleich etwas höher und erreichen einen Mittelwert von vier.

Abb. 2.4: Beurteilung der Wirksamkeit von Politik und Wahlen in Deutschland und Europa nach Altersgruppen, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der CSES-Daten

Anmerkungen: Dargestellt sind die Mittelwerte der Items mit jeweils den Antwortkategorien: 1 = „stimmt gar nicht“ bis 5 = „stimmt absolut“. Fallzahlen (2019): N (Deutschland) = 2 017, N (Europa) = 28 198

Um zu untersuchen, welche Faktoren die politische SWE bei jungen Menschen (14 bis 22 Jahre) beeinflussen, wurde ein lineares Regressionsmodell auf der Datengrundlage des Surveys „Zukunft? Jugend fragen!“ (Zjf) berechnet (Tab. 2.1). Als unabhängige Variablen gingen neben dem Alter in drei Kategorien auch der Migrationshintergrund, Wohnort Großstadt, Wohnort Ost- oder Westdeutschland, der Bildungshintergrund und die Zugehörigkeit zu einer der drei durch die Studie eingeführten Jugendtypen ein. Dies sind die „Idealistischen“ (36 Prozent), die auch kollektivem Engagement positiv gegenüberstehen, die „Pragmatischen“ (37 Prozent), denen beruflicher Erfolg und guter Lebensstandard besonders wichtig sind, und die „Distanzierten“ (27 Prozent) mit weniger Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen (vgl. Frick u. a. 2023, S. 11).

Es zeigt sich, dass sowohl für die idealistischen und pragmatischen jungen Menschen eine höhere politische SWE prognostiziert wird. Für junge Frauen prognostiziert das Modell geringere Werte und auch das Bildungslevel hat in diesem Modell

einen Einfluss. Für junge Menschen mit höherem Bildungsniveau werden höhere Werte bei der politischen SWE erwartet. Bemerkenswert erscheint auch, dass es keinen systematischen Unterschied zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ost und West gibt.

Tab. 2.1: Regressionsmodelle zur Prädikation politischer Selbstwirksamkeitserwartung bei jungen Menschen

AV: Politische Selbstwirksamkeitserwartung (Index)	β
Geschlecht (1 = weiblich)	-.15***
Alter 14 bis 16 (20 bis 22 = Ref.)	.01
Alter 17 bis 19 (20 bis 22 = Ref.)	-.01
Migrationshintergrund (1 = mit MH)	.03
Großstadt über 100.000 Einwohner (GS = 1)	.01
Ostdeutschland (Westdeutschland = Ref.)	.02
Bildungshintergrund mittel (hoch = Ref.)	-.07*
Bildungshintergrund niedrig (hoch = Ref.)	-.07*
Idealistische (Distanzierte = Ref.)	.19***
Pragmatische (Distanzierte = Ref.)	.23***
N	791
R ²	.07

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der ZJf-Daten (2019)

Anmerkungen: Angegeben sind die standardisierten Koeffizienten β , R² = R-Quadrat, N = Fallzahl; Index „politische Selbstwirksamkeitserwartung“: Beschreibung siehe Tab. D 8 im Anhang; *** p > .001; * p > .05

2.3 Zufriedenheit mit der Demokratie

Ein wichtiger Indikator für die Unterstützung der Bürger:innen für das politische System ihres Landes ist deren Einschätzung, wie gut die Demokratie in ihrem Land funktioniert (Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 3.1.3). Das Erhebungsinstrument des ESS erfasst dieses Merkmal über die Frage „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?“

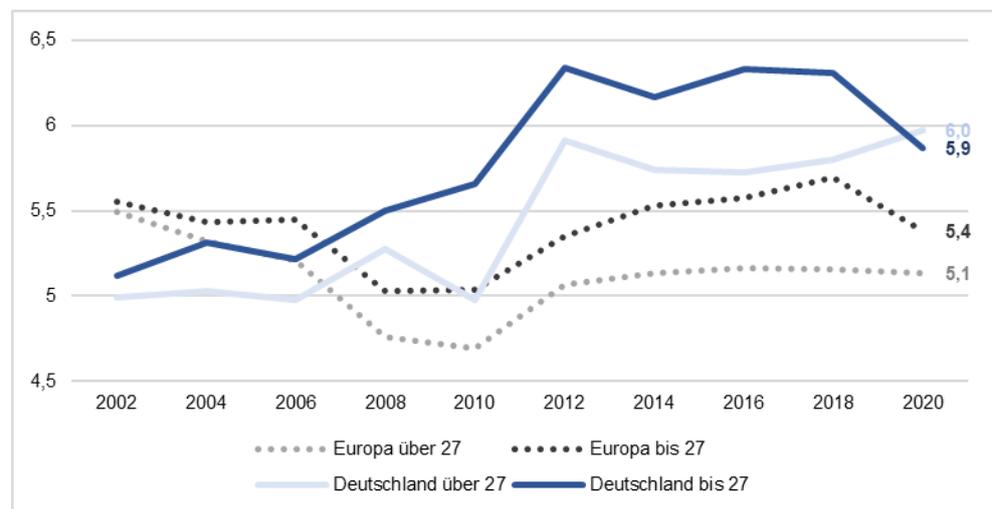
Die Antwortmöglichkeiten können auf einer 11-stufigen Skala von 0 „äußerst unzufrieden“ bis 10 „äußerst zufrieden“ gegeben werden. Bei der Beantwortung dieser Frage geben die Befragten keine direkte Beurteilung zum Beispiel der Regierungsarbeit ab (vgl. dazu Abb. 2.5), sondern bewerten im Allgemeinen, ob sie grundsätzlich der Meinung sind, die Demokratie sei funktionsfähig. In der Abb. 2.5 ist die Entwicklung der Zufriedenheitswerte mit der Demokratie in Deutschland im Vergleich zu Europa ohne Deutschland und nach Altersgruppen seit der Jahrtausendwende bis zum Jahr 2020 dargestellt.

Zunächst zeigt sich, dass – insgesamt betrachtet – die Werte mit Ausnahme der Jahre 2008 und 2010 über dem Skalenmittel von fünf liegen. Das heißt, die Bürger:innen Europas sind durchaus ambivalenter Ansicht hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Demokratie in ihren nationalen Gesellschaften. In Anteilswerten ausgedrückt bedeutet das, dass über 36 Prozent aller Europäer:innen (inklusive

Deutschland) eher unzufrieden mit der Demokratie in ihrem Land sind, und 17 Prozent wählten bei dieser Beurteilung die Mittelkategorie.

Für Deutschland und Europa gilt, dass sich junge Menschen in den letzten zwei Jahrzehnten zufriedener zeigten als die älteren. In Deutschland hat sich dieses Verhältnis allerdings zwischen 2018 und 2020 umgedreht. Für Deutschland gilt des Weiteren, dass im Jahr 2020 sowohl die Zufriedenheitswerte der jungen Menschen (um einen halben Skaleneinheit) als auch die der älteren Menschen (um fast einen ganzen Skaleneinheit) über dem europäischen Schnitt lagen. Auch in Europa – außerhalb Deutschlands – ist ein Abfall der Zufriedenheitswerte bei den jungen Menschen zu erkennen. Insgesamt scheint der Indikator „Zufriedenheit mit der Demokratie im Land“ sehr sensibel auf aktuelle Geschehnisse zu reagieren. Der Rückgang bei den jungen Menschen sollte unbedingt näher untersucht und die weitere Entwicklung beobachtet werden.

Abb. 2.5: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und Europa nach Altersgruppen seit 2002, Mittelwerte

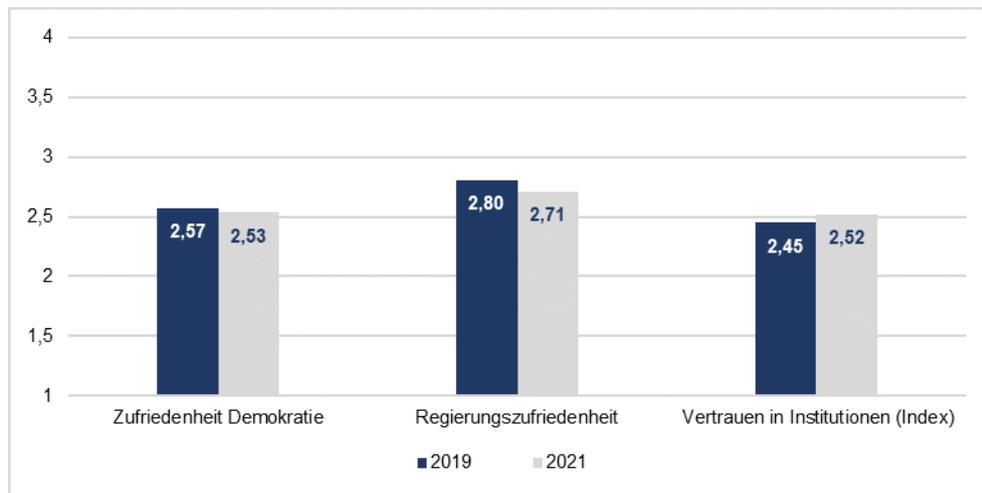


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten

Anmerkungen: Dargestellt sind die Mittelwerte des 11-stufigen Items „Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Ihrem Land funktioniert?“ von 0 = „extrem unzufrieden“ bis 10 = „extrem zufrieden“. Fallzahlen (2020): N (Europa) = 42 014, N (Deutschland) = 8 121

Ein leichter Rückgang der Zufriedenheit junger Menschen mit der Demokratie wird für die 14- bis 24-Jährigen auch durch die Analyse der Daten der Studie „Generation Z“ (GEN Z) sichtbar (Abb. 2.6). Dieser Befund kann allerdings nicht gegen den Zufall abgesichert werden. Der Zeitrahmen der Untersuchung erlaubt es, den Pandemie-Kontext und die dadurch ausgelösten Veränderungen hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Demokratie, der Arbeit der Regierung und des Vertrauens in die Institutionen junger Menschen in den Blick zu nehmen. Die Daten zeigen, dass deren Zufriedenheit mit der Demokratie und Regierungsarbeit leicht zurückging, während kontraintuitiv gleichzeitig das Vertrauen in die Institutionen leicht anstieg. Eine mögliche Interpretation könnte sein, dass junge Menschen unzufrieden mit konkreten Entscheidungen oder deren Auswirkungen gewesen sein könnten, grundsätzlich aber mit diesen einverstanden waren und deshalb ihr Vertrauen in das politische System in Deutschland nicht sank.

Abb. 2.6: Demokratie-, Regierungszufriedenheit und Vertrauen in die Institutionen der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland 2019 und 2021, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der GEN Z-Daten

Anmerkungen: Dargestellt sind die Mittelwerte des Items „Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?“ und „Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?“ mit jeweils den Antwortkategorien 1 = „gar nicht zufrieden“ bis 4 = „sehr zufrieden“ und dem Index zum Vertrauen in die Institutionen (hohe Werte stehen für hohes Vertrauen, eine exakte Beschreibung des Indexes findet sich in Tab. D 9 im Anhang). Fallzahlen beider Items und der Vertrauensindizes: 2019 N > 800, 2021 N > 900

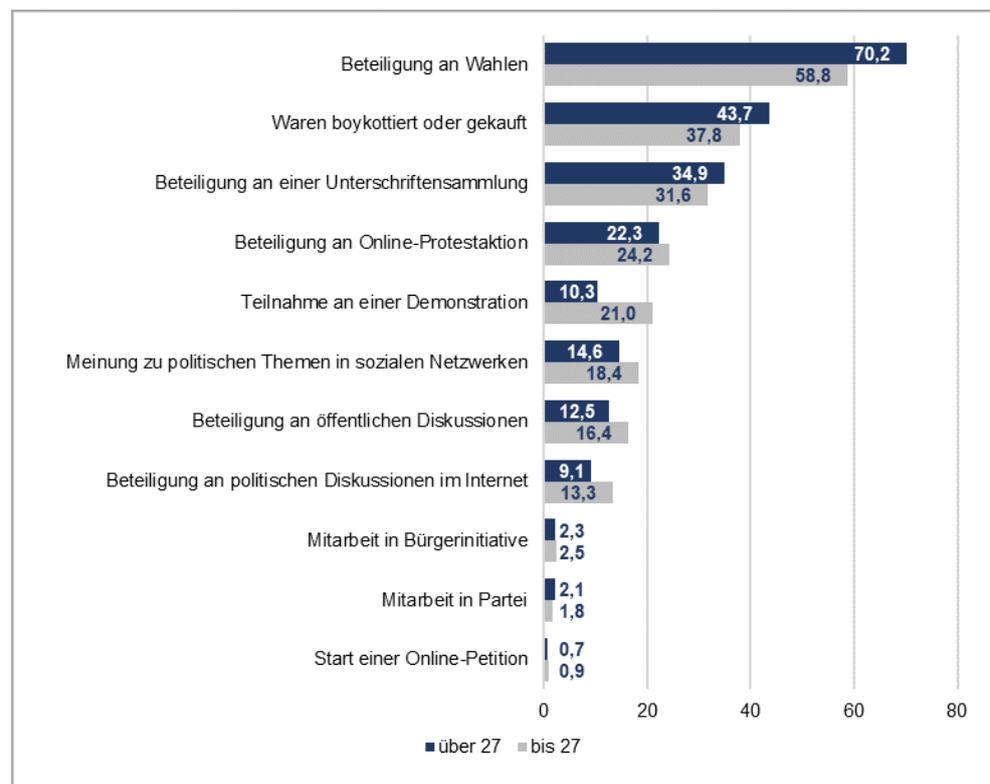
2.4 Politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement

Die politische Partizipation junger Menschen spielt für die Demokratieförderung eine wichtige Rolle. Diese zu unterstützen, kann als ein Mittel zur Förderung des demokratischen Bewusstseins und demokratischer Werte unter jungen Menschen betrachtet werden. Es wird argumentiert (zum Beispiel in der Strategie der Bundesregierung, aber auch durch EU und CoE), dass eine verstärkte Partizipation junger Menschen zur Stärkung einer demokratischen Gesellschaft führen wird. Dahinter steht der Leitgedanke, dass integrative Partizipationserfahrungen – nicht nur, aber vor allem in Bezug auf politische Prozesse – die Affinität junger Menschen zur demokratischen Kultur stärken. Im systematischen Literaturüberblick (Teilbericht 2) werden zu diesem Thema Befunde aus der aktuellen Forschung im Abschnitt 3.1.4 berichtet. Analog dazu wird auch im Rahmen der im Folgenden berichteten Ergebnisse der vorliegenden Sekundäranalysen mit einem breiten Partizipationsbegriff operiert. Es werden Aktivitäten junger Menschen betrachtet, die einerseits freiwillig ausgeführt werden und andererseits intentional auf eine Beeinflussung des politischen Systems gerichtet sind. Inwieweit diese tatsächlich einen Einfluss zeigen, wird nicht berücksichtigt (vgl. Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 3.1.4).

In der Abb. 2.7 sind Items zur politischen Partizipation für die Altersgruppen der bis einschließlich 27-Jährigen und der Älteren getrennt aufgeführt. Der Fragetext lautet: „Was hast Du in den letzten 12 Monaten gemacht, um in politischer Hinsicht Deinen Standpunkt zur Geltung zu bringen beziehungsweise Einfluss zu nehmen?“

Für beide Altersgruppen gilt, dass die Beteiligung an Wahlen als Haupt-Partizipationsmittel verstanden wird, gefolgt von spezifischem Warenkonsum und der Teilnahme an Unterschriftensammlungen. Diese drei Hauptbeschreibungen der politischen Partizipation zeigen jeweils höhere Werte für die Altersgruppe der über 27-Jährigen. Die jüngere Gruppe weist sich im Vergleich in Online-Kontexten als verstärkt politisch partizipierend aus, u. a. durch Vertreten der eigenen Meinung, Teilnahme an Diskussionen. Außerdem gaben die jüngeren Menschen doppelt so häufig an, an Demonstrationen teilgenommen zu haben als die Gruppe älterer Befragter ($\chi^2_{(1)} = 89.01, p = .000$)². Dort liegt auch im Vergleich der relativen Häufigkeiten der größte Unterschied zwischen den beiden Altersgruppen in ihren gewählten Formen der politischen Partizipation. Signifikant sind des Weiteren auch die Unterschiede bei den Anteilen für das Boykottieren oder Kaufen von Waren ($\chi^2_{(1)} = 15.61, p = .000$), die Beteiligung an politischen Diskussionen im Internet ($\chi^2_{(1)} = 18.81, p = .000$) sowie für die Meinungsäußerung zu politischen Themen in sozialen Netzwerken ($\chi^2_{(1)} = 11.17, p = .000$).

Abb. 2.7: Politische Partizipation nach Altersgruppen, relative Häufigkeiten der Nennungen in den vergangenen zwölf Monaten in Prozent



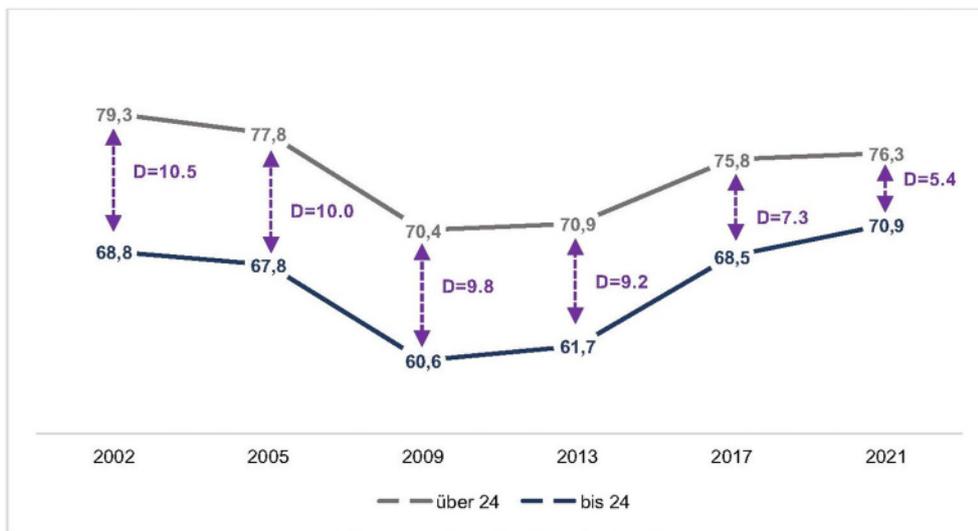
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der AID:A-Daten (2019)

Anmerkungen: Politische Partizipation nach Altersgruppen angegeben sind die relativen Häufigkeiten der Nennungen der jeweiligen Form der politischen Beteiligung innerhalb der letzten 12 Monate. Fallzahl: N = 4 642

2 In der Klammer sind die Ergebnisse des Chi-Quadrat-Tests angegeben (siehe Beschreibung der Methode im Abschnitt 1.3).

Wird die Wahlbeteiligung als formalisierte Form der politischen Partizipation betrachtet, ergibt sich folgendes Bild (Abb. 2.8): Sichtbar werden ein positiver Trend und die parallele Entwicklung über die Zeit beider Altersgruppen. Es gab ein Absinken der Werte zwischen 2005 und 2013, seither ist ein Anstieg zu beobachten. Besonders interessant erscheint die Tatsache, dass sich die Differenz zwischen den Altersgruppen stetig verringert hat, von 10.5 Prozentpunkten im Jahr 2002 auf 5.4 Prozentpunkte 2021. Das heißt, die Differenz hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten halbiert, begründet dadurch, dass die Wahlbeteiligung junger Menschen leicht gestiegen und die der älteren leicht gesunken ist.

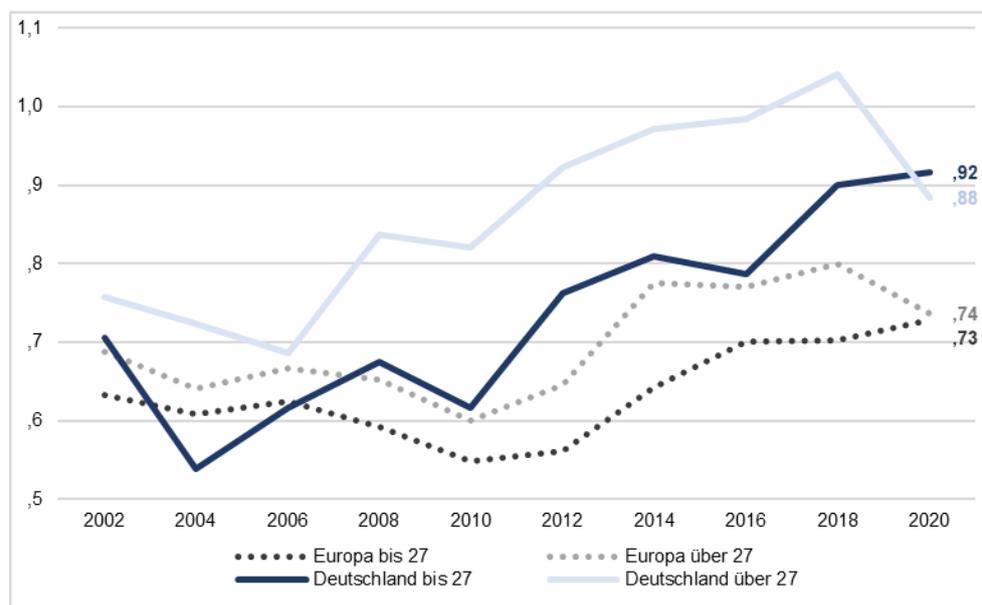
Abb. 2.8: Wahlbeteiligung in Deutschland bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen seit 2002, in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Daten der repräsentativen Bundestagswahlstatistik des Statistisches Bundesamtes (2023)

Für die politische Partizipation in Deutschland im europäischen Vergleich ergibt sich folgendes Bild: Die Entwicklung der Werte des Index für Partizipation (vgl. Erläuterungen zur Methode unter 1.3) sind in Abb. 2.9 dargestellt.

Abb. 2.9: Politische Partizipation (Index) in Europa und Deutschland zwischen 2002 und 2020 nach Altersgruppen, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten

Anmerkungen: Es wurde ein additiver Index aus vier 0-1-codierten Einzelitems (das Tragen eines Abzeichens, Produktboykott, Kontakt zu Politiker:in, Beteiligung Unterschriftensammlung) erstellt, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an politischer Partizipation. Fallzahl N = 285 578, Wertebereich 0 bis 4 (genaue Beschreibung siehe Tab. D 4 im Anhang)

Ausgehend von der Situation im Jahr 2004, als die Werte für den Partizipationsindex für die jungen Menschen in Deutschland den tiefsten Punkt erreichten, gab es in Deutschland einen Anstieg um knapp einen halben Skalenpunkt. Auch hat sich der Unterschied zwischen den Altersgruppen deutlich reduziert und für das Jahr 2020 sogar umgekehrt. In Deutschland lag also der Wert des in dieser Berechnung verwendeten Partizipationsindexes bei den jungen Menschen höher als bei den älteren. Im europäischen Durchschnitt hat sich das Partizipationsverhalten und auch das Verhältnis zwischen den Altersgruppen in den letzten zwei Jahrzehnten weniger stark verändert, wobei sich eine Umkehr des Verhältnisses zwischen den Altersgruppen auch hier abzeichnet.

Tab. 2.2: Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation, Politikverdrossenheit, Institutionenvertrauen, Mediennutzung und Alter

Korrelationen r	Partizipation	Politikverdrossenheit	Vertrauen in Institutionen	Intensität Mediennutzung
Politikverdrossenheit	-.231* (n = 432)			
Vertrauen in Institutionen	.278* (n = 527)	-.541* (n = 599)		
Intensität Mediennutzung	.033 (n = 649)	.029 (n = 677)	.031 (n = 796)	
Alter (18 bis 24)	-.049 (n = 650)	-.121* (n = 677)	-.045 (n = 796)	-.015 (n = 1 005)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der GEN Z-Daten (2019)

Anmerkungen: Angegeben ist der Wert des Koeffizienten für die Pearson bzw. Spearman Korrelation zwischen den Indizes politische Partizipation, Politikverdrossenheit, Vertrauen in die Institutionen (eine genaue Beschreibung der Indizes findet sich im Anhang in Tab. D 5, Tab. D 9 und Tab. D 10) und dem Item Mediennutzung (Itemtext: „Denken Sie nun einmal an einen normalen Tag: Wie oft nutzen Sie soziale Netzwerke bzw. Social Media-Angebote, wie z. B. Facebook, Instagram oder YouTube? Würden Sie sagen...“ von 1 = „(Fast) die ganze Zeit / ständig“ bis 6 = „Nie“, dieses Item wurde für die Analyse recodiert, d. h., hohe Werte stehen für intensive Mediennutzung. *Die Korrelation ist auf dem Niveau von $p < .01$ signifikant, Fallzahlen in Klammern.

In der Tab. 2.2 sind die Zusammenhänge der politischen Partizipation der 18- bis 24-Jährigen mit Variablen politischer Haltungen und Mediennutzung dargestellt. Die Befunde auf Grundlage der Daten des Generation Z-Surveys zeigen, dass es keinen Zusammenhang zwischen diesen Variablen und der Intensität der Mediennutzung gibt. Intensive Mediennutzung führt somit nicht zu einer negativeren Einstellung zur Politik, beeinflusst das Vertrauen in die Institutionen nicht und wirkt sich nicht auf die Partizipation aus. Deutlich hingegen ist der starke negative Zusammenhang zwischen Vertrauen und Politikverdrossenheit ($r = -.541$). Des Weiteren besteht ein negativer Zusammenhang zwischen dem Alter und der Politikverdrossenheit ($r = -.121$), mit steigendem Alter sinken die Werte auf dieser Skala der negativ abgewandten Haltung gegenüber der Politik. Deutliche positive Zusammenhänge lassen sich auf dieser Datengrundlage zwischen politischer Partizipation und Vertrauen ($r = .278$) sowie Partizipation und Politikverdrossenheit ($r = -.231$) feststellen.

Auch die Faktoren, von welchen gesellschaftliches Engagement insbesondere bei jungen Menschen abhängt, wurden auf Basis der ZJf-Daten durch die Berechnung eines Regressionsmodells untersucht (Tab. 2.3). Ein wichtiger Befund auf dieser Datenbasis ist, dass das gesellschaftliche Engagement mit steigendem Alter in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen zunimmt. Interessant ist, dass lediglich ein positiver Zusammenhang zwischen der Zuordnung der jungen Menschen in die Gruppe der Idealistischen mit dem gesellschaftlichen Engagement besteht. Für den pragmatischen Jugendtypus gibt es keinen Effekt. Bei der politischen Selbstwirksamkeitserwartung (vgl. Tab. 2.1) prognostizierte das Modell einen positiven Effekt. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die PSWE nur Voraussetzung ist, es aber für tatsächliches Engagement noch der idealistischen Grundhaltung bedarf.

Tab. 2.3: Regressionsmodell zur Prädiktion des gesellschaftlichen Engagements bei jungen Menschen

AV: Partizipationsindex „gesellschaftliches Engagement“	β
Geschlecht (1 = weiblich, 0 = männlich)	.09*
Alter 14 bis 16 (20 bis 22 = Ref.)	-.14***
Alter 17 bis 19 (20 bis 22 = Ref.)	-.13***
Migrationshintergrund (1 = mit MH, 0 = ohne)	.04
Großstadt über 100.000 Einwohner (GS = 1, 0 = kleinere Gemeinde)	-.03
Ostdeutschland (1 = Ostdeutschland, 0 = Westdeutschland)	-.02
Bildungshintergrund mittel (hoch = Ref.)	.00
Bildungshintergrund niedrig (hoch = Ref.)	-.04
Idealistische (Distanzierte = Ref.)	.24***
Pragmatische (Distanzierte = Ref.)	-.04
N	887
R ²	.12

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der ZJf-Daten (2019)

Anmerkungen: Angegeben sind die standardisierten Koeffizienten β , R² = R-Quadrat, N = Fallzahl; AV = „abhängige Variable“, AV ist der additive Partizipationsindex „gesellschaftliches Engagement“ (siehe Tab. D 6 im Anhang), *** p < .000, * p < .05.

Die Daten der Befragung „Umwelt – Entwicklung – Wohlbefinden“ (UWE) machen es möglich, auch zu untersuchen, von welchen Faktoren das durch die jungen Menschen nach ihrer Selbstauskunft zu erwartende zukünftige soziale Engagement abhängen könnte (Tab. 2.4). Zu diesem Zweck wurde ein logistisches Regressionsmodell berechnet. Abhängige Variable ist das binär codierte Merkmal der jungen Menschen, ob sie denken, dass sie sich in Zukunft sozial engagieren. Knapp 63 Prozent aller befragten jungen Menschen (N = 3 113) geben dies an. Das Modell zeigt, dass die erwartete Wahrscheinlichkeit, sich zukünftig zu engagieren, für junge Männer niedriger ist. Auch für die Jüngeren (11 bis 14 Jahre) wird eine geringere Wahrscheinlichkeit prognostiziert. Ebenso für junge Menschen, die höhere Werte auf der Wohlstandsskala erreichen. Das Modell spricht des Weiteren für einen positiven Zusammenhang zwischen dem Selbstwert und der Absicht, sich zukünftig zu engagieren. Die für das Modell angegebenen Koeffizienten der Average Marginal Effects (AME) lassen sich wie folgt interpretieren: Die Wahrscheinlichkeit, sich zukünftig zu engagieren, wird durch das Modell für männliche junge Menschen um 21.2 Prozentpunkte niedriger als für weibliche junge Menschen prognostiziert. Sie wird für die 15- bis 18-Jährigen um 5.7 Prozentpunkte höher prognostiziert. Mit jedem Schritt auf der Wohlstandsskala (Wertebereich=1 bis 5) nach oben wird eine um 5.5 Prozentpunkte niedrigere, mit jedem Schritt nach oben auf der Selbstwertsskala (Wertebereich = 1 bis 5) wird eine um 3.6 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, sich zukünftig zu engagieren, erwartet.

Tab. 2.4: Logistische Regression zur Prädiktion des zukünftigen Engagements

AV: Absicht sich zukünftig zu engagieren (ja = 1, nein = 0)	Coef	AME
Geschlecht (1 = männlich)	-.933***	-.212
Migrationshintergrund (1 = mit MH, 0 = ohne)	.071	.016
Alter 11 bis 14 (0 = 15 bis 18)	-.254**	-.057
Ressource Wohlstand	-.249*	-.055
Lebenszufriedenheit	-.026	-.006
Selbstwertskala	.163**	.036

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der UWE-Daten (2019)

Anmerkungen: Schüler:innen zwischen 11 und 18 Jahren, N = 3 015, AME = Average Marginal Effects, Coef = Regressionskoeffizient, *** p < .001, ** p < .01, * p < .05.

Die Tab. 2.5 enthält die Befunde eines auf Basis der Daten des „German Internet Panel“ (GIP) berechneten Regressionsmodells, in welches die soziale Aktivität („Social Activity Index“, siehe Tab. D 3 im Anhang) als abhängige Variable eingeht. Es untersucht den Einfluss verschiedener Faktoren auf die Intensität der freiwilligen Mitwirkung in u. a. Vereinen, Hilfsorganisation, Bürgerinitiativen oder Gewerkschaften. Es zeigt sich, dass dieses Modell für diese Art der tatsächlichen sozialen Aktivität für Frauen einen niedrigeren Wert prognostiziert. Das Einkommen hat hingegen einen positiven Effekt, der Migrationshintergrund einen negativen. Die Variablen der Lebenszufriedenheit haben positive Effekte (Freizeit und Geld). Dies steht im diametralen Gegensatz zu den Befunden aus Tab. 2.4: Der Geschlechtereffekt und der Effekt der Wohlstand messenden Variablen (Einkommen, Ressource Wohlstand) sind umgedreht, der Migrationseffekt ist bei den GIP-Analysen signifikant, hingegen gibt es keinen Effekt der Lebenszufriedenheit bei den UWE-Daten. Es ist zu vermuten, dass diese Diskrepanz in den Befunden zum einen daran liegt, dass die UWE-Befragung eine Jugendbefragung ist und es um die Frage nach dem zukünftigen Engagement geht, während die GIP-Befragung die ganze Bevölkerung umfasst und das tatsächliche soziale Engagement erfasst. Des Weiteren ist dieser Befund sicherlich auch so zu interpretieren, dass sozial schlechter gestellt zu sein (im vorliegenden Fall bei Einkommen, Lebenszufriedenheit, nach Geschlecht und Migrationshintergrund) ein wesentlicher Hinderungsfaktor für die tatsächliche Realisierung sozialen Engagements darstellt, der sich erst im späteren Lebensverlauf voll manifestiert.

Tab. 2.5: Regressionsmodell zur Prädiktion der sozialen Aktivität

AV: Social Activity Index	β
Geschlecht (1 = weiblich, 0 = männlich)	-.06***
Alter = 1 bis 27 Jahre (Ref. = über 27)	-.02
Einkommen (15 Gruppen, 1 = niedrigste)	.09***
Ost-West (1 = Ostdeutschland, 0 = Westdeutschland)	-.02
Migrationshintergrund (1 = mit MH, 0 = ohne)	-.08***
Lebenszufriedenheit: (Items 11 Stufen, 0 = unzufrieden)	
Familie	-.02
Freizeit	.05**
Geld	.06***
Arbeit	-.01
Religiosität (Item 10 Stufen, 1 = nicht religiös)	.26***
N	2 385
R ²	.13

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der GIP-Daten (2020)

Anmerkungen: Altersgruppe ab 16 Jahren, AV = „abhängige Variable“, AV ist ein additiver Index, der sich aus der Beteiligung in Organisationen und Vereinen zusammensetzt. Insgesamt sind es neun Items, von Kulturorganisationen, sozialen Bewegungen, Jugendorganisationen bis zu Gewerkschaften und politischen Parteien. Eine genaue Beschreibung des Indexes findet sich in Tab. D 3 im Anhang. Angegeben sind die standardisierten Koeffizienten. *** $p < .000$, ** $p < .01$.

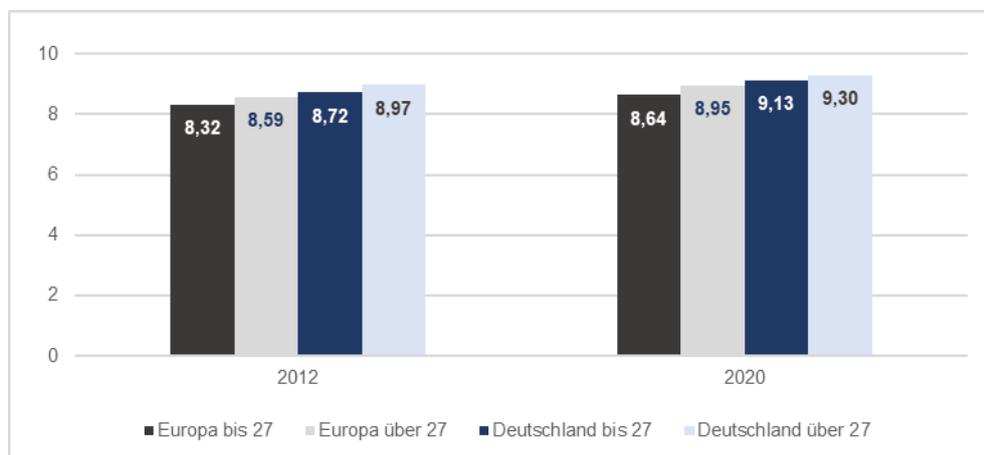
2.5 Einschätzung der Bedeutung der Demokratie

Nach politischem Interesse als Voraussetzung für politisches Handeln, politischer Partizipation als das Handeln selbst und der Zufriedenheit mit der Demokratie als gesellschaftlichem Indikator fehlt noch der wesentlichste Aspekt, wenn es um die Aufrechterhaltung demokratischer Werte geht. Gemeint ist die Einstellung der Bevölkerung gegenüber diesen Werten. Das Erhebungsinstrument des ESS beinhaltet einige Items, die die Einstellung der Befragten gegenüber subjektiven Werten in Verbindung mit der Demokratie erfassen. Eines ist das Item mit dem Fragetext „Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?“ Diese Frage wurde den Studienteilnehmenden in den Jahren 2012 und 2020 gestellt. Es handelt sich um ein 11-stufiges Item mit dem Wertebereich 0 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 10 = „äußerst wichtig“. Die Abb. 2.10 bietet eine Übersicht über die Mittelwerte des Items im Jahresvergleich und nach Altersgruppen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Mittelwerte extrem hoch sind. Insgesamt wird also in überaus großem Ausmaß die Ansicht vertreten, dass die Demokratie die anerkannte und gewünschte Regierungsform ist. Dieser Befund ist für Deutschland noch deutlicher als für die anderen europäischen Länder zusammen. Des Weiteren ist die Zustimmung 2020 noch einmal deutlich höher als 2012.

Es ist wichtig in diesem Zusammenhang anzumerken, dass die Ursache für diese Steigerung der Werte nicht geklärt werden kann. Es mag an einem gewachsenen Bewusstsein dafür liegen, dass demokratische Werte bedeutend sind und die Demokratie geschützt werden muss. Auch könnte dieser Befund ein Indikator dafür sein, dass die Demokratie als bedroht wahrgenommen wird.

Abb. 2.10: Beurteilung der subjektiven Bedeutung, in einer Demokratie zu leben, in Europa und Deutschland 2012 und 2020 nach Altersgruppen, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten

Anmerkungen: Item: „Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?“. 11-stufiges Item mit dem Wertebereich 0 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 10 = „äußerst wichtig“. Fallzahlen (2020): N (Europa) = 42 020, N (Deutschland) = 8 134

In jedem Fall sprechen die Befunde nicht dafür, dass das Interesse an der Demokratie im Beobachtungszeitraum bis 2020 im Sinken begriffen ist. Auch die aktuell dahingehend viel diskutierte Mitttestudie, dass der Rückhalt für die Demokratie in Deutschland im Schwinden ist, liefert für vergleichbare Merkmale, zum Beispiel Einzelitems zur Selbsteinschätzung demokratischer Ideale, extrem hohe Werte (vgl. Küpper u. a. 2021, S. 51). Das spricht gegen die These einer messbaren Abkehr von der Demokratie. Dafür spricht auch der nur moderat positive Zusammenhang zwischen der Beurteilung der Wichtigkeit der Demokratie und der Zufriedenheit mit ihrem Funktionieren. Dieser liegt ausgedrückt als Korrelation bei $r = .22$ ($p = .000$, $N = 57\,156$). Dieser Effekt ergibt sich in gleicher Weise für die Gruppe der bis 27-Jährigen ($r = .22$, $p = .000$, $N = 10\,724$). Das bedeutet, dass die Unterstützung der Demokratie nicht so stark von der Zufriedenheit mit ihrer Funktionsfähigkeit abhängt. Dieser Befund spricht also nicht gerade für die Gefahr, dass sich die Menschen gleich von der Demokratie abwenden, wenn sie Probleme wahrnehmen. Allerdings müssen kommende Datenerhebungen zeigen, ob dieser Zusammenhang auch stabil bleibt.

Hervorzuheben ist des Weiteren, dass es älteren Menschen in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern wichtiger erscheint, in einer Demokratie zu leben als den jüngeren, auch wenn dieser Unterschied für Europa fast nicht wahrnehmbar und sich für Deutschland zwischen 2012 und 2020 verringert hat.

In einem kleinen Exkurs zur Relevanz dieses Items und auch zu seiner Tauglichkeit als Indikator für die Demokratieverbundenheit sollen im Folgenden kurz die Befunde zu den Mittelwerten in Verbindung mit der Parteienpräferenz dargestellt werden. Die Ergebnisse sind hier sehr eindeutig. In Deutschland beantworten die Befragten, die von sich angeben, einer rechtsextremen Partei nahezustehen, die subjektive Wichtigkeit in einer Demokratie zu leben im Mittelwert mit

8.4 (SD = 2.4, N = 199), und damit um mehr als ein ganzen Skalenpunkt niedriger als die Befragten mit einer anderen Parteienpräferenz (MW = 9.6, SD = 1.2, N = 3.976). Dieser Mittelwertunterschied ist statistisch signifikant und von großer Effektstärke ($F_{(1,4174)} = 168.6, p = .000, d = .94$). Dieser Befund lässt das häufig verlaubliche Bekenntnis rechter Parteien, sie stünden ebenso wie alle anderen Parteien uneingeschränkt hinter den demokratischen Werten, in einem kritischen Licht erscheinen, wenn ihre Anhängerschaft offensichtlich die Demokratie für weniger wichtig hält. Im Übrigen gilt Gleiches nicht für diejenigen, die sich einer Partei des extremen linken Spektrums zuordnen (MW = 9.3).

Tab. 2.6: Regressionsmodelle zur Prädiktion einer positiven Einstellung gegenüber der Demokratie

AV: Positive Einstellung gegenüber der Demokratie	β
Geschlecht (1 = weiblich, 0 = männlich)	-.05*
Alter 14 bis 16 (20 bis 22 = Ref.)	.01
Alter 17 bis 19 (20 bis 22 = Ref.)	.05
Migrationshintergrund (1 = mit MH, 0 = ohne)	-.06*
Großstadt über 100 000 Einwohner (1 = Großstadt, 0 = kleinere Gemeinde)	.01
Ostdeutschland (1 = Ostdeutschland, 0 = Westdeutschland)	.00
Bildungshintergrund mittel (hoch = Ref.)	-.15***
Bildungshintergrund niedrig (hoch = Ref.)	-.08**
Idealistische (Distanzierte = Ref.)	.69***
Pragmatische (Distanzierte = Ref.)	.37***
N	790
R ²	.35

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der ZJf-Daten (2019)

Anmerkungen: Angegeben sind die standardisierten Koeffizienten β , R^2 = R-Quadrat, N = Fallzahl; AV = „abhängige Variable“, AV ist „gesellschaftspolitische Einstellungen: pro Demokratie und Europa, Wichtigkeit Wahlen und politisches Interesse“ (siehe Tab. D 11 im Anhang), *** $p < .000$, ** $p < .01$, * $p < .05$.

Auch dieser wichtige Indikator für eine demokratiefreundliche Einstellung bei jungen Menschen lässt sich durch die Berechnung eines Regressionsmodells auf Basis der ZJf-Daten genauer untersuchen. Die Ergebnisse sind in der Tab. 2.6 dargestellt. Das Modell lässt einen Geschlechtereffekt und einen des Migrationshintergrundes vermuten. Für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund prognostiziert das Modell niedrigere Werte bei der positiven Beurteilung der Demokratie. Außerdem spricht es von einem positiven Bildungseffekt in dem Sinne, dass das Modell für Personen mit einem hohen Bildungshintergrund höhere Werte auf der Zustimmungsskala zur Demokratie vorhersagt.

2.6 Zwischenfazit: Chancen für die Demokratie

In den vorangegangenen Abschnitten (2.1 bis 2.5) wurden Befunde aus der Sekundäranalyse nationaler und internationaler Datenbasen zu Interessen, Haltungen und Überzeugungen, Einschätzungen sowie politischen und gesellschaftlichen Beteiligungsformen vorgestellt, die positiv auf die lebendige Gestaltung und Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaft wirken können.

Es wurden im Detail Forschungsergebnisse zum politischen Interesse, zur politischen Selbstwirksamkeit, zur Zufriedenheit mit der Demokratie und zur Einschätzung der Wichtigkeit oder Bedeutung der Demokratie dargestellt. Bei den genannten Aspekten wurde jeweils geprüft, inwiefern sich Jugendliche und junge Erwachsene (bis 27 Jahre) von älteren Erwachsenen unterscheiden. Ferner wurde exemplarisch der Einfluss individueller, sozialer und gesellschaftlicher Faktoren untersucht. Des Weiteren wurden auch internationale Vergleiche vorgenommen, um die Situation in Deutschland auch im Lichte aussagekräftiger Referenzwerte beurteilen zu können.

Ziel ist es, Ansatzpunkte und Chancen für die Demokratieförderung zu identifizieren, damit die Potenziale, die in den Haltungen, Einstellungen und Handlungsweisen junger Menschen in Deutschland für die Bewahrung und Entwicklung der Demokratie liegen, auch genutzt werden können. Dafür werden im Folgenden die Ergebnisse aus den oben genannten Abschnitten zusammengefasst und Anregungen für eine Weiterentwicklung der Konzepte der Demokratieförderung in Deutschland formuliert.

Das **politische Interesse** ist ein entscheidender Faktor für die politische Partizipation, damit für die Entwicklung demokratiefreundlicher Einstellung und sollte daher in den Programmen zur Demokratieförderung besondere Berücksichtigung finden. Auch in den hier herangezogenen Studien bestätigt sich der bekannte Alterseffekt hinsichtlich des politischen Interesses, dieses steigt mit dem Alter an (vgl. z. B. Achour/Wagner 2019). Sicherlich spielen hier auch Fragen der Operationalisierung eine Rolle. Die Werte lassen sich auch dadurch erklären, dass sich junge Menschen Selbstzuschreibungen erst mit der Zeit angeeignet und die Jugendlichen mit Politik zunächst etwas anderes, Fremdes verbinden. Das eigene politische Interesse könnte also von den jungen Menschen gar nicht als solches gesehen werden. Insofern muss auch kritisch hinterfragt werden, ob das niedrigere Interesse junger Menschen als Indikator für Politikverdrossenheit dienen kann. Auch ist es kein Zeichen für Politikferne der jungen Generation, wenn die Werte auf der Interessenskala etwas niedriger liegen, sondern eher Ausdruck dessen, dass die Interessen der Jüngeren grundsätzlich anders gelagert sind. Auch zeigt die Betrachtung der Zeitreihe, dass von 2010 bis 2020 das politische Interesse der jungen Menschen in Deutschland angestiegen ist und Altersvergleiche innerhalb der Gruppe der jungen Menschen zeigen, dass mit steigendem Alter das politische Interesse wächst. Es lässt sich demnach kein negativer Trend beim politischen Interesse von jungen Menschen in Deutschland erkennen, im Gegenteil, nur für diese Gruppe finden sich im internationalen Vergleich keine stagnierenden oder absinkenden Werte. In dieser Hinsicht hat sich die Ausgangslage für Maßnahmen der Demokratieförderung verbessert. Es kann also grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass ein großer Anteil junger Menschen Interesse an Politik hat. Interessant für den Bereich der Demokratieförderung ist, dass es sich insbesondere lohnen könnte, Programme die gezielt junge Frauen und junge Menschen mit einer geringen Bildung ansprechen,

zu entwickeln. Eine Rolle könnte dabei spielen, dass noch immer Politik überwiegend männlich konnotiert wird³ und sich junge Frauen durch das, was mit Politik verbunden wird, nicht angesprochen fühlen. Maßnahmen der Demokratieförderung müssten also gezielt daran ansetzen, das politische Interesse junger Frauen zu fördern. Auch könnte es sinnvoll sein, weiterhin zu überprüfen, wie man mit den Maßnahmen und Programmen diejenigen, die im Bildungssystem nicht so erfolgreich sind, gut erreichen kann.

Die **politische Selbstwirksamkeitserwartung** (PSWE) ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für das demokratische Handeln junger Menschen. Ohne eine positive PSWE sinkt die Wahrscheinlichkeit, sich sozial zu engagieren und für politische Partizipation. Allerdings besteht kein positiver Zusammenhang zwischen der PSWE und einer demokratischen Grundhaltung. Vorliegende Befunde sprechen dafür, dass es im europäischen Vergleich in Deutschland bei den jungen Menschen im Schnitt eine hohe PSWE gibt, auch wenn diese zuletzt im zeitlichen Zusammenhang mit der Corona Pandemie leicht rückläufig war. In den Analysen zeigte sich des Weiteren, dass sowohl den idealistischen als auch den pragmatischen jungen Menschen – im Vergleich zu den distanzierten – eine höhere PSWE attestiert wird, jungen Frauen im Vergleich zu jungen Männern eine niedrigere und die PSWE mit einem höheren Bildungslevel ansteigt. Auch die Indikatoren für Wohlstand korrelieren positiv mit der PSWE. Für die Bedarfslagen hinsichtlich der Demokratieförderung bedeutet diese Befundlage, dass es sich lohnt, gezielt Erfahrungen politischer Wirksamkeit insbesondere für die genannten Gruppen mit einer geringeren PSWE zu ermöglichen. Die politische Selbstwirksamkeitserwartung ist ein wichtiger Schlüsselfaktor für die politische Partizipation und damit auch für das demokratische Handeln. Das spricht sehr dafür, dass sich Projekte der Demokratieförderung auch um die Förderung konkreter Beteiligungsmöglichkeiten bemühen und verstehen helfen, warum Beteiligung nicht gleichbedeutend damit ist, dass die eigenen Wünsche eins zu eins umgesetzt werden.

Auch **politische Partizipation** und **gesellschaftliches Engagement** sind im Bündel der hier vorgestellten, für die Demokratie förderlichen Faktoren bedeutsam. Zumindest trifft dies zu, wenn es um die Bedarfe im Bereich Demokratieförderung geht. In den durchgeführten sekundäranalytischen Auswertungen konnte nachgewiesen werden, dass die politische Partizipation positiv mit einer positiven Grundhaltung gegenüber der Demokratie korreliert. Es gibt also starke empirische Anhaltspunkte dafür, dass Personen, die sich sozial oder politisch engagieren, eher dazu neigen, die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft zu unterstützen. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass sich beide Aspekte gegenseitig bedingen und verstärken. Daher sind die Informationen über die Situation zu politischem und sozialem Engagement im Zusammenhang mit einer demokratischen Grundhaltung bei

3 Siehe die Aktion des Deutschen Städte- und Gemeindebundes „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“, (online: <https://www.dstgb.de/aktuelles/2022/2-deutscher-frauenkongress-kommunal-in-hildesheim/>); zuletzt geprüft am 19.02.2024) oder die Diskussion über Quotenregelungen für die Parteilisten bei Wahlen.

jungen Menschen in Deutschland wichtig im Kontext der Planung von Maßnahmen zur Demokratieförderung.

Die wichtigsten Befunde der Sekundäranalysen sind demnach zum einen die, die darauf hindeuten, dass es nicht ausreicht, nur die Voraussetzungen für politisches Engagement zu schaffen, sondern dass es darüber hinaus auch notwendig ist, konkrete Möglichkeiten anzubieten, die Werte einer demokratischen Gesellschaft zu erfahren. Denn die Befunde lassen vermuten, dass Maßnahmen, die zum Beispiel lediglich auf eine Verbesserung der sozialen Lage der jungen Menschen abzielen, zwar absolut notwendig sind – Armut kann von einer demokratiefreundlichen Haltung abhalten –, aber für die Förderung demokratischer Einstellungen und Handlungsweisen nicht ausreichen.

Ein weiterer zentraler Befund dieser Untersuchung ist zum anderen jener, dass es gewichtige empirische Anhaltspunkte dafür gibt, dass die Bereitschaft zum politischen und sozialen Engagement, welche sich in der frühen Jugendphase (etwa bis zur Volljährigkeit) noch deutlich unabhängig von sozioökonomischen Kontextfaktoren zeigt, im späteren Alter maßgeblich von diesen abzuhängen scheint. Darauf weisen insbesondere die Unterschiede zwischen den Befunden von Jugend- und Bevölkerungsbefragungen hin. Für die Weiterentwicklung der Maßnahmen der Demokratieförderung wäre also zu diskutieren, inwiefern es gelingen kann, dass das Niveau an sozialem und politischem Engagement aus den Jugendjahren bei jungen Frauen bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund, niedrigerer Bildung und in schwierigen sozialen Lagen (z. B. Armut) in das junge Erwachsenenalter hinein erhalten bleiben kann. Hierfür würde es sich möglicherweise lohnen, beispielsweise in partizipativen Forschungsprojekten der Frage nachzugehen, was zu diesem Abbruch bei der Bereitschaft zum Engagement bzw. nachlassenden Interesse führt.

Insgesamt sind auch im Zusammenhang mit Partizipation und Engagement junger Menschen die Voraussetzungen für Demokratiefördermaßnahmen nicht als schlecht zu beurteilen. Es gibt eine positive Entwicklung bei der Wahlbeteiligung und auch einen positiven Trend bei anderen Formen der Partizipation.

Bemerkenswert ist, dass es bei der **Zufriedenheit mit der Demokratie** in Deutschland eine Umkehrung des Verhältnisses zwischen den jungen und den älteren Menschen gegeben hat. Junge Menschen sind inzwischen etwas weniger zufrieden mit der Demokratie als die über 27-Jährigen. Zunächst ist dies als ein Hinweis darauf zu werten, dass die jungen Menschen deutlicher als die älteren auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, indem sie skeptischer geworden sind in ihrer Beurteilung, wie gut die aktuelle Regierungsform in ihrer Funktionsweise ist. Der Frage, was sie genau dazu motiviert hat, wurde im Rahmen der Sekundäranalysen nicht nachgegangen. Dennoch zeigt dieser Befund im Hinblick auf die Bedarfslage im Feld der Demokratieförderung, dass es junge Menschen beschäftigt, ob das politische System in der Lage ist, Antworten auf die großen gegenwärtigen Herausforderungen zu finden, und dies von ihnen aktuell kritischer beurteilt wird. Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang zu betonen, dass es keinen empirisch begründeten Anlass für die Vermutung gibt, dass der Rückgang der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie bei den jungen Menschen zu einer Ablehnung der De-

mokratie als Regierungsform führt. Die Daten deuten ebenfalls nicht an, dass geringe Werte für die Zufriedenheit mit der Demokratie mit einer geringeren politischen Partizipation einhergehen oder andersherum. Das heißt, trotz der empfundenen Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie im Allgemeinen und der Politik im Besonderen sinken bei jungen Menschen die Werte für das politische Interesse nicht, genauso wenig wird per se die Demokratie als Staatsform abgelehnt (teils im Gegenteil). Das heißt für die Angebote der Demokratieförderung und darüber hinaus, dass es wichtig erscheint, nicht lediglich die Unzufriedenheit der jungen Menschen als solche zu thematisieren, sondern vielmehr zusammen mit ihnen darauf hinzuwirken, dass die Themen und Herausforderungen, die diese Unzufriedenheit hervorrufen und für junge Menschen bedeutsam sind, in Politik und pädagogischer Praxis aufgegriffen werden.

Ein wichtiger Indikator, durch den der aktuelle Rückhalt für die Demokratie in der deutschen Gesellschaft beurteilt werden kann, ist die **Einschätzung der Bedeutung der Demokratie**. Es ist eine erfreuliche Nachricht, dass die Zustimmungswerte zur Aussage „Es ist sehr wichtig für mich, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird“ im europäischen Vergleich und auch bei den jungen Menschen in Deutschland mit Mittelwerten auf der 10-stufigen Skala über neun extrem hoch liegen und seit dem Jahr 2016 noch gestiegen sind. Es wird somit fast uneingeschränkt die Ansicht vertreten, dass die Demokratie die wünschenswerte Regierungsform ist. Und auch wenn die Kausalitäten und Zusammenhänge im Rahmen dieses Berichts nicht tiefergehend untersucht werden können, ist im Hinblick auf die Identifizierung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung festzuhalten, dass die große Mehrheit der jungen Menschen eine demokratische Grundüberzeugung hat. Auch sprechen die Befunde womöglich dafür, dass das Bewusstsein dafür gewachsen ist, dass die Demokratie geschützt werden muss und sie als bedroht wahrgenommen wird.

3 Demokratiefeindlichkeit der Jugend?

„Extremismusprävention“ wird im Kontext von Programmen und Strategien der Bundesregierung als umfassendes Maßnahmenpaket verstanden, welches grundsätzlich ein Verständnis von und Zustimmung zu demokratischen Werten und damit zum Grundgesetz und Verfassungsstaat erzeugen soll. Prävention ist hierbei eine wichtige Strategie, um frühzeitig die Entstehung und Verfestigung „problematischer Einstellungsmuster zu verhindern und den Übergang von Einstellungen zu (gewalttätigem) Handeln zu unterbrechen“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016, S. 11).

Das Erkenntnisinteresse in diesem Teil der Sekundäranalysen bezieht sich auf die Herausarbeitung der Hintergründe und Zusammenhänge von Merkmalen, die die Entstehung von extremistischen und damit demokratiegefährdenden Orientierungen begünstigen können. Der Bedarf an Forschung zur Gefährdung von Demokratie wurde bereits im 16. Kinder- und Jugendbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 565) deutlich gemacht. Eine gefestigte empirische Wissensbasis bezüglich des gesamten Spektrums politischen Extremismus, vom Einstieg, von Entwicklungen in extremistischen Kontexten sowie Ansatzpunkten für Interventionen, die die Abwendung oder den Ausstieg betreffen, ist der Bedarfsanalyse dienlich und hilft, Angebotsstrukturen der Extremismusprävention gezielt weiterzuentwickeln.

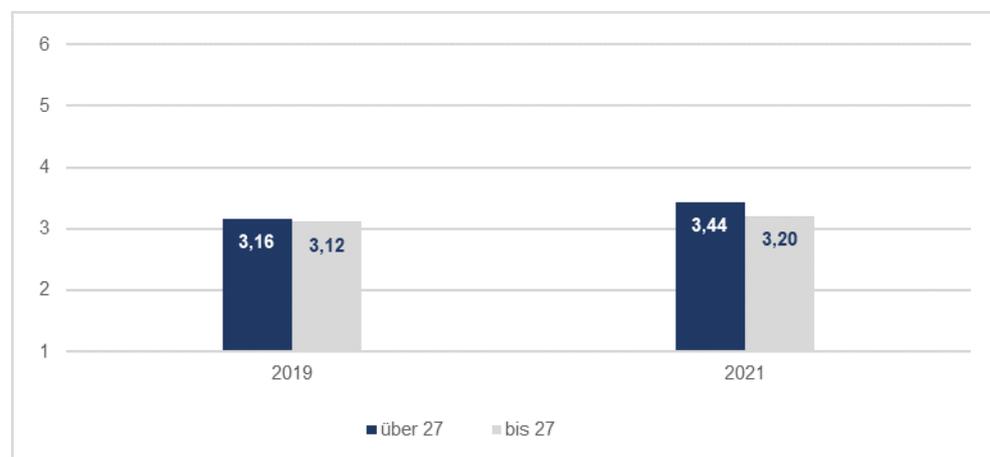
Deshalb folgen im Rahmen dieses Kapitels empirische Analysen zur Extremismusprävention mit Blick auf Schlüsselvariablen für demokratiefeindliche Haltungen junger Menschen. Dieser thematische Zuschnitt gliedert das Kapitel in: Befürwortung einer autoritären Regierungsführung (3.1), Verschwörungsglaube (3.2), Gewaltausübung am Beispiel Mobbing (3.3.), Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (3.4) sowie der Selbsteinstufung junger Menschen in das Links-Rechts-Schema (3.5), welche Aspekte der Demokratie Zustimmung und Menschenfeindlichkeit verknüpft. Das Kapitel schließt mit einem Zwischenfazit (3.6).

3.1 Befürwortung einer autoritären Regierungsführung

Ein wichtiger Indikator für die Demokratiefeindlichkeit ist die Zustimmung zu einer autoritären Regierungsführung (siehe auch Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 3.2.1.1). Betrachtet man zunächst allgemein für Deutschland die Dimensionen Zustimmung zum Autoritarismus (hier dargestellt durch das „Starke Hand“-Item aus dem AID:A-Datensatz, Abb. 3.11 und Tab. 3.7), zeigt sich folgendes Bild: Die Zustimmungswerte zu einer autoritären Regierungsführung stagnieren zwischen 2019 und 2021 in der Gruppe der jungen Menschen auf mittlerem Niveau (um etwa .3 unter dem Skalenniveau von 3.5). Bei den Älteren hingegen steigen sie an, sodass im Mittelwert der Unterschied im Jahr 2021 etwa .2 beträgt. Dieser Mittelwertunterschied ist signifikant und besitzt empirische Relevanz ($F_{(1,2795)} = 13.5, p = .000, d = .15$). Junge Menschen sind demnach im Jahr 2021

weniger geneigt, einer autoritären Regierungsführung zuzustimmen als ältere und ihre Zustimmungswerte sind im Gegensatz zu diesen auch nicht wesentlich angestiegen. Gleichwohl sind diese Befunde alarmierend, denn ein wesentlicher Anteil der Menschen, junge wie ältere, befürworten eine autoritäre Regierungsführung. Kumuliert betrachtet liegt der Anteil der Personen, die eine „starke Hand“ eher gutheißen, bei fast 48 Prozent. Relativierend kann ins Feld geführt werden, dass der Itemtext „Ich bin gegen eine Diktatur, aber eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“ nicht die Meinung zum Ausdruck bringt, dass die Demokratie durch ein autoritäres System ersetzt werden sollte, sondern das Item eher die Befürwortung eines autoritären Politikstils misst.

Abb. 3.11: Zustimmung zu einer autoritären Regierungsführung nach Altersgruppen („Starke Hand“-Item) 2019 und 2021, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der AID:A-Daten

Anmerkungen: Fallzahlen: N (2019) = 4 518, N (2021) = 2 795; Text des Items „Starke Hand“: „Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu? Ich bin gegen eine Diktatur, aber eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“, mit den Antwortmöglichkeiten auf einer 6-stufigen Skala von 1 = „Stimme überhaupt nicht zu“ bis 6 = „Stimme voll und ganz zu“. Das heißt, hohe Werte stehen für Zustimmung zu einer autoritären Regierungsführung. Die Originalwerte aus der AID:A-Befragung wurden im vorliegenden Fall recodiert, um entsprechend der Logik des Berichts auch an dieser Stelle Zustimmung mit hohen Werten wiederzugeben

Blickt man nun in der Tab. 3.7 noch genauer auf die Zustimmung zu einer autoritären Regierungsführung, werden weitere Zusammenhänge deutlich. Das Regressionsmodell zur Prädiktion einer autoritären Einstellung im Jahr 2021 in Abhängigkeit weiterer Kontextfaktoren zeigt, dass maßgeblich für die Zustimmung zu einer autoritären Regierungsführung 2021 die Tatsache ist, dass befragte Person bereits 2019 diese Ansicht vertrat. Das heißt, dass von einer relativen Stabilität einer autoritären Einstellung gesprochen werden kann. Der zweitstärkste Prädiktor ist das politische Interesse. An Politik interessierte Personen neigen in geringerem Maße dazu, dem „Starke Hand“-Item zuzustimmen. Auch der bereits durch die Mittelwertvergleiche (siehe Abb. 3.11) deutlich gewordene Alterseffekt, dass junge Personen geringere Zustimmungswerte besitzen als ältere, bleibt bei der Kontrolle der übrigen Faktoren bestehen. Das heißt, dass dieser Befund durch das Regressionsmodell bestätigt werden kann. Für eine weibliche Person mit höherem Bildungshintergrund (Bildungslevel der Eltern) in der Großstadt gilt, dass das Modell ebenfalls niedrigere Werte auf der Skala der Zustimmung zu einer autoritären Regierungsführung prognostiziert. Ein Wohnort in West- oder Ostdeutschland und Migrationshintergrund

haben in diesem Modell keinen Effekt. Das korrigierte R-Quadrat liegt bei $R^2 = .30$, d. h., 30 Prozent der Varianz der abhängigen Variable werden durch die unabhängigen Variablen erklärt, was für ein relativ aussagekräftiges Modell spricht.

Tab. 3.7: Regressionsmodell zur Prädikation autoritärer Einstellungen („Starke Hand“-Item)

AV: Starke Hand (AID:A 2021)	β
Starke Hand (AID:A 2019)	.46***
Politisches Interesse	-.11***
Altersgruppe bis 27 (1 = bis 27, 0 = über 27)	-.07*
Migrationshintergrund (1 = mit MH, 0 = ohne)	-.01
Haushaltsnettoeinkommen	-.00
Weiblich (1 = weiblich, 0 = männlich)	-.09***
Bildungshintergrund	-.07*
Großstadt über 100.000 Einwohner (1 = Großstadt, 0 = kleinere Gemeinde)	-.09***
Ostdeutschland (1 = Ostdeutschland, 0 = Westdeutschland)	.01
N	1 815
R ²	.30

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der AID:A-Daten

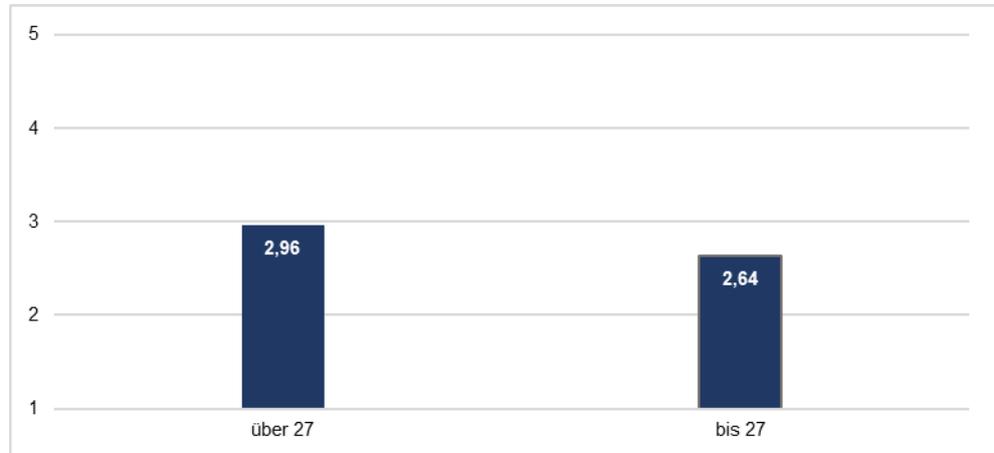
Anmerkungen: Angegeben sind die standardisierten Koeffizienten β , $R^2 = R$ -Quadrat, N = Fallzahl; AV = „abhängige Variable“, *** $p < .001$, * $p < .05$.

3.2 Verschwörungsglaube

Ein weiteres wesentliches Merkmal, welches mit Demokratiefindlichkeit verknüpft wird, ist der Verschwörungsglaube, also zum Beispiel die Überzeugung, dass geheime Gruppen die Politik beeinflussen, die Überzeugung einer Medienverschwörung, Wissenschaftsfeindlichkeit sowie Klimawandelleugnung (siehe Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 3.3.2). Sekundäranalytisch kann dieses Thema auf Basis der Daten der „Bevölkerungsbefragung zum Thema Politikverdrossenheit“ (BzTP) in den Blick genommen werden. Die Verschwörungsgläubigkeit liegt insgesamt betrachtet auf einem relativ hohen Niveau. So stimmen zum Beispiel 30.6 Prozent aller Befragten der Aussage „Flüchtlingzuwanderung ist eine Strategie, um das deutsche Volk abzuschaffen“ eher oder voll und ganz zu. Das ist nach Ansicht der Projektgruppe ein erschreckend hoher Wert.

Altersgruppenvergleiche stützen den Befund, dass in Deutschland jüngere Menschen in geringerem Maße Verschwörungsmymen anhängen als ältere (Abb. 3.12). Im Jahr 2020 lag der für die jungen Menschen gemessene Mittelwert auf der Skala Verschwörungsglaube deutlich unter dem der älteren Menschen ($F_{(1,2\ 014)} = 27.2$, $p = .000$, $d = .32$). Die Abbildung verdeutlicht, dass die Werte für die jungen Menschen um .32 (also um ein Drittel Skalenpunkt auf der 5-stufigen Skala) niedriger liegen als die der Älteren.

Abb. 3.12: Verschwörungsglaube in Deutschland nach Altersgruppen im Herbst 2020



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der BzTP-Daten

Anmerkungen: Fallzahl: N = 2 014; angegeben sind die Mittelwerte des Indexes Verschwörungsglaube (4 Items) auf einer Skala von 1 = gering bis 5 = stark. Eine genaue Darstellung des Indexes findet sich in Tab. D 12 im Anhang, $F(1,2\ 014) = 27.2$, $p = .000$, $d = .32$

Tab. 3.8: Regressionsmodell zur Prädikation des Verschwörungsglaubens

AV: Verschwörungsglaube Index	β
Alter (1 = bis einschließlich 27 Jahre, 0 = über 27)	-.09***
Geschlecht (1 = weiblich, 0 = männlich)	.04
Migrationshintergrund (1 = mit MH, 0 = ohne)	-.00
Ost-West (1 = Ostdeutschland, 0 = Westdeutschland)	.13***
Haushaltsnettoeinkommen (Ref. = mittleres Einkommen 2 bis 3 TEuro)	
niedriges HH Nettoeinkommen bis 2 000 Euro	.08**
hohes HH Nettoeinkommen ab 3 000 Euro	-.07*
N	1 918
R ²	.05

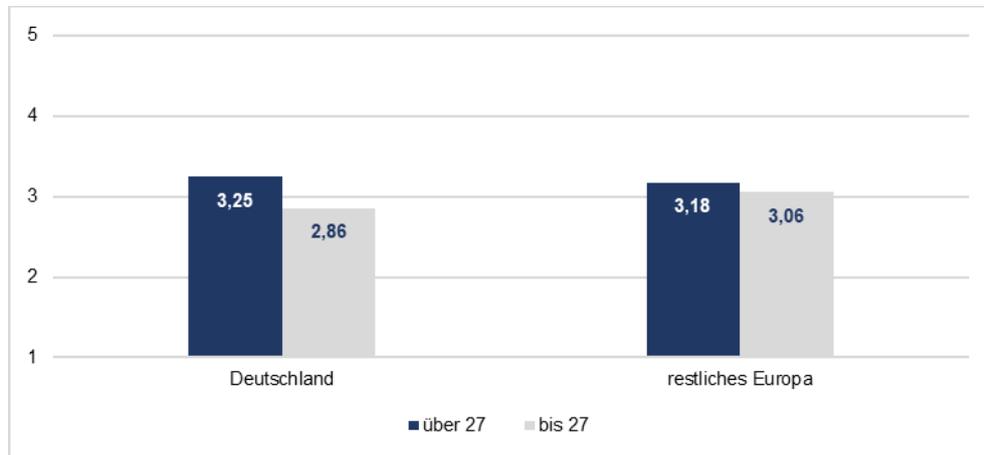
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Daten des BzTP

Anmerkungen: Angegeben sind die standardisierten Koeffizienten; AV = abhängige Variable, N = Fallzahl. Das korrigierte R-Quadrat liegt bei $R^2 = .05$, d. h., 5 Prozent der Varianz der abhängigen Variable werden durch die unabhängigen Variablen erklärt. Eine genaue Beschreibung des Indexes Verschwörungsglaube findet sich in Tab. D 12 im Anhang, *** $p < .001$, ** $p < .01$, * $p < .05$.

In der Tab. 3.8 sind die Ergebnisse der Berechnung eines linearen Regressionsmodells auf Basis der Daten der BzTP angegeben. Die abhängige Variable ist der Verschwörungsglaube. Auf Grundlage dieser Analyse können Aussagen getroffen werden, inwiefern in das Modell eingehende Kontextfaktoren einen Einfluss auf den Verschwörungsglauben haben. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Tatsache, ob der Wohnort der befragten Person in West- oder Ostdeutschland liegt, den stärksten Einfluss auf den Wert auf der Skala des Verschwörungsglaubens hat. Für Befragte, die in Ostdeutschland wohnen, prognostiziert das Modell einen höheren Wert. Auch das Einkommen hat einen Effekt. Hier liegen die prognostizierten Werte für Personen mit niedrigerem Einkommen höher gegenüber denen mit mittlerem und hohem Einkommen. Das heißt, mit steigendem Einkommen sinkt die durch das

Modell angenommene Intensität des Verschwörungsglaubens. Geschlecht und Migrationshintergrund haben in dieser Analyse keinen signifikanten Effekt.

Abb. 3.13: Einstellung gegenüber Eliten nach Altersgruppen und im europäischen Vergleich, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der CSES-Daten (2019)

Anmerkungen: Abfrage der Zustimmung zu: „Den Eliten sind die übrigen Leute egal, sie kümmern sich nicht.“
Fallzahlen: N (Deutschland) = 2 008, N (Europa) = 28 170

Auf der Grundlage der Daten der CSES können im Themenkreis der Verschwörungsgläubigkeit weitere Merkmale in die sekundäranalytische Untersuchung einbezogen werden. So können vergleichend zwischen den Altersgruppen und im europäischen Vergleich Befunde zum Item „Einstellung gegenüber Eliten“ untersucht werden (Abb. 3.13). In Deutschland ist die Zustimmung zu der Aussage „den Eliten im Land sind die übrigen Leute egal, sie kümmern sich nicht“ bei den älteren mit einem Mittelwert von 3.25 etwas höher als im restlichen Europa. Die jüngeren Menschen in Deutschland hingegen liegen mit MW = 2.86 unter dem europäischen Schnitt. Der Mittelwertunterschied in Deutschland zwischen den Altersgruppen ist signifikant ($F_{(1,2\ 008)} = 25.4, p = .000, d = .35$). Die Befunde sprechen dafür, dass die jüngeren Menschen in Deutschland populistischen Aussagen in geringerem Maße zustimmend gegenüberstehen als die älteren. Dies wird durch die auch im europäischen Vergleich niedrigeren Werte in der Altersgruppe der bis 27-Jährigen unterstrichen.

3.3 Gewaltausübung am Beispiel Mobbing

Ein weiteres, die Demokratie gefährdendes Phänomen ist die Gewaltakzeptanz und die Gewaltausübung, denn in einer demokratischen Gesellschaft wird die Gewalt als Form der Konfliktaustragung nicht akzeptiert. Eine spezifische und weit verbreitete Form der Gewalt, insbesondere auch in der Lebensphase Jugend, ist das Mobbing. Mobbing wird auch deshalb als Beispiel für Gewaltausübung in die Analyse aufgenommen, weil es im Themenspektrum Gewalt sekundäranalytischer quantitativer empirischer Betrachtung am ehesten zugänglich ist. Zum Beispiel liefert die UWE-Befragung Daten hinsichtlich des Mobbing. Aus diesem Zusammenhang werden im folgenden einige Befunde berichtet.

31 Prozent der befragten jungen Menschen im Alter zwischen 11 und 18 Jahren geben an, dass sie selbst schon einmal gemobbt wurden. Unter diesen sind anteilmäßig mehr Mädchen. 36 Prozent der Mädchen (gegenüber 26 Prozent der Jungen) geben an, Mobbing erfahren zu haben. Dieser Unterschied in den relativen Häufigkeiten ist signifikant ($\chi^2_{(1)} = 89.01, p = .000$). Betrachtet man die Altersgruppen der 11- bis 14- und der 15- bis 18-Jährigen sowie junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund getrennt, so ergeben sich zwischen diesen Gruppen keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich ihrer Mobbing Erfahrungen. Dieser Befund steht im Widerspruch zu der Tatsache, dass in Deutschland Menschen mit Migrationserfahrungen sehr viel häufiger Diskriminierungen erfahren als Menschen ohne Migrationshintergrund (Scherr 2022; Diehl/Fick 2016; Kaas/Manger 2012). Es ist zu vermuten, dass die Instrumente der Befragung das Phänomen nicht adäquat erfassen.

Die Daten können Auskunft darüber geben, wie hoch der Anteil unter den jungen Menschen ist, der von sich selbst sagt, andere zu mobben. Die Frage, ob man selbst im Zeitraum eines Jahres daran beteiligt war, andere zu mobben, beantworten 25 Prozent der jungen Menschen mit „Ja“ (31 Prozent der Jungen und 19 Prozent der Mädchen). Dieser Unterschied ist statistisch signifikant ($\chi^2_{(1)} = 47.09, p = .000$). Auch liegt der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund signifikant ($\chi^2_{(1)} = 12.89, p = .000$) höher als bei denen ohne Migrationshintergrund (28 gegenüber 22 Prozent). Es gibt keine signifikanten Altersunterschiede zwischen den 11- bis 14- und den 15- bis 18-Jährigen.

Tab. 3.9: Logistische Regression zur Prädiktion des Mobbings (als Täter)

AV: von eigenem aktiven Mobbing berichtet (ja = 1/nein = 0)	Coef.	AME
Geschlecht (1 = weiblich, 0 = männlich)	-.634***	.117
Migrationshintergrund (1 = mit, 0 = ohne)	.336***	.062
Alter (1 = 11 bis 14, 0 = 15 bis 18)	-.097	-.018
Ressource Wohlstand	.050	.009
Lebenszufriedenheit	-.061	-.011
Selbstwertkala	-.063	-.012

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der UWE-Daten (2019)

Anmerkungen: Schüler:innen zwischen 11 und 18 Jahren, N = 2 950. AME = Average Marginal Effects, Coef = Regressionskoeffizient, *** p < .001.

Die Befunde multifaktorieller Zusammenhangsanalysen anhand von Daten der UWE-Befragung hinsichtlich des Thema Mobbings sind in der Tab. 3.9 dargestellt. Berechnet wurde ein multiples logistisches Regressionsmodell, in welches mögliche Faktoren für Mobbing eingehen. Als abhängige Variable wird hier das dichotome Item „von eigenem aktiven Mobbing berichtet“ eingesetzt. Die Frage lautete: „Warst Du in diesem Schuljahr daran beteiligt, andere zu mobben?“ (1 = ja, 0 = nein). Die Befunde zeigen, dass es für Frauen und Befragte ohne Migrationshintergrund zwischen 11 und 18 Jahren weniger wahrscheinlich ist, zu berichten, selbst zu mobben, auch dann, wenn auf Selbstwert, Lebenszufriedenheit, Wohlstand und das Alter kontrolliert wird. Die letztgenannten Faktoren zeigen ihrerseits keinen signifikanten Zusammenhang zur Wahrscheinlichkeit, selbst zu mobben. Die Werte für die AME geben an, dass die Wahrscheinlichkeit selbst aktiv zu mobben, für

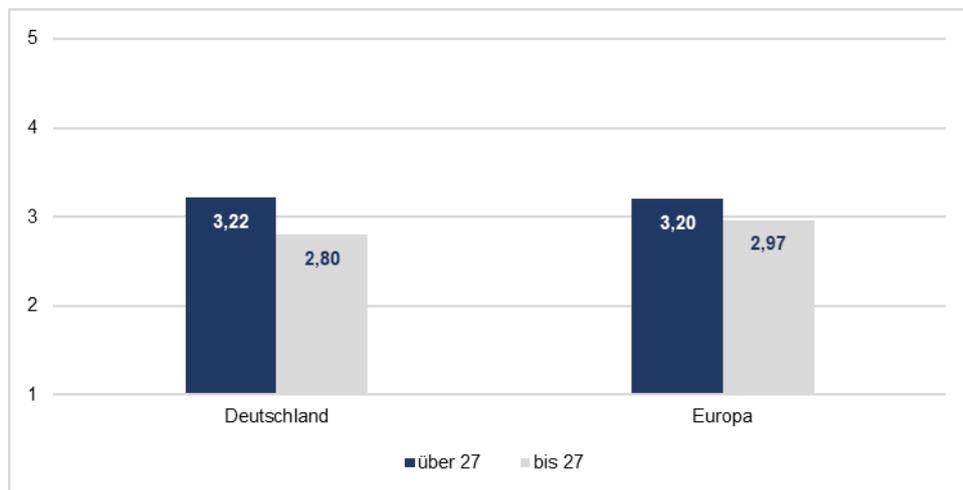
Frauen um 11.7 Prozentpunkte geringer und für Personen mit Migrationshintergrund um 6.2 Prozentpunkte höher prognostiziert wird als für männliche Befragte oder Personen ohne Migrationshintergrund.

3.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Ausprägungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind im Kontext der Planung von Extremismusprävention wichtig zu analysieren. So kann besser eingeordnet werden, wie anschlussfähig diese Art extremistischer Positionen in der breiteren Bevölkerung sind (vgl. auch Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 3.2.1.1).

In der vorliegenden Studie wird deshalb untersucht, wie ausgeprägt verschiedene Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bei jungen Menschen sind. Die in den herangezogenen Daten erfassten Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind eine negative Einstellung gegenüber Minderheiten, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie und Sozialdarwinismus. Diese Merkmale wurden sekundäranalytisch im Alters- und Zeitvergleich auf Basis der CSES-, AID:A-, ALLBUS-⁴ und ESS-Daten untersucht.

Abb. 3.14: Negative Einstellung gegenüber Minderheiten in Deutschland und Europa nach Altersgruppen



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der CSES-Daten (2019)

Anmerkungen: Angegeben sind die Mittelwerte des Indexes „Negative Out Group Attitude“, bestehend aus 5 Items; eine Beschreibung des Indexes findet sich in der Tab. D 13 im Anhang; N = 58 739

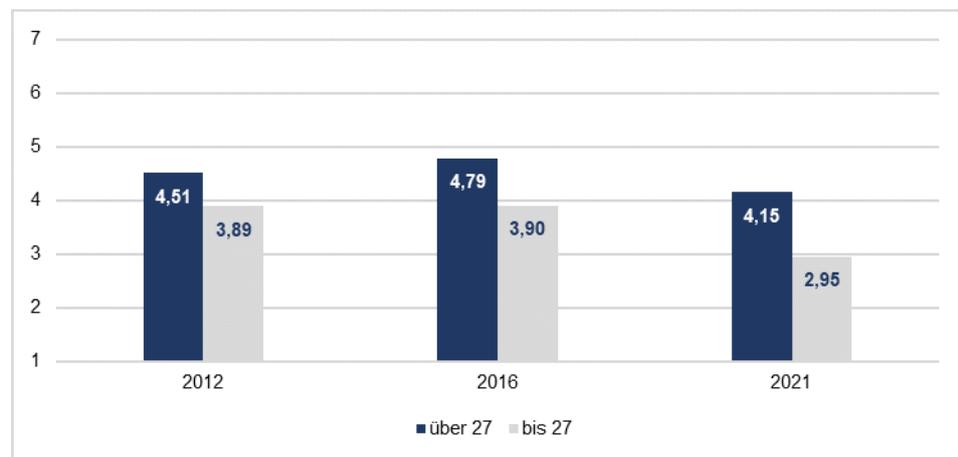
Anhand von Berechnungen auf Basis der Daten der CSES-Studie kann festgehalten werden (Abb. 3.14), dass in Deutschland bei den jungen im Vergleich zu den älteren Menschen in Deutschland und Europa, aber auch im Vergleich zu den jungen Men-

4 „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“.

schen in Europa, die negative Einstellung gegenüber Minderheiten und Migrantinnen bzw. Migranten auf einem relativ niedrigen Niveau liegt. Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, dass es in diesem Zusammenhang keinen Präventionsbedarf gäbe, denn beispielsweise stimmen laut CSES-Daten insgesamt 27.4 Prozent der deutschen Bevölkerung der Aussage zu, dass „Einwanderung der Kultur des Einwanderungslandes schadet“ (eines der fünf Items, aus denen sich der Index in Abb. 3.14 zusammensetzt), das heißt, es gibt in Deutschland eine ausgeprägte negative Haltung gegenüber Minderheiten.

Bezüglich Islamfeindlichkeit macht der in der Abb. 3.15 dargestellte Zeitvergleich deutlich, dass diese bei der jungen Bevölkerung in Deutschland seit 2012 stark, nämlich fast um einen ganzen Skalenpunkt von einem Mittelwert 3.89 im Jahr 2012 bis auf einen Mittelwert von 2.95 im Jahr 2021, abgenommen hat. Der Mittelwertunterschied zwischen den Altersgruppen im Jahr 2021 ist überaus deutlich ($F_{(1,2\ 845)} = 133.7, p = .000, d = .75$). Junge Menschen sind demnach weit weniger islamfeindlich als ältere, wobei auch in dieser Gruppe ein Rückgang des Anteils derjenigen, die explizit islamfeindlich sind, zu verzeichnen ist (der Mittelwert ist um etwas mehr als einen halben Skalenwert gesunken). Mit einem Wert von 4.15 ist er noch immer deutlich über der Skalenmitte von 3.5. Der Rückgang der Werte hängt nicht systematisch mit dem Merkmal Migrationshintergrund zusammen.

Abb. 3.15: Islamfeindlichkeit (Index) in Deutschland nach Altersgruppe seit 2012, Mittelwerte

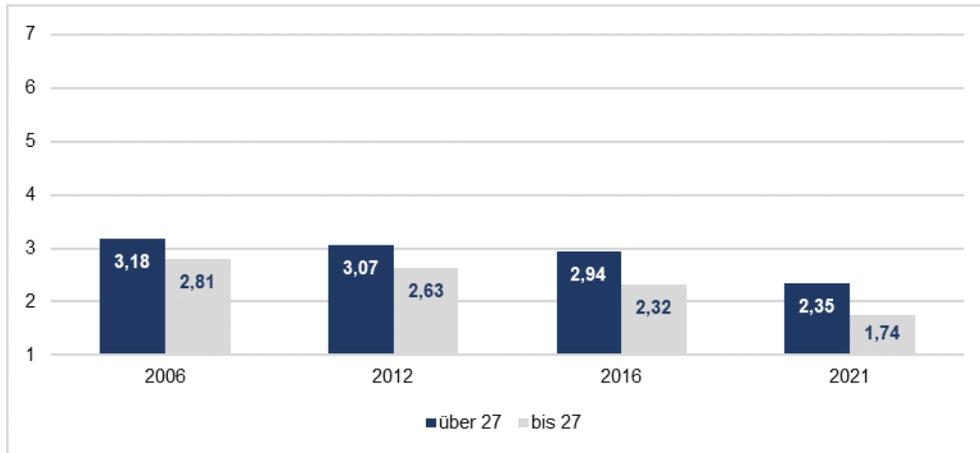


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ALLBUS-Daten

Anmerkungen: Fallzahl: N = 9 329; auf einer Skala von 1 bis 7 sind die Mittelwerte des Indexes Islamfeindlichkeit angegeben. Hohe Werte stehen für eine islamfeindliche Einstellung. Eine detaillierte Beschreibung dieses Indexes findet sich in Tab. D 14 im Anhang

Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich beim Blick auf den Antisemitismus (Abb. 3.16). In beiden Altersgruppen ist der Wert auf der Antisemitismus-Skala, zumindest auf der Grundlage der ALLBUS-Daten, seit 2006 deutlich und kontinuierlich zurückgegangen. Auch im Jahr 2021 (ähnlich wie im Jahr 2016) ist der Mittelwertunterschied zwischen den Altersgruppen sehr deutlich. Er liegt bei .6 ($F_{(1,2\ 458)} = 49.3, p = .000, d = .48$).

Abb. 3.16: Antisemitismus (Index) in Deutschland nach Altersgruppe seit 2006, Mittelwerte

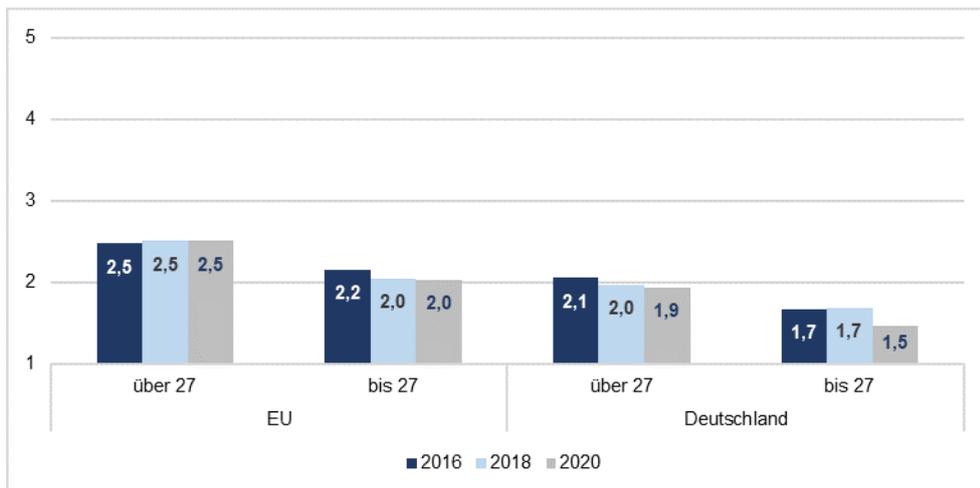


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ALLBUS-Daten

Anmerkungen: Fallzahl: N = 11 087; auf einer Skala von 1 bis 7 sind die Mittelwerte des Indexes Antisemitismus angegeben. Hohe Werte stehen für eine antisemitische Einstellung. Eine detaillierte Beschreibung dieses Indexes findet sich in der Tab. D 15 im Anhang

Auch in Bezug auf Homophobie zeigt sich ein analoger Befund (Abb. 3.17). Die Werte auf der Skala zur Messung homophober Einstellungen liegen für die Personen unter 27 Jahren deutlich unter denen der älteren Personen. Im Jahr 2020 liegen die beiden Altersgruppen in Deutschland um einen knappen halben Skaleneinheit auseinander ($F_{(1,8\ 085)} = 339,84$, $p = .000$, $d = .56$). Im internationalen Vergleich zeigt sich des Weiteren, dass das Niveau homophober Einstellungen in Deutschland wesentlich niedriger ist als im europäischen Durchschnitt.

Abb. 3.17: Homophobie (Index) nach Altersgruppe und im internationalen Vergleich, Mittelwerte

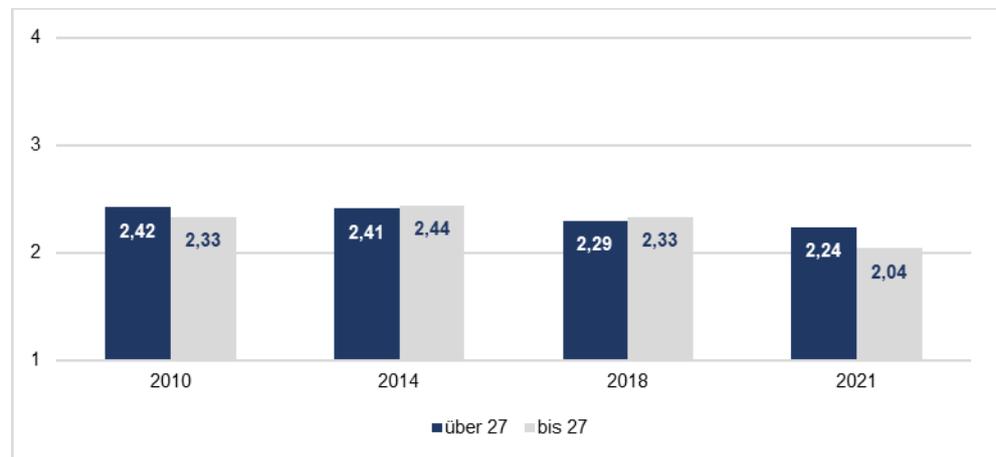


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten

Anmerkungen: Fallzahlen: N (Europa 2020) = 40 460, N (Deutschland 2020) = 8 086; auf einer Skala von 1 bis 5 sind die Mittelwerte des Indexes Homophobie angegeben. Hohe Werte stehen für eine homophobe Einstellung. Eine detaillierte Beschreibung dieses Indexes findet sich in Tab. D 16 im Anhang

Nicht ganz so eindeutig ist die Befundlage, wenn als ein weiteres Merkmal, die menschenfeindliche Überzeugung des Sozialdarwinismus (Abb. 3.18), betrachtet wird. Sozialdarwinismus meint hier die Einstellung, dass sozioökonomische Unterschiede gerecht und notwendig sind und dass jede Person selbst für ihre gesellschaftliche Stellung verantwortlich ist. Die Werte dieser Skala sind für die Gruppe der über 27-Jährigen relativ konstant und für die bis 27-Jährigen sinken sie nur leicht. Der Mittelwertunterschied im Jahr 2021 ist zwar signifikant, aber moderat ($F_{(1,5\ 032)} = 32.9, p = .000, d = .28$). In den Jahren 2014 und 2018 lag der Wert für die Jüngeren sogar über dem Wert der Älteren.

Abb. 3.18: Sozialdarwinismus (Index) in Deutschland nach Altersgruppe seit 2010, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ALLBUS-Daten

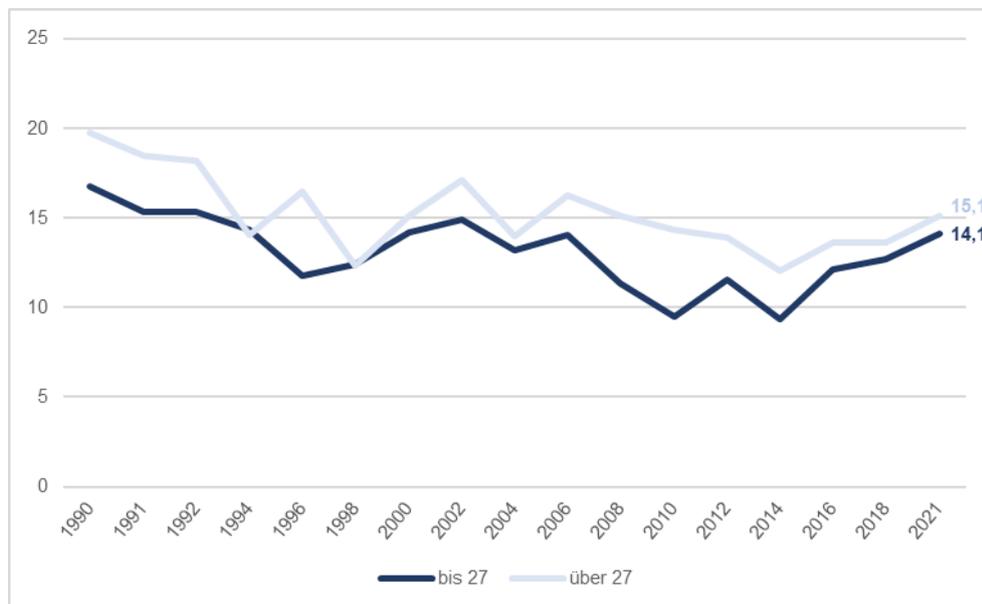
Anmerkungen: Fallzahl: N=23 533, auf einer Skala von 1 bis 4 sind die Mittelwerte des Indexes Sozialdarwinismus angegeben. Hohe Werte stehen für eine sozialdarwinistische Einstellung. Eine detaillierte Beschreibung dieses Indexes findet sich in Tab. D 17 im Anhang

Insgesamt kann also davon gesprochen werden, dass für junge Menschen bei allen hier betrachteten Indikatoren extremistischer Einstellungen, mit Ausnahme der des Sozialdarwinismus, deutlich niedrigere Werte gemessen wurden als in der Gruppe älterer Personen. Des Weiteren waren diese menschenfeindlichen Einstellungen in den letzten Jahren bis 2021 rückläufig. Aktuellere Trends werden durch diese Daten jedoch nicht abgebildet.

3.5 Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Schema

Für die generelle gesellschaftspolitische Einstellung ist die Verwendung des Merkmals der „Links-Rechts-Selbsteinstufung“ gängig (Friedrichs/Leßke 2022). Das Item ist in allen großen Surveys vorhanden und wird in der quantitativen Extremismusforschung verwendet (vgl. Arzheimer 2023). Autorin und Autor der vorliegenden Studie vertreten die Ansicht, dass die Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Schema ein geeignetes Merkmal ist, um die Tendenz hin zu einer radikalen politischen Einstellung zu untersuchen. Eine Person, die sich bewusst dem linken oder rechten Rand des politischen Spektrums zuordnet, tut dies nicht unbedacht, so die Annahme.

Abb. 3.19: „Extreme“ Selbsteinstufung in das Rechts-Links-Schema in Deutschland über die Zeit nach Altersgruppen, Anteile in Prozent



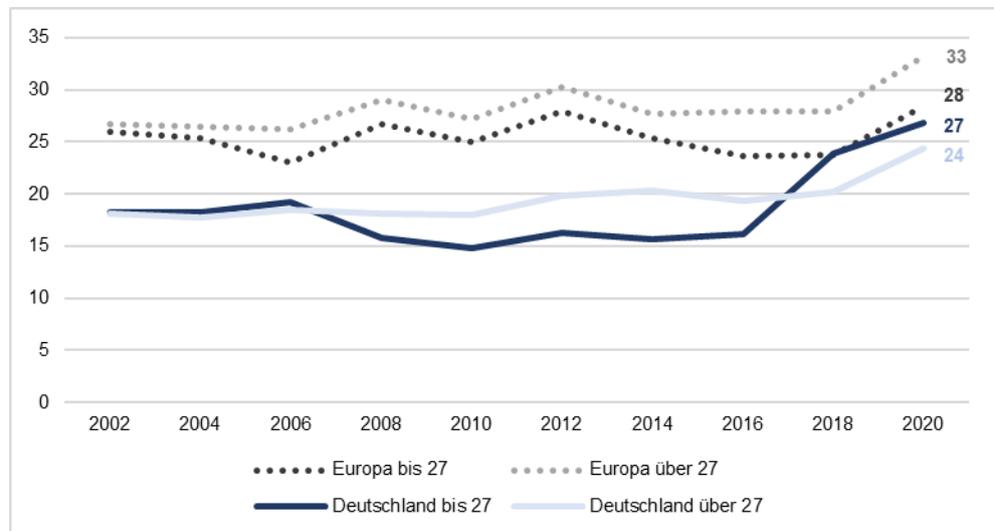
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ALLBUS Daten

Anmerkungen: Abgebildet sind die relativen Häufigkeiten der Personen innerhalb der Altersgruppen, die sich selbst dem linken oder rechten Rand im politischen Spektrum zuordnen. Die „Ränder“ sind die Selbsteinstufung als „extrem links“ = 1 und 2 sowie „extrem rechts“ = 9 und 10 auf einer 10-stufigen Skala, N~3 000 je Erhebungsjahr
Lesebeispiel: 1990 haben sich knapp 20 Prozent der über 27-Jährigen als politisch extrem (links oder rechts) eingeordnet, 2021 waren dies hingegen 15,1 Prozent

Der Langzeittrend, der in der Abb. 3.19 dargestellt ist, zeigt, dass die extreme Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Schema in den letzten drei Jahrzehnten zunächst abgenommen hatte. Der Anteil derjenigen Personen, die sich selbst als extrem einstufen, ist mit deutlichen Schwankungen im Zeitraum von 1990 bis 2014 zurückgegangen, und zwar von etwa einem Fünftel bei den Älteren (über 27 Jahre) auf einen Anteil von 12 Prozent und von über 15 Prozent auf unter 10 Prozent bei den jüngeren (bis 27 Jahre). Seit 2014 steigen die Werte kontinuierlich in beiden Altersgruppen wieder an, haben aber das Niveau der frühen 90er-Jahre noch nicht erreicht. Außerdem ist eine Verringerung des Unterschiedes zwischen den Altersgruppen zu verzeichnen.

Ein etwas anderes Bild zeichnen die Daten des European Social Survey (Abb. 3.20). Verglichen mit den Daten aus Deutschland, lassen sich in den ESS-Daten für Deutschland zwar ähnliche Tendenzen, aber höhere Gesamtwerte erkennen. Demnach variiert die Selbsteinstufung junger Menschen in das Links-Rechts-Schema je nach Datenquelle. Während die ALLBUS-Daten einen geringeren Anteil junger Menschen im Vergleich zu älteren Bevölkerungsgruppen zeigen, die sich selbst einer extremen Position zuordnen, ist bei den ESS-Daten ein höherer Anteil an Jüngeren gegenüber den Älteren zu erkennen, der sich selbst einer extremen Position zuordnet. Der seit 2016 zu beobachtende Anstieg ist auf einen größeren Anteil junger Menschen, die sich selbst am linken Rand des politischen Spektrums verorten, zurückzuführen.

Abb. 3.20: Selbsteinstufung an den Rändern des Rechts-Links-Schemas nach Altersgruppen und im internationalen Vergleich, relative Häufigkeiten



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des ESS

Anmerkungen: Anteil der Personen, die sich im 11-stufigen Spektrum „links“ = 0 bis „rechts“ = 10 den Kategorien 0 bis 2 oder 8 bis 10 zuordnen in Prozent. Fallzahlen: N (Deutschland 2020) = 8 136, N (Europa 2020) = 38 020

Im Folgenden werden die Selbsteinschätzungen der Menschen in Deutschland tiefergehend nach Alter, Migrations- sowie Bildungshintergrund, Einkommen und Geschlecht auf Basis der ESS-Daten (2020) betrachtet.

Es zeigt sich für das Jahr 2020, dass in der Gruppe der bis 27-Jährigen der Anteil derer, die sich selbst im Links-Rechts-Schema dem rechten Rand zuordnen⁵ bei 1.3 Prozent liegt und bei den Personen über 27 Jahren bei 3.0 Prozent. Dieser Unterschied zwischen den gruppenbezogenen relativen Häufigkeiten ist signifikant ($\chi^2_{(1)} = 10.77$, $p = .001$). Am anderen Ende der Skala, also am linken Rand der Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Schema zeigt sich ein entgegengesetztes Bild. 12 Prozent der jungen Menschen ordnen sich hier selbst ein. Dem steht ein Anteil von 8 Prozent bei den älteren Menschen gegenüber. Auch dieser Unterschied ist statistisch signifikant ($\chi^2_{(1)} = 21.29$, $p = .000$).

Innerhalb der Gruppe der jungen Menschen sind diejenigen, die sich dem rechten Rand zuordnen, mit 22.6 Jahren im Schnitt etwas älter als die übrigen (21.3 Jahre), und die, die sich dem linken Rand zuordnen, mit 20.6 gegenüber 21.5 Jahren etwas jünger. Mit einem Wert der Effektstärke Cohen's d von $d = .36$ bzw. $d = .25$ sind diese Mittelwertunterschiede als durchaus relevant zu beurteilen. Insgesamt kann also vermutet werden, dass eine extrem linke Einstellung sich mit steigendem Alter

5 Sie stufen sich selbst auf der 11-stufigen Skala von 0 = „extrem links“ und 10 = „extrem rechts“ auf die Frage „In der Politik spricht man manchmal von ‚links‘ und ‚rechts‘. Wo auf dieser Skala würden Sie sich selbst einstufen, wenn 0 für links steht und 10 für rechts?“ mit 9 oder 10 ein.

eher abschwächt, während dies im Falle einer extrem rechten Einstellung eher umgekehrt zu sein scheint.

Innerhalb der Gruppe der jungen Menschen zeigen sich keine signifikanten Zusammenhänge zwischen dem Einkommen und den Selbstzuordnungen zum rechten oder linken Rand im politischen Spektrum. Anders sieht das beim Bildungsniveau aus: Das derjenigen jungen Menschen, die sich selbst extrem rechts einstufen, liegt deutlich niedriger. Der Mittelwert auf der 7-stufigen Bildungs-Skala liegt bei diesen bei 3.7 und damit um einen ganzen Skalenpunkt niedriger als bei den übrigen jungen Menschen (MW = 4.7). Es handelt sich dabei in seiner Stärke mit $d = .60$ um einen mittleren Effekt. Für Personen, die sich selbst dem linken Rand zuordnen, gibt es hier keinen Bildungseffekt. Die Mittelwerte beim Bildungsniveau sind mit einem Mittelwert von 4.5 für junge Menschen, die sich dem linken Rand zuordnen, gegenüber einem Mittelwert von 4.7 für die übrigen ($d = .09$) fast gleich hoch.

In der Gruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund gibt es einen signifikant höheren Anteil an Personen, die sich selbst dem rechten Rand zuordnen. Dieser liegt bei knapp drei Prozent gegenüber knapp einem Prozent in der Gruppe junger Menschen ohne Migrationshintergrund ($\chi^2_{(1)} = 7.35$, $p = .007$). Und auch bei der Selbsteinordnung am linken Rand des politischen Spektrums übertreffen junge Menschen mit Migrationshintergrund mit einem Anteil von gut 15 Prozent diejenigen ohne Migrationshintergrund (etwas über 10 Prozent, $\chi^2_{(1)} = 5.36$, $p = .021$).

Kein Zusammenhang lässt sich feststellen zwischen der Selbstzuordnung zum rechten Rand und dem Geschlecht. Hingegen lässt sich festhalten, dass der Anteil der jungen Menschen, die sich extrem links zuordnen, bei den Frauen mehr als doppelt so hoch liegt (knapp 16 Prozent) als bei den Männern (7 Prozent). Dieser Befund ist statistisch signifikant ($\chi^2_{(1)} = 23.79$, $p = .000$).

Um Aussagen zu treffen, wie stabil eine extreme Einstellung bei jungen Menschen ist und welche möglichen Kontextfaktoren eine Rolle spielen, wurde auf Basis von auf Gymnasien bezogenen Paneldaten des NEPS ein Regressionsmodell gerechnet (Tab. 3.10). Die abhängige Variable ist eine 5-stufige Skala auf der hohe Werte für eine extremere Selbsteinordnung in das Rechts-Links-Schema stehen. In das Modell gehen als unabhängige Variablen der entsprechende Ausgangswert im Schuljahr 2016/17 sowie Geschlecht, Migrationshintergrund, politisches Interesse und Lebenszufriedenheit zum selben Zeitpunkt der achten NEPS-Welle ein. Prognostiziert werden die Werte für das Schuljahr 2020/21. Der Koeffizient bei „Extreme Rechts-Links Selbsteinstufungen (NEPS Welle 8)“ $\beta = .375$ ist erwartungsgemäß in seiner Größe bedeutend, positiv und signifikant. Das heißt für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, die in der 11. Jahrgangsstufe eine extreme Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Schema vorgenommen haben, wird auch für das Schuljahr 2020/21, das Abiturjahr, eine extreme Selbsteinstufung erwartet. Das Merkmal besitzt also eine gewisse Stabilität. Allerdings ist dieser Effekt überraschend schwach. Dieser Befund spricht dafür, dass die Dispositionen der jungen Menschen, die für ihre extreme Selbsteinordnung ins politische Spektrum verantwortlich sind, in den drei letzten Schuljahren noch starken Wandlungsprozessen unterworfen sein können.

Tab. 3.10: Regressionsmodell zur Prädiktion der Selbsteinstufung an die Ränder des Rechts-Links-Schema bei Gymnasialabsolventen 2021

AV: Extreme Links-Rechts Selbsteinstufung (NEPS Welle 11)	β
Extreme Links-Rechts Selbsteinstufung (NEPS Welle 8)	.38***
Geschlecht (1=weiblich, 0=männlich)	-.09***
Migrationshintergrund (1=mit MH, 0=ohne)	.03
Politisches Interesse	-.12***
Lebenszufriedenheit	-.04*
N	2 862
R ²	.18

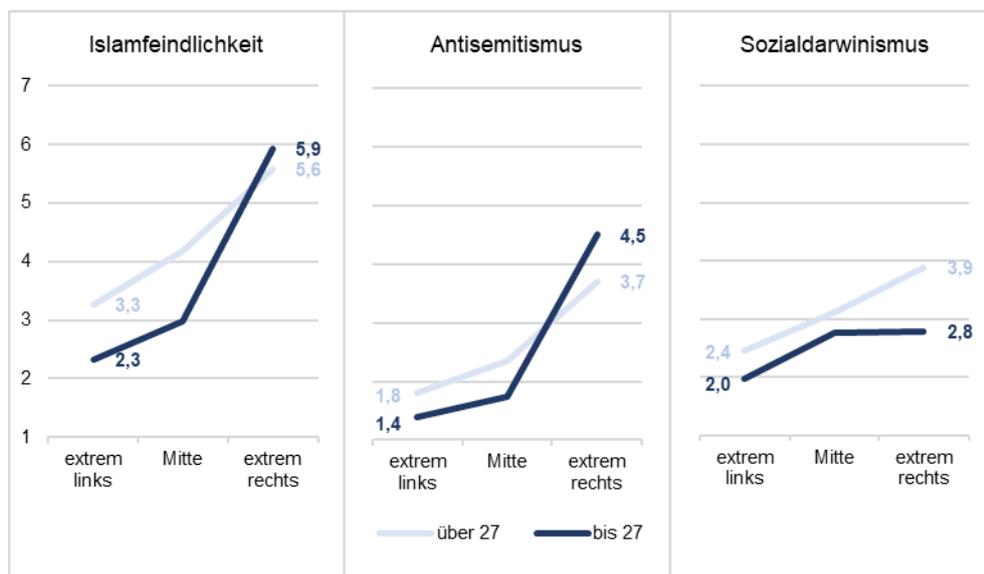
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf Grundlage der NEPS-Daten

Anmerkungen: Angegeben sind die standardisierte Koeffizienten β , AV = Abhängige Variable; NEPS Daten: SC3, Welle 8 (11. Klasse 2016/17) und 11 (Absolventen 2020/21), Selbsteinstufung recodiert: 0 = „Mitte“ (LR-Skala 5) bis 5 = „Extrem“ (LR-Skala 0&10); *** p < .000, * p < .05

Deutlich wird außerdem ein negativer Effekt des politischen Interesses auf die extreme Links-Rechts-Selbsteinstufung, auch über die Stabilität dieser Selbsteinstufungen hinaus. Für junge Menschen, die sich stärker für Politik interessieren, prognostiziert das Modell niedrigere Werte auf der Skala der extremen Selbsteinordnung im politischen Spektrum. Es scheint also ganz so, als würde politisches Interesse extreme Einordnungen zumindest abschwächen.

Des Weiteren wurde die extreme Selbsteinstufung junger Menschen auf Basis der ESS- und ALLBUS-Daten mit den Konstrukten der Menschenfeindlichkeit (Abb. 3.21) und der Zustimmung zur Demokratie (Abb. 3.22) verknüpft. Die Abb. 3.21 zeigt drei Profildiagramme, in welchen die Selbsteinstufung der bis 27-Jährigen und der über 27-Jährigen mit einer Auswahl menschenfeindlicher Einstellungen (siehe Abschnitt 3.4) in Verbindung gebracht wird. Die Analysen basieren auf den ALLBUS-Daten von 2021. Die Selbsteinstufung wurde zu diesem Zweck in eine Variable mit drei Kategorien („extrem links“, „Mitte“ und „extrem rechts“) umcodiert. Für Islamfeindlichkeit und Antisemitismus zeigt sich in aller Deutlichkeit – und bei den jüngeren Menschen noch extremer als bei den älteren –, dass Personen, die sich selbst dem rechten Rand des politischen Spektrums zuordnen, viel höhere Werte auf diesen beiden Skalen der Menschenfeindlichkeit erreichen als diejenigen, die sich der Mitte oder dem linken Rand zuordnen. Bei Letzteren liegen die jüngeren Menschen im Kontrast dazu deutlich unter den älteren. Insbesondere scheint also die Dimension der Menschenfeindlichkeit bei den jungen Menschen am rechten Rand ein besonderes Problem darzustellen.

Abb. 3.21: Mittelwerte der Skalen Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus nach Rechts-Links-Selbsteinstufung und Altersgruppen

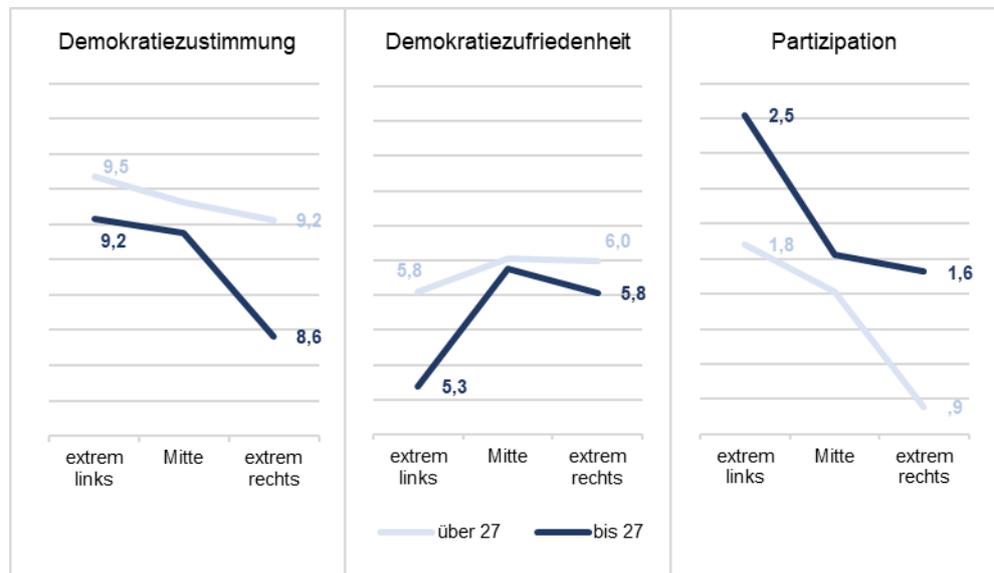


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ALLBUS-Daten (2021)

Anmerkungen: Dargestellt sind die Profildiagramme der Indizes (die genaue Beschreibung der Indizes findet sich im Anhang) zu Islamfeindlichkeit (6 Items, Tab. D 14), Antisemitismus (4 Items, Tab. D 15) und Sozialdarwinismus (3 Items, Tab. D 17) nach Altersgruppe und nach einer kategorialen Variable der Rechts-Links-Selbsteinstufung auf einer Skala von 1 bis 10 mit den Kategorien „extrem links“ = 1 und 2, „Mitte“ = 3 bis 8 und „extrem rechts“ = 9 und 10

Auf der anderen Seite kann die extreme Selbsteinstufung auch mit Einstellungen gegenüber der Demokratie bzw. mit Werten des politischen Partizipationsindex in Verbindung gebracht werden. Dies wurde vorgenommen in Analysen auf Basis der ESS-Daten, deren Ergebnisse in den Profildiagrammen in der Abb. 3.22 dargestellt sind. Jungen Menschen, die sich selbst dem rechten Rand zuordnen, ist es am wenigsten wichtig, in einem Land mit demokratischer Regierungsform zu leben. Die extrem links eingeordneten jungen Menschen hingegen scheinen bei Mittelwerten zwischen 9.2 und 9.5 von maximal 10 Skalenpunkten hohen Wert auf die Demokratie als Regierungsform zu legen. Das mittlere Diagramm zeigt, dass junge Menschen, die sich dem linken Rand des politischen Spektrums zuordnen, am wenigsten damit zufrieden sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Die rechten Graphen verdeutlichen, dass die durchschnittlichen Werte des Indexes für die politische Partizipation auf einer 5-stufigen Skala von 0 bis 4 von links nach rechts abnehmen, auf beiden Seiten des Spektrums jedoch sehr niedrig sind.

Abb. 3.22: Mittelwerte der Items Demokratiezustimmung und -zufriedenheit sowie des Partizipationsindex nach Rechts-Links-Selbsteinstufung und Altersgruppen



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten (2020)

Anmerkungen: Dargestellt sind die Profildiagramme der Items Demokratiezustimmung („Wie wichtig ist es Ihnen, in einer Demokratie zu leben“) und Zufriedenheit mit der Demokratie sowie des Partizipationsindex (Beschreibung in der Tab. D 4 im Anhang), nach Altersgruppe und nach einer kategorialen Variable der Rechts-Links-Selbsteinstufung auf einer Skala von 0 bis 10 mit den Kategorien „extrem links“ = 0 und 1, „Mitte“ = 2 bis 8 und „extrem rechts“ = 9 und 10. Die Hilfslinien zeigen $d = .2$ Abstände. Um die Befunde besser gegenüberstellen zu können, wurden die Graphen entlang der Y-Achse verschoben.

3.6 Zwischenfazit: Herausforderung Extremismus

Das Ziel der Analysen im Kapitel 3 war es, die Verbreitung von Demokratie gefährdenden Orientierungen in verschiedenen sozialen Gruppen aufzuzeigen. Dafür wurden Altersvergleiche, Trendanalysen und Vergleiche der Situation in Deutschland mit dem Durchschnitt europäischer Länder vorgelegt. Deskriptive Darstellungen und Zusammenhangsanalysen von Indikatoren extremistischer Haltungen mit demografischen, sozioökonomischen und persönlichkeitsbezogenen Merkmalen informieren über Risikogruppen. Durch empirische Befunde sollen so Bedarfe und Zielgruppen für den Bereich der Extremismusprävention identifiziert werden.

Die positive Einstellung gegenüber einer **autoritären Regierungsführung** wird in der vorliegenden Untersuchung als Indikator für die Demokratiefeindlichkeit herangezogen. Auch das im Abschnitt 1.2 einleitend vorgestellte Theoriemodell (Beelmann) sieht im Autoritarismus ein Merkmal einer problematischen Persönlichkeitsentwicklung. Auch stützt es die Annahme der Bedeutung dieses Phänomens für die Extremismusprävention, da Autoritarismus im Radikalisierungsprozess als wichtiger Marker für die Entstehung von Ideologien verstanden wird. Die Befunde der vorliegenden Sekundäranalysen zeigen, dass die Werte insgesamt hoch ausfallen und dass es sich beim Autoritarismus um eine Haltung mit mittlerer Stabilität im Zeitverlauf handelt, die mehrheitlich noch Spielräume für Interventionen lässt. Dies

spricht für den Bedarf nach präventiven Ansätzen, um Verfestigungen dieser Haltungen erst gar nicht entstehen zu lassen. Für Fälle verfestigter autoritärer Haltungen bedarf es vermutlich spezifischerer Ansätze.

Im Jugendalter präventiv anzusetzen, ist insbesondere relevant, da Menschen im jüngeren Alter weniger dazu neigen, eine autoritäre Regierungsführung zu befürworten. Von 2019 bis 2021 blieb der Wert bei den jungen Menschen nahezu stabil, während er bei den älteren deutlich anstieg. Auch die Identifikation der besonders gefährdeten Zielgruppen durch die Sekundäranalysen (männlich, ländlicher Wohnort, niedriger Bildungsstand) bietet Ansatzpunkte für die präventive Arbeit, indem Besonderheiten des Erfahrungshintergrunds dieser Zielgruppen bei der Planung von Maßnahmen besonders berücksichtigt werden. Der Effekt, dass ein höheres politisches Interesse mit geringer Zustimmung zu autoritären Einstellungen einhergeht, spricht für eine Schlüsselposition der Förderung des politischen Interesses junger Menschen. Entsprechende Angebote haben breite Zielgruppen, denn es bestehen keine Unterschiede bezüglich Einkommen, Migrationshintergrund oder der Verortung in West- oder Ostdeutschland.

Als wesentlicher Aspekt der Demokratiefeindlichkeit wurde auch der **Verschörungsglaube** Gegenstand der Untersuchung. Vergleichbar den Befunden zum Autoritarismus zeigt sich ein insgesamt hohes Niveau an Verschwörungsglauben, der jedoch von jüngeren Menschen in geringerem Maße vertreten wird als von älteren. Die Daten sprechen außerdem dafür, dass die Verschwörungsgläubigkeit in Ostdeutschland weiterverbreitet ist als in Westdeutschland und dass es deutliche Effekte des ökonomischen Hintergrundes gibt. Personen aus Haushalten mit höherem Einkommen sind in geringerem Maß verschwörungsgläubig. Bei der Elitenfeindlichkeit liegen jüngere Deutsche unter dem europäischen Schnitt, während für die älteren Deutschen leicht überdurchschnittliche Werte sichtbar werden.

Hohe Werte auf Skalen zum Verschwörungsglauben sind ein wichtiger Indikator für Demokratieferne. In den Theorien zur Herausbildung extremistischer Haltungen wird diskutiert, dass es zur Rechtfertigung der Vorurteilsstrukturen und Gewalt gegen soziale Gruppen nicht erforderlich zu sein scheint, die entsprechenden Ideologien vollständig zu übernehmen. Es reicht vielmehr aus, wenn auf Versatzstücke radikaler religiöser, politischer, ethnozentrierter Erzählungen oder entsprechender Verschwörungsideologien zurückgegriffen wird (Beelmann 2022, S. 163). Für die Prävention von Extremismus durch die Bearbeitung von Verschwörungsmmythen bedeutet dies, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Versatzstücke entsprechender Haltungen adressiert werden müssen. Dass junge Menschen diesen Erzählungen in geringerem Maße Glauben schenken, spricht dafür, präventive Bemühungen auf diese Gruppe zu konzentrieren.

In der vorliegenden Untersuchung wurde exemplarisch als spezifische und weit verbreitete Form der **Gewaltausübung** das **Mobbing** analysiert. Hierbei ist die Unterscheidung der Täter- und Opferrollen relevant. Folgende Befunde wurden für junge Menschen zwischen 11 und 18 Jahren herausgearbeitet: Etwa ein Drittel gaben an, gemobbt worden zu sein, während ein Viertel sich selbst als Mobbende einordnete. Insbesondere junge Frauen sind Opfer, junge Männer sind im Schnitt

eher Täter. Auch der Migrationshintergrund ist laut den Befunden ein Faktor, welcher die Wahrscheinlichkeit erhöht, in Bezug auf Mobbing Täter zu werden. Für die Bedarfsermittlung im Bereich Extremismusprävention sind diese Befunde insofern relevant, als sie darauf hinweisen, dass bei Programmen zur Gewaltprävention zu berücksichtigen ist, dass es in den verschiedenen Subgruppen unterschiedliche Gefährdungslagen gibt, Opfer oder Täter zu werden.

Zu den Analysen bezüglich verschiedener Formen der **Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit** lässt sich generell festhalten, dass die jüngeren Vergleichsgruppen eher niedrigere Werte aufweisen, auch wenn immer noch zu viele eine solche Haltung einnehmen. Befunde zu Einstellungen gegenüber Minderheiten, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie zeigen, dass die Werte auf entsprechenden Skalen bei jungen Menschen nicht nur niedriger als in der Vergleichsgruppe der über 27-Jährigen sind, sondern über die Jahre auch abgenommen haben. Auch im europäischen Vergleich (mit beiden Altersgruppen) zeigen die jungen Menschen in Deutschland keine hohen Werte der Menschenfeindlichkeit. Dies könnte auch ein Erfolg der bisherigen Bemühungen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention in Deutschland sein. Ohne methodisch tragfähige Vergleiche lässt sich dies jedoch nicht schlüssig sagen. Ebenso wenig können die Daten die aktuellen Trends der vergangenen beiden Jahre (2022–2023) abbilden.

Obwohl die vorliegenden Ergebnisse noch keine alarmierende Wirkung haben, sondern im Gegenteil positive Interpretationen zulassen, sind die Risiken einer Entstehung von Vorurteilsstrukturen ernst zu nehmen. Auch wenn dies nur eine sehr geringe Minderheit betrifft, können sich entsprechende Vorurteilsstrukturen in verfestigter Form zu Dissozialität und damit tatsächlichem radikalem Verhalten entwickeln.

Zur Selbsteinstufung junger Menschen in das **Links-Rechts-Schema** lässt sich festhalten, dass es diesbezüglich je nach Datenquelle widersprüchliche Befunde gibt. Während die ALLBUS-Daten gegenüber der älteren Bevölkerung von einem niedrigeren Anteil der jungen Menschen sprechen, die sich einer extremen Position im politischen Spektrum zuordnen, liegen die Anteile, die auf Basis der ESS-Daten errechnet wurden, in der jungen Bevölkerung für die letzten Erhebungszeitpunkte (2018 und 2020) deutlich über denen in der Vergleichsgruppe der Älteren. In letzterem Fall kann man einen bemerkenswerten Anteil von über 25 Prozent der jungen Menschen berichten, der sich einer extremen Position zuordnet. Es ist anzumerken, dass der Anstieg seit dem Jahr 2018 auf die vermehrte Selbsteinstufung der jungen Menschen an den linken Rand des Spektrums zurückzuführen ist.

Ein geringes politisches Interesse geht mit einem höheren Risiko einer extremen Selbstpositionierung einher. Dieser Befund kann dahingehend interpretiert werden, dass möglicherweise das Interesse und die Beschäftigung mit Politik, zum Beispiel vermittelt in Bildungskontexten, einer extremen Verortung im Spektrum und damit einer radikalen Einstellung entgegenwirken können. Ein weiteres interessantes Ergebnis stellt die zwar messbare, aber in ihrer Deutlichkeit nicht sehr starke Stabilität der Selbstzuordnung über die Zeit dar. Für die Bedarfe bedeutet dies, dass insbesondere in der Lebensphase der frühen Jugend – etwa bis zum Alter von 20 Jahren –

präventive Maßnahmen, die der politischen Radikalisierung entgegenwirken, als Erfolg versprechend erachtet werden können. Berücksichtigt werden sollte zudem der Befund, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund häufiger einer extremen Position im Links-Rechts-Spektrum zuordnen.

Die Verknüpfung der Links-Rechts Selbsteinschätzung mit Dimensionen der Menschenfeindlichkeit und Demokratiezustimmung lässt Unterschiede zwischen den Rändern des politischen Spektrums sichtbar machen. Während Menschen mit extremer rechter Selbstzuordnung höhere Werte auf den Skalen der Menschenfeindlichkeit erreichen, ergibt sich für diejenigen am linken Rand des Spektrums ein Bild, das ihre Unzufriedenheit mit der Umsetzung von Demokratie verdeutlicht. Interessant ist hierbei, dass auf Grundlage der Daten für extreme Positionierungen am linken Rand des Spektrums keine Demokratiefeindlichkeit per se sichtbar wird. Die Zustimmung zu demokratischen Werten ist gegeben, es geht vielmehr um Unzufriedenheit und Nicht-Partizipation am aktuellen Geschehen. Die Verfassungs- und Demokratiefeindlichkeit linksextremer Personengruppen lässt sich auf der Grundlage vorliegender Daten nicht nachweisen.

4 Praxiskontexte

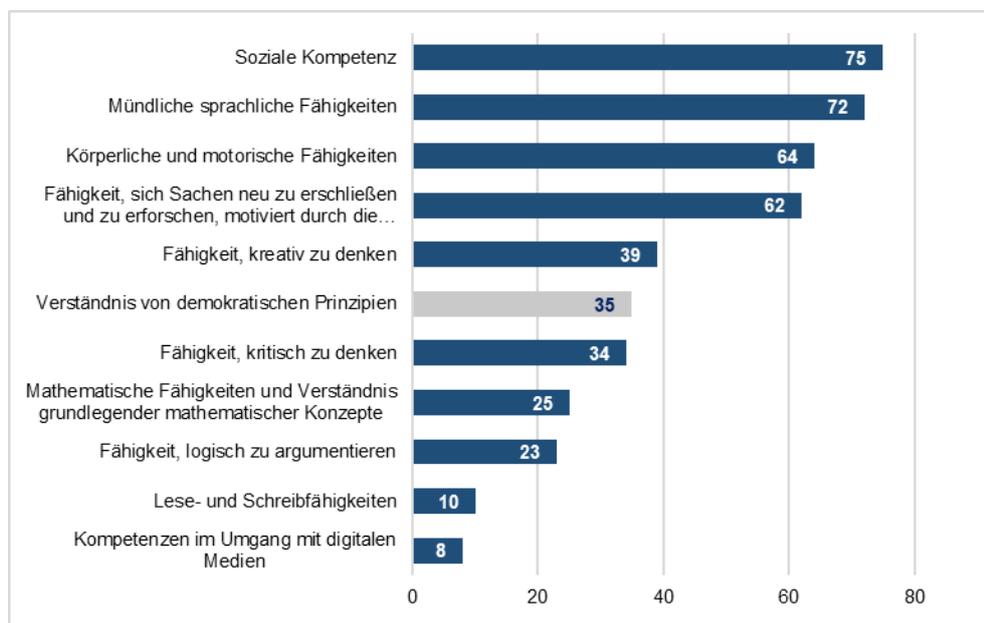
Im Kapitel 4 geht es um die Praxis und fachpraktische Perspektiven. Die Einschätzungen und Bedarfe von Fachkräften aus verschiedenen formalen wie informellen Bildungskontexten werden im Folgenden dargestellt. Diese beziehen sich auf Herausforderungen und Chancen im Kontext von Demokratieförderung und Extremismusprävention und stehen hier im Zentrum der sekundäranalytischen Betrachtung.

Interessant ist hierbei die Frage, wie Prozesse politischer Bildung in und aus Sicht der Fachpraxis aussehen und wo sich hierbei Bedarfe identifizieren lassen. Wissenslücken ergeben sich hierbei für politische Sozialisationsprozesse und den Zusammenhang zwischen Bildung und Partizipation (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 564). Aus diesem Grund folgen punktuelle empirische Analysen zu Bildungskontexten, die basierend auf den vorliegenden Daten möglich waren und sich an Regelstrukturen orientieren. Es werden im Folgenden die Kontexte frühkindliche Bildung (4.1), Schule (4.2) sowie Kinder- und Jugendarbeit (4.3) behandelt.

4.1 Frühkindliche Bildung

Im Kontext der frühkindlichen Bildung wird in der vorliegenden sekundäranalytischen Untersuchung eine eher schmale Datenlage abgebildet, die nichtsdestotrotz deutlich macht, dass demokratiefördernde und partizipative Strukturen bereits im frühkindlichen Bildungssystem wichtig sind (siehe auch Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 4.2). Dass zum Beispiel die Tagesbetreuung frühe Berührungspunkte von Kindern mit politischer Bildung bieten soll, sehen auch Fachkräfte so. Dies bestätigt die Analyse der im Rahmen der Studie „Entwicklung von Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung – Indikatorengestützte Qualitätsbeobachtung“ (ERiK) gesammelten Daten. Im Survey wurden die pädagogischen Fachkräfte nach ihrer Einschätzung gefragt, für wie wichtig sie die Vermittlung eines Verständnisses von demokratischen Prinzipien in der Kindertagesbetreuung halten. Die Ergebnisse sind in der Abb. 4.23, im Vergleich mit den anderen im Rahmen der Fragestellung zur Auswahl stehenden Kategorien, dargestellt. Es zeigt sich, dass über ein Drittel des Fachpersonals an über 8 500 befragten Einrichtungen angab, dass die Förderung eines demokratischen Verständnisses „sehr bedeutend“ ist. Damit liegt diese Kompetenz im Mittelfeld des Rankings aller zur Auswahl stehenden Kompetenzen.

Abb. 4.23: Einschätzung des Förderbedarfs in der Kindertagesbetreuung durch das pädagogische Fachpersonal nach Themen, Anteil „sehr bedeutend“, in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ERIK-Daten (2019)

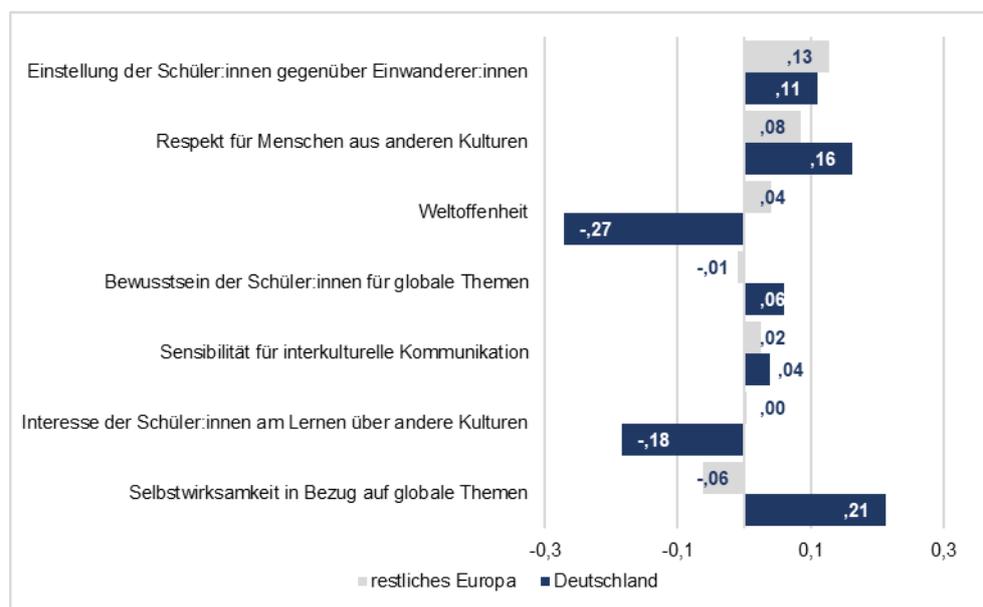
Anmerkungen: Item „Wie bedeutend ist es Ihrer Meinung nach, die folgenden Fähigkeiten und Fertigkeiten bei Kindern in Ihrer Einrichtung zu fördern?“, Antwortmöglichkeiten auf der Skala 1 = „gar nicht bedeutend“ bis 6 = „sehr bedeutend“, N = 8 582 Einrichtungen in der Kindertagesbetreuung. Angegeben ist der Anteil in der Kategorie „sehr bedeutend“

4.2 Schule

Die Schule ist im Kontext von Extremismusprävention, Demokratieförderung sowie politischer Bildung und Sozialisation eine zentrale Institution (vgl. Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 4.1). Nicht zuletzt deshalb zeigt sich die Datenlage für Sekundäranalysen an dieser Stelle auch viel ergiebiger. Es stehen hier eine ganze Reihe umfangreicher internationaler wie nationaler Datenbasen zur Verfügung, die sowohl die Schüler:innen- als auch die Lehrer:innenperspektive abbilden, z. B. die PISA- und die NEPS-Daten. Diese erlauben eine Analyse demokratieförderlicher sowie in diesem Zusammenhang herausfordernder Aspekte im Schulkontext.

Nutzt man die Daten aus den PISA-Studien, kann zum Beispiel ein Blick darauf geworfen werden, wie Weltoffenheit als ein fächerübergreifendes Prinzip der politischen Bildung an deutschen Schulen im internationalen Vergleich aus Sicht der Schüler:innen gelebt wird (Abb. 4.24). Bei Interesse der Schüler:innen am Lernen über andere Kulturen und bei der Weltoffenheitsskala liegen die deutschen Schüler:innen deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Bei der Selbstwirksamkeit in Bezug auf globale Themen und beim Respekt für Menschen aus anderen Kulturen liegen sie hingegen über dem europäischen Schnitt.

Abb. 4.24: Weltoffenheitsskalen aus der PISA-Studie (2018), Deutschland und Europa im Vergleich, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der PISA-Daten (2018)

Anmerkungen: 15- bis 16-jährige Schüler:innen (alle Schulformen) in Deutschland (N = 5 451) und Europa (N = 157 847). Die Kategorie Europa enthält folgende Länder: Österreich, Belgien, Schweiz, Tschechische Republik, Dänemark, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Irland, Island, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Slowakei, Slowenien und Schweden. Angegeben sind die Mittelwerte der WLE Scores (OECD 2020)

Bedeutung gewinnen diese Befunde, wenn man sie im Zusammenhang mit einem Marker für demokratische Einstellung betrachtet (Tab. 4.11). Ein Marker bezeichnet eine Variable, die eine Zusammenhgangsstruktur „anzeigt“, weil davon auszugehen ist, dass sie selbst sehr hoch mit anderen im Untersuchungskontext relevanten Konstrukten korreliert. Diesen Marker bildet im vorliegenden Fall die Skala „Einstellung der Schüler:innen gegenüber Einwanderinnen und Einwanderern“, da angenommen wird, dass diese Skala hoch und positiv mit der latenten Skala „demokratische Einstellung“ korreliert. Deutlich wird, dass alle Skalen signifikant positiv mit dem Marker zusammenhängen.

Tab. 4.11: Zusammenhänge der Weltoffenheitsskalen mit dem Marker „positive Einstellungen gegenüber Zuwanderung“, Korrelationskoeffizienten

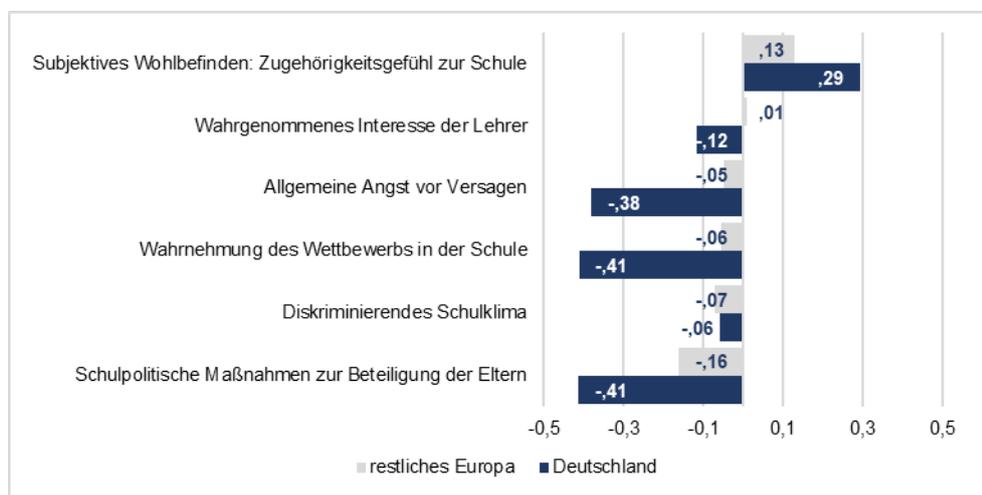
Korrelation nach Pearson	Positive Einstellung gegenüber Migrantinnen/Migranten	p	N
Respekt für Menschen aus anderen Kulturen	.481	.000	2 934
Weltoffenheit	.321	.000	2 922
Sensibilität für interkulturelle Kommunikation	.262	.000	2 900
Bewusstsein der Schüler für globale Themen	.203	.000	2 919
Interesse der Schüler am Lernen über andere Kulturen	.330	.000	2 923
Selbstwirksamkeit in Bezug auf globale Themen	.149	.000	2 908

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der PISA(S)-Daten (2018)

Bemerkenswert ist des Weiteren, dass in den PISA(S)-Daten auch die „Freude am Lesen“ sowie die „Einstellung der Eltern gegenüber Einwanderinnen und Einwanderern“ stark mit dem Marker-Konstrukt korreliert ($r=.253$, $p=.000$, $N=2\ 944$ bzw. $r=.305$, $p=.000$, $N=1\ 503$). Dies zeigt einmal mehr die große Bedeutung der Lesbegeisterung (im weiteren Sinne Bildung) und des familiären Hintergrunds als Indikator bzw. als Kontextfaktor für demokratiefreundliche Einstellungen bei jungen Menschen.

Werden die Werte der Schulklimaskalen der PISA-Studie (2018) an deutschen Schulen international verglichen (Abb. 4.25), lässt sich festhalten, dass für deutsche Schüler:innen zwischen 15 und 16 Jahren das Zugehörigkeitsgefühl zur Schule überdurchschnittlich beurteilt wird. Auch die allgemeine Angst vor Versagen ist niedriger als im europäischen Durchschnitt.

Abb. 4.25: Schulklimaskalen aus der PISA-Studie, Deutschland und Europa im Vergleich, Mittelwerte (WLE)



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der PISA-Daten (2018)

Anmerkungen: 15- bis 16-jährige Schüler:innen (alle Schulformen) in Deutschland ($N = 5\ 451$) und Europa ($N = 157\ 847$). Die Kategorie Europa enthält folgende Länder: Österreich, Belgien, Schweiz, Tschechische Republik, Dänemark, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Irland, Island, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Slowakei, Slowenien und Schweden. Angegeben sind die Mittelwerte der WLE Scores (vgl. OECD 2020).

In der Tab. 4.12 sind die Zusammenhänge des Markers „Einstellung der Schüler:innen gegenüber Einwanderinnen und Einwanderern“ mit den Schulklimaskalen angegeben. Bei insgesamt schwachen Korrelationen besteht der stärkste Zusammenhang mit der Skala eines diskriminierenden Schulklimas. Schüler:innen, die von einem solchen Klima berichten, haben auch eher eine ablehnende Haltung gegenüber Einwanderinnen und Einwanderern. Des Weiteren gibt es einen positiven Effekt des wahrgenommenen Interesses der Lehrer:innen und des Zugehörigkeitsgefühls zur Schule auf eine grundsätzlich positivere Einstellung gegenüber Zuwanderung. Diese Befunde zeigen, dass das Schulklima einen signifikanten Einfluss auf menschenfreundliche Einstellungen der Schüler:innen hat.

Tab. 4.12: Zusammenhänge der Schulklimaskalen mit dem Marker „positive Einstellung gegenüber Zuwanderung“, Korrelationskoeffizienten

Korrelation nach Pearson	Positive Einstellung gegenüber Migrantinnen/Migranten	p	n
Schulpolitische Maßnahmen zur Beteiligung der Eltern	.004	.882	1 566
Diskriminierendes Schulklima	-.138	.000	2 613
Wahrnehmung des Wettbewerbs in der Schule	.049	.014	2 496
Allgemeine Angst vor Versagen	.069	.000	2 928
Wahrgenommenes Interesse der Lehrer	.115	.000	2 939
Subjektives Wohlbefinden: Zugehörigkeitsgefühl zur Schule	.106	.000	2 932

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der PISA-Daten (2018)

Um das Phänomen des diskriminierenden Schulklimas tiefergehend in den Blick zu nehmen, kann auf Basis der Daten aus der Schüler:innen-Befragung des Sozioökonomischen Panels (SOEP) analysiert werden, inwiefern unterschiedliche Kontextfaktoren die von den Schülerinnen und Schülern wahrgenommene Diskriminierung durch die Lehrpersonen beeinflussen. Dafür wurde ein logistisches Regressionsmodell berechnet, dessen Ergebnisse in Tab. 4.13 dargestellt sind. Dieses Modell untersucht die Wahrscheinlichkeit, ob Schüler:innen von einem Gefühl der Diskriminierung im Unterricht berichten. Und es überprüft den Einfluss des Geschlechtes, des Migrationshintergrundes und des ökonomischen Hintergrundes der Familie. Es wird deutlich, dass im Schulkontext die männlichen jungen Heranwachsenden eher von Diskriminierung betroffen sind. Betrachtet man die Randeffekte (Average Marginal Effects), liegt die Wahrscheinlichkeit, Diskriminierung wahrzunehmen, für Schüler um 6.2 Prozentpunkte (AME=-.062) höher als für Schülerinnen. Auch das Haushaltseinkommen hat einen signifikanten Effekt auf die von den Schülerinnen und Schülern wahrgenommene Diskriminierung. Das logistische Regressionsmodell prognostiziert für einen Anstieg des Einkommens um 100 Euro, ein Sinken der Wahrscheinlichkeit, von Diskriminierung betroffen zu sein bzw. davon zu berichten, um 0,2 Prozentpunkte (AME=-.002). Bei einem Einkommensunterschied von beispielsweise 2 000 Euro würde sich dieser Effekt zu 4 Prozentpunkten aufsummieren. Der Migrationshintergrund hat in diesem Modell keinen signifikanten Effekt.

Tab. 4.13: Logistische Regression zur Prädikation der wahrgenommenen Diskriminierung von Schülerinnen und Schülern durch Lehrpersonal

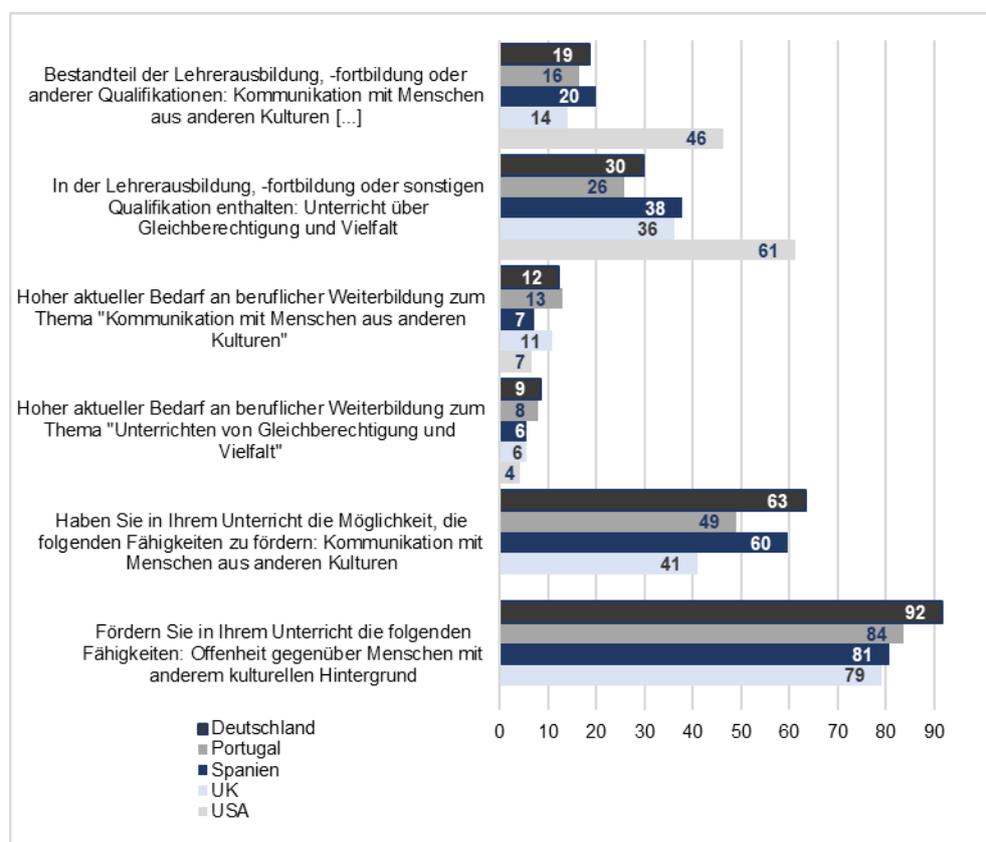
Abhängige Variable: von Diskriminierung berichtet (ja = 1/nein = 0)	Coef.	AME
weiblich	-.278***	-.062
Haushaltseinkommen	-.011***	-.002
mit Migrationshintergrund	.061	.014

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der SOEP-Daten 2014 bis 2020

Anmerkungen: Fallzahl: N = 6 496 Schüler:innen zwischen 12 und 14 Jahren (alle Schulformen), befragt in den Jahren 2014 bis 2020. Die abhängige Variable ist gebildet aus den nominal skalierten Items „Lehrer rufen mich seltener auf“, „Lehrer benoten mich strenger“, „Lehrer ermahnen mich öfter“ und „Lehrer halten mich für weniger klug“ mit den Antwortmöglichkeiten „Ja“ und „Nein“. Einkommen in 100-Euro-Stufen von 0 bis 18.999 Euro; AME = „Average Marginal Effects“

Die Abb. 4.26 verdeutlicht Angaben von Lehrerinnen und Lehrern über Themen, die in Ausbildung und Unterricht vorkommen und beschreibt die Bedarfe bezüglich des übergeordneten Themas der kulturellen Vielfalt im schulischen Kontext. Es kann gezeigt werden, dass die Lehrenden angeben, dass Themen der kulturellen Vielfalt in höchstem Maße im Unterricht behandelt werden. So geben beispielsweise 92 Prozent der deutschen Lehrkräfte an, im Rahmen des Unterrichts Fähigkeiten wie „Offenheit für Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund“ zu fördern. Auch vergleichbare Kategorien, die Gleichberechtigung, Kommunikation und Wissen gegenüber anderen Kulturen und Menschen zum Lernziel haben, werden von Lehrkräften deutscher Schulen im Unterricht thematisiert. Hierbei erzielen deutsche Lehrer:innen im internationalen Vergleich hohe Werte. Trotzdem ist gerade in diesem Kontext interessant zu erkennen, dass für die in Deutschland befragten Lehrkräfte diese Themen für nur 19 Prozent einen Bestandteil ihrer Aus- und Fortbildung darstellen. Dieser Wert liegt im europäischen Mittelfeld und ist, verglichen z. B. mit den USA, niedrig. Der angegebene Bedarf für diese Inhalte von Aus- oder Weiterbildung liegt mit 12 Prozent über den internationalen Vergleichswerten. Dieselben Tendenzen ergeben sich für die Frage, ob Gleichberechtigung und Vielfalt Teil der Ausbildung sind. Nur für 30 Prozent der Lehrkräfte in Deutschland ist dies der Fall, was den zweitniedrigsten Wert im internationalen Vergleich bedeutet.

Abb. 4.26: Lehrer:innenangaben zu Ausbildung, Bedarfen und Unterricht hinsichtlich demokratierelevanter Themen im internationalen Vergleich, Prozent



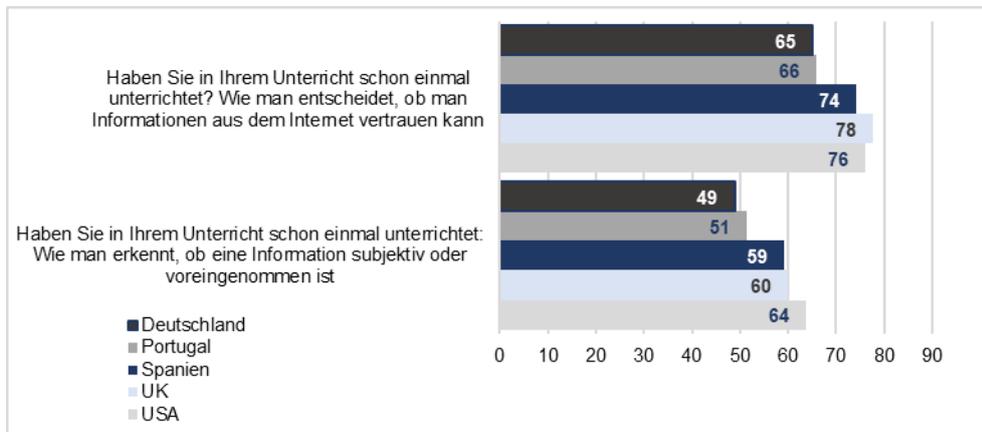
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der PISA(T)-Daten (2018)

Anmerkungen: N (Deutschland) = 4 929, N (Portugal) = 4 533, N (Spanien) = 18 793, N (UK) = 1 426, N (USA) = 2 819; für die letzten beiden Items keine Daten aus den USA vorhanden.

Beim Bedarf an Aus- und Weiterbildung im Bereich Unterrichten von Gleichberechtigung und Vielfalt liegen die deutschen Lehrkräfte mit neun Prozent im internationalen Vergleich ganz oben. Dies kann bedeuten, dass sie hierfür entweder sehr sensibel sind und ihre Kompetenzen stärker ausbauen wollen, oder aber dies erst in letzter Zeit zu einem für die Lehrkräfte wichtigen Weiterbildungsbedarf wurde.

Die Abb. 4.27 behandelt das Thema der Medienkompetenz und demnach die Förderung der Fähigkeit, Informationen (aus dem Internet) zu verstehen und reflektiert zu betrachten. Hier geben 65 bzw. 49 Prozent der deutschen Lehrkräfte an, diese Themen zu behandeln. Dies sind im internationalen Vergleich die niedrigsten Werte.

Abb. 4.27: Lehrer:innenangaben zu im Unterricht geförderter Medienkompetenz, Prozent

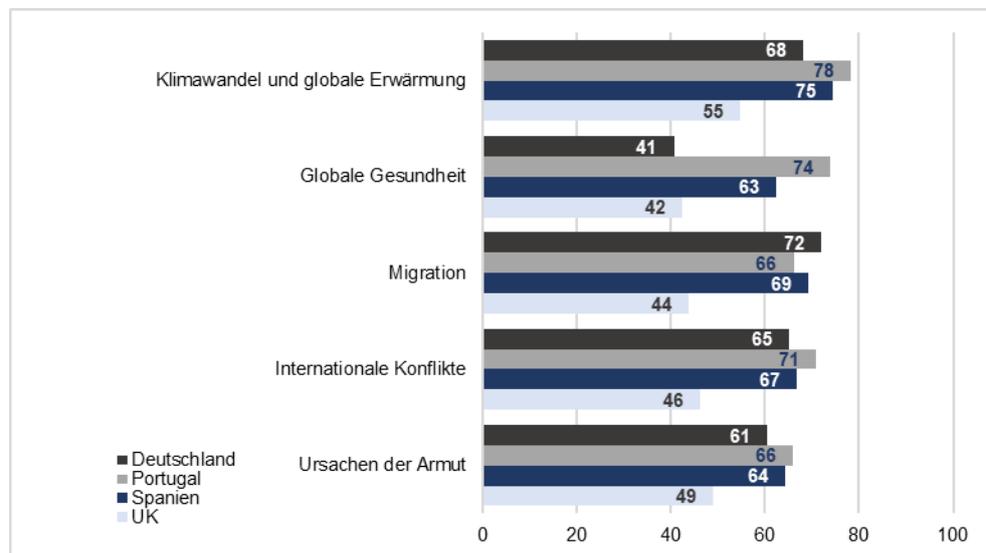


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der PISA(T)-Daten (2018)

Anmerkungen: N (Deutschland) = 4 929, N (Portugal) = 4 533, N (Spanien) = 18 793, N (UK) = 1 426, N (USA) = 2 819; für die letzten beiden Items keine Daten aus den USA vorhanden

Die Abb. 4.28 macht die, laut Angabe des Lehrpersonals, im Unterricht behandelten Themen sichtbar. Der Bezug zu aktuellen, gesellschaftlich und für die jungen Menschen in ihren Lebenswelten relevanten Themen kann nach Angabe der Fachkräfte im Unterricht hergestellt werden. Auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern lassen sich hier vergleichsweise hohe Werte feststellen.

Abb. 4.28: Von Lehrerinnen und Lehrern gesetzte Themen im Unterricht im internationalen Vergleich, Prozent



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der PISA(T)-Daten (2018)

Anmerkungen: Antworten der befragten Lehrer:innen mit „ja“ oder „nein“ auf die Frage „Beziehen Sie in Ihren Unterricht ein“ bzw. „Behandeln Sie in Ihrem Unterricht folgende Themen“.

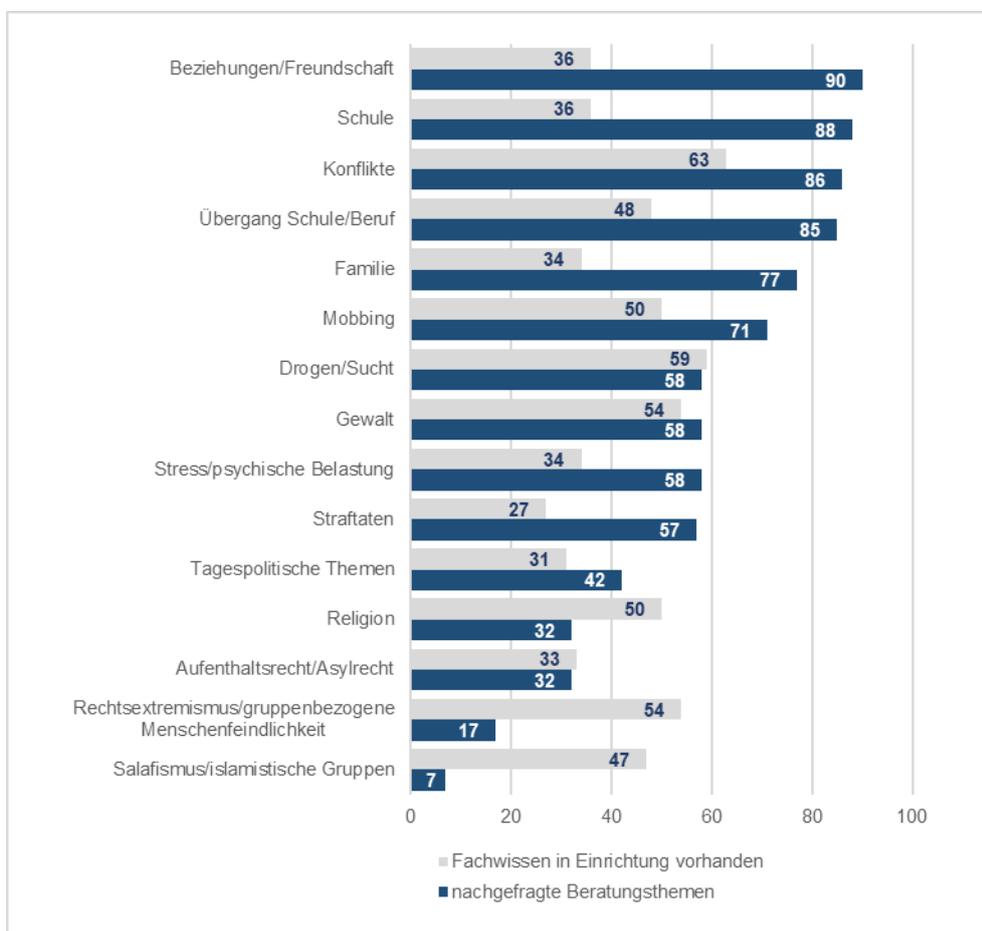
4.3 Kinder- und Jugendarbeit

Die unterschiedlichen Settings der Kinder- und Jugendarbeit (KJA) haben ein normatives Verständnis für Demokratieförderung und politische Bildung gemeinsam, da Demokratie und Vielfalt zu ihrem Grundverständnis gehören. Die Bezüge zu Demokratieförderung und Extremismusprävention werden in der KJA oftmals über Alltagsthemen hergestellt (Becker 2020, S. 70 f.). Nötig für eine solche Form von Inbezugsetzung sind fundierte pädagogische Kompetenz und Fachwissen in den jeweiligen Themenfeldern, zum Beispiel der Umgang mit extremistischen Einstellungen bei jungen Menschen und Wissen in politischer Bildung. Dies ist die unerlässliche Basis für die Jugendarbeit mit allen jungen Menschen und insbesondere mit extremistischen Jugendlichen oder jenen, die von extremistischer Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. In diesem Zusammenhang sind die sekundäranalytischen Auswertungen im Feld der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) zu sehen, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung unternommen wurden. Die Abb. 4.29 gibt einerseits Auskunft über den Anteil der Einrichtungen der OKJA (als Teilbereich der KJA), in denen Beratung zu dem jeweiligen Thema nachgefragt wurde, und andererseits auch über das nach Einschätzung der Einrichtung vorhandene Fachwissen innerhalb der Einrichtungen.

Beratungswissen zum Thema Rechtsextremismus/Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit schreiben sich 54 Prozent der Einrichtungen zu, in denen zu diesem Thema bereits Beratung dazu gesucht wurde. Damit gehört dieses Thema in die Gruppe der Wissensbereiche, die von den Einrichtungen am häufigsten vorgehalten werden, wenn eine entsprechende Beratung gesucht wurde. Ähnlich verhält es sich mit dem Thema Salafismus/islamistische Gruppen. Spezifisches Wissen ist bei

47 Prozent jener Einrichtungen verfügbar, in denen bereits auch Beratung zu diesem Thema gesucht wurde. Sowohl beim Thema Rechtsextremismus als auch Salafismus ist der Unterschied zwischen allen befragten Einrichtungen und jenen Einrichtungen, in denen Beratung zum Thema bereits gesucht wurde, besonders groß. Dieses Ergebnis deutet einerseits daraufhin, dass von einem großen Teil der Einrichtungen die Notwendigkeit gesehen wird, spezifische Kompetenzen zu dieser Thematik zu erwerben. Andererseits besteht die Vermutung, dass Jugendliche insbesondere in Einrichtungen mit entsprechenden Kompetenzen nachfragen, da sie um deren spezialisierte Kenntnisse wissen. Das könnte darauf hinweisen, dass die Fachkräfte auf aktuelle Bedarfe der Jugendlichen reagieren und die Nachfrage seitens beratungsbedürftiger Jugendlicher bereits mit ihrer Kompetenz verbunden ist, sich an geeigneten Orten Unterstützung zu suchen.

Abb. 4.29: Beratungsanfragen junger Menschen in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nach Themen und vorhandenes Fachwissen, relative Häufigkeiten



Quelle: Eigene Darstellung, Berechnung auf Basis der DJI-Jugendzentrumsbefragung 2018 durch die diese Befragung durchführenden Mitarbeitenden des DJI (Mairhofer u.a. 2022)

Anmerkungen: N = 1 181 Einrichtungen der OKJA in Deutschland

Ein weiteres Ergebnis der Analysen behandelte die Frage, inwiefern Freizeitaktivitäten wie der Besuch einer Gruppe im Kontext von KJA die Partizipation beeinflusst. Die UWE-Daten geben Auskunft darüber, wie hoch der Anteil junger Menschen im Alter von 11 bis 18 Jahren ist, die eine Jugendgruppe besuchen (siehe auch Abschnitt 2.4). Dieser liegt bei 21 Prozent. Betrachtet man nun den Anteil der jungen Menschen, die von sich selbst sagen, dass sie sich in der Zukunft freiwillig engagieren wollen, lässt sich festhalten, dass der Anteil bei den jungen Menschen, die eine Jugendgruppe besuchen, um zwölf Prozentpunkte höher liegt als bei denen, die keine Jugendgruppe besuchen, nämlich bei 72 Prozent. Dieser Unterschied bei den relativen Häufigkeiten ist statistisch signifikant ($\chi^2_{(1)} = 32.53, p = .000$).

4.4 Zwischenfazit: Kompetenz in der Praxis

Bezüglich des Praxisfeldes **frühkindliche Bildung** ließ sich auf Basis der vorhandenen Daten feststellen, dass sich ein Drittel des Fachpersonals darüber einig ist, dass die Förderung eines Verständnisses von demokratischen Prinzipien „sehr bedeutend“ für ihre pädagogische Praxis sei. Damit liegt diese Kompetenz „nur“ im Mittelfeld des Rankings aller zur Auswahl stehenden Kompetenzen. Die Abfrage zeigt demnach, dass die Relevanz des Einbezugs bzw. der Vermittlung demokratischer Werte im Kontext frühkindlicher Bildung noch sichtbarer gemacht werden muss. In diesem Rahmen können Ergebnisse des systematischen Literaturüberblicks, die von den pädagogischen Herausforderungen im Umgang mit demokratiefeindlichen oder extremistischen Einstellungen sprechen, die vor allem im Umgang mit den Eltern von betroffenen Kindern deutlich werden, mehr Kontext liefern. Die beschriebenen Unsicherheiten, die aufgrund von fehlendem oder nicht ausreichendem Wissen von Fachkräften beschrieben werden, geben konkrete Ansatzpunkte für Förder- und Forschungsprogramme. Diese beziehen sich u. a. auf den herausfordernden Umgang mit Eltern, die demokratiefeindliche oder extremistische Einstellungen besitzen (siehe Systematischer Literaturüberblick, Abschnitt 4.2., S. 40).

Extremismusprävention, Demokratieförderung sowie politische Bildung sind nicht zuletzt zentrale Aufgabe der **Schule**. Auch wenn die Datenbasen im Feld zumeist nicht explizit für die Untersuchung dieser Phänomene eingerichtet worden sind, erlaubt es die Datenlage doch, einige im Kontext relevante Aspekte zu untersuchen.

Bezogen auf das Thema kulturelle Vielfalt zeigen Analysen der PISA-Daten, beispielsweise zum Thema Weltoffenheit, dass das Interesse der deutschen Schüler:innen am Lernen über andere Kulturen deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Die Perspektive der Fachkräfte ist bei diesem Thema deshalb spannend. Sie geben zwar an, Themen kultureller Vielfalt im Unterricht zu behandeln, verweisen jedoch auch auf einen Bedarf an Aus- und Weiterbildung im Themenbereich. Insgesamt scheint die Förderung von Lehrkräften in Bezug auf Themen der politischen Bildung (fachspezifisch wie fächerübergreifend) gerade im Kontext von aktuellen gesellschaftlichen wie politischen Entwicklungen als sinnvoll.

Berechnungen über Zusammenhänge verschiedener Konstrukte mit der Einstellung der Schüler:innen gegenüber Migrantinnen und Migranten konnten die Bedeutung

des familiären Hintergrundes und der Einstellung der Eltern aufzeigen. Es wird aufgrund der Analysen auch deutlich, dass es förderlich ist, Bezüge zu aktuellen, gesellschaftlich und für die jungen Menschen in ihren Lebenswelten relevanten Themen im Kontext der Schule zu schaffen. Diese Notwendigkeit wird auch im Verweis auf theoretische Modelle deutlich, die formelle Bildung explizit als wichtigen protektiven Faktor gegen Radikalisierung herausgearbeitet haben (Beelmann/Michelsen 2022; Milbradt/Schau/Greuel 2019). Auch soziale Beziehungen, die in der Schule entstehen und sich entwickeln, spielen hier eine wichtige Rolle, denn Prozesse, die die Entwicklung von Identität und Vorurteilsstrukturen prägen, werden stark von sozialen Kontakten und Kontexten geprägt (Beelmann 2022, S. 163). Gerade die soziale Diversität und die Fähigkeit zu Empathie und kognitiver Differenziertheit sind Faktoren, die einer problematischen Sozialentwicklung entgegenwirken, gerade wenn diese in den Familien nicht vorherrschen und im Kontext von Schule gefördert werden können (Beelmann 2022). Das Schulklima kann demnach als Indikator für die Möglichkeit, soziale Diversitätsoffenheit, Empathie und kognitive Differenziertheit zu fördern, gesehen werden. Diesbezügliche Analysen haben ergeben, dass im europäischen Vergleich das Schulklima von jungen Menschen als überdurchschnittlich gut beschrieben wird. Auch die Werte für das Zugehörigkeitsgefühl zur Schule sowie das subjektive Wohlbefinden erweisen sich für junge Menschen in Deutschland als überdurchschnittlich hoch. Damit bestehen gute Voraussetzungen dafür, dass sich extreme Positionen schwieriger entwickeln können, aber trotzdem verweisen die niedrigen Weltoffenheitswerte und die für das Interesse am Lernen über andere Kulturen auf noch zu aktivierende Potenziale und bislang vertane Chancen der Prävention und Demokratieförderung.

Hinsichtlich des Themas der Diskriminierungserfahrungen an Schulen zeigt die sekundäranalytische Auswertung der Befragungsdaten, dass vor allem männliche Schüler und Schüler:innen aus sozial schwachen Verhältnissen von Diskriminierung durch die Lehrer berichten. Diese Formen der Diskriminierung sind deshalb in den Blick zu nehmen, da sie für die Identitätsentwicklung im sozialen Kontext prägend sein können.

Ein weiteres wichtiges, durch die Sekundäranalysen identifiziertes Thema im Schulkontext ist die Förderung der Medienkompetenz der Schüler:innen. Lediglich knapp die Hälfte der befragten Lehrkräfte gibt an, im Unterricht zu vermitteln, wie erkannt werden kann, ob Informationen aus dem Internet subjektiv bzw. voreingenommen sind. Im Kontext der europäischen Vergleichswerte und den digitalen Entwicklungen ist dies der niedrigste Wert, was eine verstärkte Einbindung dieser Wissensvermittlung in die Lehrpläne sinnvoll erscheinen lässt.

Die Sekundäranalysen in der pädagogischen Praxis der **Kinder- und Jugendarbeit** ergaben Befunde zur Fachkräfteperspektive auf Beratungsbedarfe für die jungen Menschen und zu in den Einrichtungen vorhandenem Fachwissen. Die Ergebnisse zeigen, dass zum Thema Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Salafismus und Islamismus zum einen Beratung angefragt wird und zum anderen Fachwissen existiert. Dies spricht dafür, dass Fachkräfte in der Lage sind, beratende Tätigkeiten im Kontext von Demokratieförderung und Extremismusprävention zu leisten. Insofern kann die Tatsache, dass die KJA einen positiven Faktor für die politische Bildung und Partizipation junger Menschen darstellt,

indem sie diese Bezüge über Alltagssituationen und -themen herzustellen vermag, empirisch gestützt werden. Festzuhalten ist in diesem Kontext, dass die auf Extremismusprävention und Demokratieförderung bezogene Datenlage im Bereich der KJA sehr dünn ist und daher die Sachlage nicht in der notwendigen Tiefe untersucht werden konnte. Dennoch lässt sich festhalten, dass die durch die KJA geleistete Bildungsarbeit im Feld der Extremismusprävention und Demokratieförderung weiter zu unterstützen ist. Das gilt insbesondere auch für die offene Kinder- und Jugendarbeit als informeller Bildungs- und Sozialisationsort.

5 Gesamtfazit

Der vorliegende Bericht hat eine Vielzahl von Daten genutzt, um Einstellungen junger Menschen zu Politik und Demokratie, speziell demokratiefeindliche Haltungen und Überzeugungen sowie die Perspektive von Fach- und Lehrkräften – teilweise auch der Schüler:innen – in den Kontexten früher Bildung, Schule und Kinder- und Jugendarbeit zu beleuchten. Am Ende jedes Kapitels fasst ein Zwischenfazit die Befundlage kompakt zusammen, sodass hier auf eine entsprechende Wiederholung verzichtet werden kann. Zusammenfassend kann als Gesamtfazit der Sekundäranalysen festgehalten werden, dass die Ausgangslage in Deutschland für Demokratieförderung und Extremismusprävention nicht einheitlich, aber auch nicht „ungünstig“ ist.

Bei den Befunden zu Einstellungen junger Menschen gegenüber Politik und Demokratie (Kapitel 2) stehen die vergleichsweise hohen Werte von politischem Interesse, politischer Selbstwirksamkeit, Demokratiezufriedenheit und der Einschätzung der Wichtigkeit bzw. Bedeutung von Demokratie auf die Gestaltung und den Erhalt einer demokratischen Gesellschaft in Deutschland im Mittelpunkt der Studie. Andererseits findet sich auch eine Zunahme im Zuspruch zu einer autoritären Regierungsführung und eine substantielle Verbreitung von Verschwörungsgläubigkeit und interpersoneller Gewalt, hier festgemacht am Mobbing (Kapitel 3). Vor dem Hintergrund der hier ermittelten Daten zur Verbreitung ungünstiger Phänomene und zu Risikogruppen betreffen die im Folgenden aufgeführten Hinweise auf mögliche Bedarfslagen insbesondere Potenziale für die Entwicklung neuer oder passgenauerer Ansätze und Angebote, die auf neue oder veränderte Phänomene sowie auf bisher kaum beachtete oder bearbeitete Herausforderungen reagieren.

Vor diesem Hintergrund lassen sich folgende kontext- und themenübergreifende Erkenntnisse als empirische Hinweise auf Bedarfe in den Bereichen Demokratieförderung, politische Bildung und Extremismusprävention aus den Sekundäranalysen ableiten:

- Zunächst ist es wichtig festzuhalten, dass die vorliegenden Befunde deutlich zeigen, dass die Jugendphase **die** Lebensphase ist, in der Demokratieförderung und Extremismusprävention Erfolg versprechend sind. Wenn die Menschen älter werden, scheinen sich demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen stärker zu verfestigen. Das wird deutlich, wenn betrachtet wird, dass junge Menschen verhältnismäßig (also im Vergleich zu älteren Menschen) geringe Werte haben bei Verschwörungsgläubigkeit, autoritärer Einstellung und Menschenfeindlichkeit. Die Analysen haben das gezeigt. Wenn daraus nun Bedarfslagen abgeleitet werden können, dann kann festgehalten werden, dass der allgemeine Bedarf für Demokratieförderung und Extremismusprävention also darin liegt, durch die Implementierung von **langfristig** angelegten Maßnahmen in die Regelstrukturen für Kinder und junge Menschen das Potenzial von noch nicht gefestigten Meinungen und Offenheit im Jugendalter auszunutzen. Die Langfristigkeit ist ein entscheidender Punkt, der nicht nur durch theoretische Modelle, sondern auch durch eine Vielzahl weiterer empirischer Studien bestätigt wird. Es zeigt sich, dass Radikalisierungsprozesse, aber auch der Aufbau einer

stabilen Identität meist über einen längeren Zeitraum erfolgen und die Lebensphase Jugend dafür entscheidend ist.

- Politisches Interesse ist ein entscheidender Faktor für politische Partizipation und sollte in Demokratieförderprogrammen besonders berücksichtigt werden. Zwar sind junge Menschen in Deutschland weniger an politischen Themen interessiert als die Älteren, doch ist dies teilweise auf einen allgemeinen Alterseffekt zurückzuführen. Das politische Interesse junger Menschen in Deutschland hat seit dem Jahr 2010 zugenommen, und Altersvergleiche innerhalb der Gruppe zeigen, dass das politische Interesse mit zunehmendem Alter wächst. Im internationalen Vergleich gibt es für junge Menschen in Deutschland keinen negativen Trend beim politischen Interesse, sodass nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich junge Menschen von Politik distanzieren und nicht für Demokratie interessieren.
- Damit zeigen die Befunde einen Bedarf an politischer Bildung und Demokratieförderung an, die an altersspezifische Interessenslagen anknüpfen, auf altersspezifische Kompetenzen und Wissensbestände zugeschnitten sind, und die sich nicht auf Wissens- und Kompetenzvermittlung beschränken, sondern Demokratiebildung im weiteren Sinne umfassen. Die Befunde sprechen überdies für einen Bedarf nach gezielter politischer Bildung und Demokratieförderung für Mädchen, die empowernd wirkt und sowohl das politische Interesse als auch die politische Selbstwirksamkeit stärkt.
- Politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement sind entscheidend für die Demokratieförderung, da sie positiv mit einer positiven Grundeinstellung zur Demokratie korrelieren. Für die Planung von Maßnahmen der Demokratieförderung sind Informationen über die Situation des politischen und gesellschaftlichen Engagements in Verbindung mit einer demokratischen Grundhaltung bei jungen Menschen in Deutschland wichtig. Die Bereitschaft, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren, scheint unabhängig von sozioökonomischen Kontextfaktoren in der frühen Jugendphase, im späteren Leben maßgeblich von diesen Faktoren abzuhängen. Es wurde deutlich: Die Erfahrung von Armut entmutigt! Gerade die frühe Jugendphase sollte deshalb für die Demokratieförderung genutzt werden. Hier können vor allem über Schulen, aber auch über die Kinder- und Jugendarbeit noch alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden.
- In Deutschland ist ein positiver Trend bei der Wahlbeteiligung und anderen Formen der Partizipation zu verzeichnen, wobei sich das Verhältnis zwischen jungen und älteren Menschen in Bezug auf die Zufriedenheit mit der Demokratie umkehrt. Dies deutet darauf hin, dass junge Menschen die aktuelle Regierungsform skeptischer und die Fähigkeit des politischen Systems, die großen aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, kritischer beurteilen. Es gibt jedoch keine empirische Begründung für die Annahme, dass die abnehmende Zufriedenheit der Jugendlichen mit der Demokratie zu einer Ablehnung der Demokratie als alternativlose Staatsform führt. Dennoch erscheint es sinnvoll, in pädagogischen Kontexten im Rahmen der Beschäftigung mit Demokratie unterschiedliche Regierungs- und Staatsformen zu reflektieren und zu diskutieren.

- Die Befürwortung autoritärer Herrschaft wird als Indikator für Demokratiefeindlichkeit herangezogen, wobei das in Kapitel 1 vorgestellte theoretische Modell die Annahme der Bedeutung dieses Phänomens für die Extremismusprävention stützt. Die Ergebnisse zeigen, dass Personen jüngeren Alters autoritäre Regierungsformen seltener befürworten: die am stärksten gefährdete Zielgruppe ist männlich, wohnt auf dem Land und verfügt über niedriges Bildungsniveau. Es bedarf daher Maßnahmen der Demokratieförderung und politischen Bildung, die die unterschiedlichen Bildungsstände junger Menschen, Geschlechterunterschiede und regionale Herausforderungen berücksichtigen und die thematisch auf diese spezifischen Zielgruppen zugeschnitten sind. Mit Blick auf die Stabilität autoritärer Einstellungen bietet das Jugendalter – mit noch wenig verfestigten Haltungen – günstige Bedingungen für Ansätze, die einer Verfestigung autoritärer Haltungen entgegenwirken.
- Der Glaube an Verschwörungen ist ein weiterer wesentlicher Aspekt der Demokratiefeindlichkeit, wobei jüngere Menschen in geringerem Maße an Verschwörungsmysmen glauben als ältere. Dennoch haben entsprechende Verschwörungserzählungen auch unter jungen Menschen substantielle Verbreitung und sollten im Rahmen politischer Bildung explizit adressiert werden. Da diese Mythen vor allem durch soziale Medien, Blogs u. ä. Verbreitung finden, sind auch medienbezogene Bildungsangebote unerlässlich. Diese sollten stärker in die politische Bildung und Demokratieförderung integriert werden und auf aktuelle Phänomene reagieren, Aufklärungsarbeit leisten und digitale Handlungskompetenzen vermitteln, z. B. das Erkennen von Falschnachrichten. Das könnte beispielsweise über die intensive Beschäftigung mit (Qualitäts-)Journalismus und Fact-Checking erfolgen, auch durch eigenes Erproben und Einüben journalistischer Arbeit. Diese Art der Förderung könnte dazu beitragen, auch im steigenden Alter (wenn Verschwörungsmysmen durchschnittlich mehr Glauben geschenkt wird) durch Medien- und Faktenkompetenz besser gegenüber Verschwörungsmysmen immunisiert zu sein.
- Mobbing ist ein Beispiel für Gewalt und Gewaltakzeptanz, insbesondere in der Lebensphase der Jugend. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass Mobbing ein nicht zu unterschätzendes Problem darstellt und dass insbesondere junge Männer und Migrantinnen sowie Migranten von sich selbst berichten, als Täter zu agieren. Junge Frauen geben öfter an, Opfer zu werden.
- Auch wenn die Analyse verschiedener Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigt, dass jüngere Vergleichsgruppen tendenziell niedrigere Werte aufweisen, insbesondere bei Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie, gilt dies nicht für junge Menschen, die sich dem rechten Rand des politischen Spektrums zuordnen. Präventionsbedarfe zeigen sich demnach insbesondere mit Blick auf Rechtsextremismus, wobei die Präventionsarbeit dennoch bereits bei den deutlich weiter verbreiteten rechtspopulistischen Einstellungen, z. B. Demokratieskepsis und verschiedene Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, ansetzen sollten.

- Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung sind zentrale Aufgaben der Schule. Die Befunde vorliegender Studie können dahingehend interpretiert werden, dass ein Bedarf an Weiterbildung in diesen Themenbereichen besteht, insbesondere was die Vermittlung von Medienkompetenz betrifft. Die in der Schule entstehenden sozialen Beziehungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung von Identitätsstrukturen und das positive Schulklima kann als Indikator für die positive Förderung dieser herangezogen werden. Hier ist die Ausgangslage nicht als schlecht zu bezeichnen. Allerdings gilt es, Themen der Weltoffenheit und Interesse für andere Kulturen weiter zu fördern und bislang ruhende Potenziale zu wecken.
- Auch Diskriminierung im Schulkontext sollte weiter untersucht werden. Die Befunde zeigen beispielsweise, dass Diskriminierungserfahrungen in der Schule insbesondere männliche Schüler und Schüler:innen aus sozial benachteiligten Verhältnissen betreffen. Alles in allem zeigen die auf Schule bezogenen Befunde, dass politische Bildung als wichtiger Bestandteil der Demokratieförderung in der schulischen Regelversorgung sowohl als Unterrichtsfach als auch als fächerübergreifendes Prinzip im Rahmen einer demokratischen Schul- und Unterrichtskultur gestärkt werden sollte.
- Die Analyse von Praxiskontexten in der frühkindlichen Bildung und in der Kinder- und Jugendarbeit zeigt die Bedeutung der Förderung demokratischer Prinzipien in der pädagogischen Praxis der Kinder- und Jugendhilfe. Zum Beispiel stimmt ein Drittel der Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung zu, dass das Verständnis demokratischer Prinzipien für ihre pädagogische Praxis entscheidend ist, aber diese Kompetenz liegt nur im Mittelfeld aller zur Auswahl stehenden Kompetenzen. Dies ist als Hinweis darauf zu werten, dass es einen übergeordneten Bedarf nach Fortbildung zur Demokratieförderung und Extremismusprävention bei Fachkräften in der Jugendhilfe gibt.
- Projektförmigkeit und Befristung von Angeboten, Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich sowie die eingeschränkte Ressourcenausstattung stellen Fachkräfte vor Herausforderungen, positiv im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention wirken zu können. Um diesem Umstand ein Stück weit zu begegnen, ist eine ausreichende Finanzierung von begleiteten Daueraufgaben wie Supervision und Netzwerkarbeit als notwendige Bestandteile professionellen Handelns empfehlenswert.

Mit dem hier vorliegenden Abschlussbericht der Sekundäranalysen im Projekt „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ wurde mittels Analyse vorliegender Datensätze eine empirische Grundlage für die Einschätzung und Ermittlung bestehender Bedarfe geschaffen. Für Entscheider:innen in Politik, politischer Administration und Fachpraxis kann ein solcher Überblick ein wichtiges Element von Bedarfsplanungen sein. Auch können die vorliegenden Befunde als Grundlage zur Identifizierung von Forschungslücken und zur Planung von Forschungsprojekten dienen.

6 Literaturverzeichnis

- Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin
- Arzheimer, Kai (2023): Quantitative Methoden zur Erforschung von rechtsextremistischem / rechtsradikalem / rechtspopulistischem Wahlverhalten. In: Häusler, A./Hess, C./Hoffstad, A./Virchow, F. (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden
- Becker, Helle (2020): Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11–13)
- Beelmann, Andreas (2022): Radikalisierung als Problem der Sozialentwicklung: Bedingungen und Präventionsmöglichkeiten. In: Beelmann, Andreas/Michelsen, Danny (Hrsg.): Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Wiesbaden, S. 153–178
- Beelmann, Andreas/Michelsen, Danny (Hrsg.) (2022): Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Wiesbaden
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter
- Cohen, Jacob (1988): Statistical power analysis for the behavioral sciences. Hillsdale, NJ
- Diehl, Claudia/Fick, Patrick (2016): Ethnische Diskriminierung im deutschen Bildungssystem. In: Diehl, Claudia/Hunkler, Christian/Kristen, Cornelia (Hrsg.): Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf. Wiesbaden, S. 243–286
- Frick, Vivian/Gossen, Maïke/Holzhauser, Brigitte/Winter, Florin (2023): Zukunft? Jugend fragen! 2021. Abschlussbericht. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
- Friedrichs, Jürgen/Leßke, Felix (2022): Ergebnispräsentation in der quantitativen Forschung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 317–332
- Gill, Thomas/Achour, Sabine (2019): „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung? In: Journal für politische Bildung, H. 9.2, S. 32–37
- Hafeneger, Benno (2019): Politische Bildung ist mehr als Prävention. In: Journal für politische Bildung, 9. Jg., H. 2, S. 22–25
- Hafez, Mohammed/Creighton, Mullins (2015): The Radicalization Puzzle: A Theoretical Synthesis of Empirical Approaches to Homegrown Extremism. In: Studies in Conflict & Terrorism 38 (September)
- Heitmeyer, Wilhelm (2002–2012): Deutsche Zustände. Folge 1 bis 10
- Jukschat, Nadine/Herding, Maruta/Jakob, Mara (2019): Demokratieförderung im Strafvollzug. Erfahrungen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“. In: Marks, Erich/Fünfsinn, Helmut (Hrsg.): Prävention & Demokratieförderung. Ausgewählte Beiträge des 24. Deutschen Präventionstages (20. und 21. Mai 2019 in Berlin)
- Kaas, Leo/Manger, Christian (2012): Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment. In: German Economic Review, 13. Jg., H. 1, S. 1–20
- Kruglanski, Arie W./Gelfand, Michele J./Bélanger, Jocelyn J./Sheveland, Anna/Hetiarachchi, Malkanthi/Gunaratna, Rohan (2014): The Psychology of Radicalization and Deradicalization: How Significance Quest Impacts Violent Extremism. In: Advances in Political Psychology, H. 35
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maïke (2021): Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Schröter, Franziska (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn
- Mairhofer, Andreas/Peucker, Christian/Pluto, Liane/van Santen, Eric (2022): Herausforderungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Empirische Erkenntnisse. Weinheim/Basel
- Mang, Julia/Seidl, Ludwig/Schiepe-Tiska, Anja/Tupac-Yupanqui, Ana/Ziernwald, Lisa/Doroganova, Anastasia (2021): PISA 2018 Skalenhandbuch. Dokumentation der Erhebungsinstrumente. Münster
- Milbradt, Björn/Schau, Katja/Greuel, Frank (2019): (Sozial-)pädagogische Praxis im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention – Handlungslogik, Präventionsstufen und Ansätze. In: Marks, Erich/Fünfsinn, Helmut (Hrsg.): Prävention & Demokratieförderung. Ausgewählte Beiträge des 24. Deutschen Präventionstages (20. und 21. Mai 2019 in Berlin)
- OECD (2020): PISA 2018 Results (Volume III). What School Life Means for Students' Lives
- Rottach, Andreas/Wielath, Svenja/Hofmann-van de Poll, Frederike/Goebel, Gloria (2022): Political Participation of Young People and Democracy in Europe. Literature Review and Overview of Quantitative International Databases. DJI
- Scherr, Albert (2022): Strukturelle Benachteiligung und Diskriminierung von Migrant/innen in Schulen. In: Bauer, Ullrich/Bittlingmayer, Uwe H./Scherr, Albert (Hrsg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden, S. 1185–1207

7 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

Abb. 1.1:	Dreistufiges entwicklungsorientiertes Modell der Radikalisierung	11
Abb. 2.2:	Politisches Interesse in Deutschland und Europa nach Altersgruppen, Mittelwerte	16
Abb. 2.3:	Politische Selbstwirksamkeitserwartung in Deutschland und Europa nach Altersgruppen, Mittelwerte	17
Abb. 2.4:	Beurteilung der Wirksamkeit von Politik und Wahlen in Deutschland und Europa nach Altersgruppen, Mittelwerte	18
Abb. 2.5:	Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und Europa nach Altersgruppen seit 2002, Mittelwerte	20
Abb. 2.6:	Demokratie-, Regierungszufriedenheit und Vertrauen in die Institutionen der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland 2019 und 2021, Mittelwerte	21
Abb. 2.7:	Politische Partizipation nach Altersgruppen, relative Häufigkeiten der Nennungen in den vergangenen zwölf Monaten in Prozent	22
Abb. 2.8:	Wahlbeteiligung in Deutschland bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen seit 2002, in Prozent	23
Abb. 2.9:	Politische Partizipation (Index) in Europa und Deutschland zwischen 2002 und 2020 nach Altersgruppen, Mittelwerte	24
Abb. 2.10:	Beurteilung der subjektiven Bedeutung, in einer Demokratie zu leben, in Europa und Deutschland 2012 und 2020 nach Altersgruppen, Mittelwerte	29
Abb. 3.11:	Zustimmung zu einer autoritären Regierungsführung nach Altersgruppen („Starke Hand“-Item) 2019 und 2021, Mittelwerte	36
Abb. 3.12:	Verschwörungsglaube in Deutschland nach Altersgruppen im Herbst 2020	38
Abb. 3.13:	Einstellung gegenüber Eliten nach Altersgruppen und im europäischen Vergleich, Mittelwerte	39
Abb. 3.14:	Negative Einstellung gegenüber Minderheiten in Deutschland und Europa nach Altersgruppen	41
Abb. 3.15:	Islamfeindlichkeit (Index) in Deutschland nach Altersgruppe seit 2012, Mittelwerte	42
Abb. 3.16:	Antisemitismus (Index) in Deutschland nach Altersgruppe seit 2006, Mittelwerte	43
Abb. 3.17:	Homophobie (Index) nach Altersgruppe und im internationalen Vergleich, Mittelwerte	43
Abb. 3.18:	Sozialdarwinismus (Index) in Deutschland nach Altersgruppe seit 2010, Mittelwerte	44
Abb. 3.19:	„Extreme“ Selbsteinstufung in das Rechts-Links-Schema in Deutschland über die Zeit nach Altersgruppen, Anteile in Prozent	45
Abb. 3.20:	Selbsteinstufung an den Rändern des Rechts-Links-Schemas nach Altersgruppen und im internationalen Vergleich, relative Häufigkeiten	46
Abb. 3.21:	Mittelwerte der Skalen Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus nach Rechts-Links-Selbsteinstufung und Altersgruppen	49
Abb. 3.22:	Mittelwerte der Items Demokratiezustimmung und -zufriedenheit sowie des Partizipationsindex nach Rechts-Links-Selbsteinstufung und Altersgruppen	50
Abb. 4.23:	Einschätzung des Förderbedarfs in der Kindertagesbetreuung durch das pädagogische Fachpersonal nach Themen, Anteil „sehr bedeutend“, in Prozent	55
Abb. 4.24:	Weltoffenheitsskalen aus der PISA-Studie (2018), Deutschland und Europa im Vergleich, Mittelwerte	56
Abb. 4.25:	Schulklimaskalen aus der PISA-Studie, Deutschland und Europa im Vergleich, Mittelwerte (WLE)	57
Abb. 4.26:	Lehrer:innenangaben zu Ausbildung, Bedarfen und Unterricht hinsichtlich demokratierelevanter Themen im internationalen Vergleich, Prozent	60
Abb. 4.27:	Lehrer:innenangaben zu im Unterricht geförderter Medienkompetenz, Prozent	61
Abb. 4.28:	Von Lehrerinnen und Lehrern gesetzte Themen im Unterricht im internationalen Vergleich, Prozent	62
Abb. 4.29:	Beratungsanfragen junger Menschen in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nach Themen und vorhandenes Fachwissen, relative Häufigkeiten	63

Tabellen

Tab. 2.1:	Regressionsmodelle zur Prädikation politischer Selbstwirksamkeitserwartung bei jungen Menschen	19
Tab. 2.2:	Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation, Politikverdrossenheit, Institutionenvertrauen, Mediennutzung und Alter	25
Tab. 2.3:	Regressionsmodell zur Prädiktion des gesellschaftlichen Engagements bei jungen Menschen	26
Tab. 2.4:	Logistische Regression zur Prädiktion des zukünftigen Engagements	27
Tab. 2.5:	Regressionsmodell zur Prädiktion der sozialen Aktivität	28
Tab. 2.6:	Regressionsmodelle zur Prädiktion einer positiven Einstellung gegenüber der Demokratie	30
Tab. 3.7:	Regressionsmodell zur Prädikation autoritärer Einstellungen („Starke Hand“-Item)	37
Tab. 3.8:	Regressionsmodell zur Prädikation des Verschwörungsglaubens	38
Tab. 3.9:	Logistische Regression zur Prädiktion des Mobbings (als Täter)	40
Tab. 3.10:	Regressionsmodell zur Prädiktion der Selbsteinstufung an die Ränder des Rechts-Links-Schema bei Gymnasialabsolventen 2021	48
Tab. 4.11:	Zusammenhänge der Weltoffenheitsskalen mit dem Marker „positive Einstellungen gegenüber Zuwanderung“, Korrelationskoeffizienten	56
Tab. 4.12:	Zusammenhänge der Schulklimaskalen mit dem Marker „positive Einstellung gegenüber Zuwanderung“, Korrelationskoeffizienten	58
Tab. 4.13:	Logistische Regression zur Prädikation der wahrgenommenen Diskriminierung von Schülerinnen und Schülern durch Lehrpersonal	58
Tab. D 1:	Liste der für die Sekundäranalysen verwendeten Datensätze	75
Tab. D 2:	Übersicht zu den verwendeten Skalen aus der PISA-Studie	77
Tab. D 3:	Index „Social Activity“	78
Tab. D 4:	Index Politische Partizipation (ESS).....	78
Tab. D 5:	Index Politische Partizipation (GEN Z)	79
Tab. D 6:	Index „gesellschaftliches Engagement“	79
Tab. D 7:	Regressionsmodelle zur Prädiktion demokratierelevanter Merkmale 2020, standardisierte Koeffizienten	80
Tab. D 8:	Index politische Selbstwirksamkeitserwartung (ZJf).....	80
Tab. D 9:	Index Vertrauen in Institutionen 2019 und 2021	81
Tab. D 10:	Index Politikverdrossenheit	82
Tab. D 11:	Index „Pro Demokratie“	82
Tab. D 12:	Index Verschwörungsglaube	83
Tab. D 13:	Index „Negative Out Group Attitude“	83
Tab. D 14:	Index Islamfeindlichkeit	84
Tab. D 15:	Index Antisemitismus.....	84
Tab. D 16:	Index Homophobie	85
Tab. D 17:	Index Sozialdarwinismus	85

8 Abkürzungsverzeichnis

AID:A	Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten
ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
AME	Average Marginal Effects
AV	Abhängige Variable
β	Standardisierter Koeffizient
BAFzA	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
BEOKJA	Befragung von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
BzTP	Bevölkerungsbefragung zum Thema Politikverdrossenheit
CoE	Concil of Europe
Coef	Regressionskoeffizient
Cronbachs Alpha	Maß für interne Konsistenz einer Skala (Reliabilität)
CSES	Comparative Study of Electoral Systems
DJI	Deutsches Jugendinstitut
ERIK	Entwicklung von Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung
ESS	European Social Survey
EU	Europäische Union
GEN Z	Generation Z
GIP	German Internet Panel
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
ICCE	International Civic and Citizenship Education Study
JIM	Jugend, Information, Medien
KJH	Kinder- und Jugendhilfe
KJA	Kinder- und Jugendarbeit
MW	Mittelwert
NEPS	Nationales Bildungspanel
NRW	Nordrhein-Westfalen
N	Fallzahlen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OKJA	Offene Kinder- und Jugendarbeit
PISA	Programme for International Student-Assessment
PISA(S)	Programme for International Student-Assessment (Students)
PISA(T)	Programme for International Student-Assessment (Teachers)
PSWE	Politische Selbstwirksamkeitserwartung
RadigZ	Radikalisierung im digitalen Zeitalter
Ref.	Referenzkategorie
SD	Standardabweichungen
SOEP	Sozioökonomisches Panel
SWE	Selbstwirksamkeitserwartung
UWE	Befragung „Umwelt – Entwicklung – Wohlbefinden“
WLE	Weighted maximum Likelihood Estimates
ZJf	Studie „Zukunft? Jugend fragen!“

9 Anhang

Tab. D 1: Liste der für die Sekundäranalysen verwendeten Datensätze

Kurztitel	Titel	Organisation/Institut	Zeit a	Alter	N b
AiDA	Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten	Deutsches Jugendinstitut (DJI)	2019–2021	12–27	>4 400
ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften	Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS)	2006–2021	16–27	>350
BEOKJA	Befragung von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit	DJI	2018	Fachkräfte	>1 800
BzTP	Bevölkerungsbefragung zum Thema Politikverdrossenheit	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)	2020	16–27	>300
CSES	Comparative Study of Electoral Systems	GESIS, Center for Political Studies (CBS), University of Michigan	2019	18–27	>200
ERiK	Entwicklung von Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung	DJI	2019	Fachkräfte	>8 500
ESS	European Social Survey	European Research Infrastructure Consortium	2002–2020	15–27	>1 150
GEN Z	Generation Z	BPA	2019–2021	14–24	>1 000
GIP	German Internet Panel	Universität Mannheim	2020	16–27	>550
NEPS	Nationales Bildungspanel	NEPS-Netzwerk mit dem Leibniz-Institut für Bildungsverläufe	2016–2021	15–20	>700

Kurztitel	Titel	Organisation/Institut	Zeit a	Alter	N b
PISA S	Programme for International Student Assessment (Students)	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	2018	15–16	>5 000
PISA T	Programme for International Student Assessment (Teachers)	OECD	2018	Lehrkräfte	>2 800
SOEP	Sozioökonomisches Panel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	2014–2020	12–14	>1 000
UWE	UWE-Befragung (Umwelt – Entwicklung – Wohlbefinden)	Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR)	2019	11–18	>3 000
ZJf	Zukunft? Jugend fragen!	Umwelt Bundesamt	2019	14–22	>1 000

Quelle: Eigene Auflistung

Anmerkungen:

- a Gemeint sind die Erhebungszeitpunkte bzw. der Zeitraum verschiedener Erhebungen, aus denen Daten in den Analysen Verwendung finden.
- b Fallzahlen beziehen sich auf die in Deutschland erhobenen Daten in der genannten Altersgruppe in der Spalte „Alter“.

Tab. D 2: Übersicht zu den verwendeten Skalen aus der PISA-Studie

Variablen-namen	Originaltext	Übersetzung
AWACOM	Awareness of intercultural communication	Sensibilität für interkulturelle Kommunikation
DISCRIM	Discriminating school climate	Diskriminierendes Schulklima
GFOFAIL	General fear of failure	Allgemeine Angst vor Versagen
GLOBMIND	Global-mindedness	Weltoffenheit
JOYREAD	Joy/Like reading	Freude/Lust am Lesen
ATTIMMP	Parents' attitudes towards immigrants	Einstellung der Eltern gegenüber Einwanderern
GCAWAREP	Parents' awareness of global issues	Bewusstsein der Eltern für globale Themen
EMOSUPP	Parents' emotional support	Emotionale Unterstützung durch die Eltern
INTCULTP	Parents' interest in learning about other cultures	Interesse der Eltern am Kennenlernen anderer Kulturen
PQSCHOOL	Parents' perceived school quality	Von den Eltern wahrgenommene Qualität der Schule
TEACHINT	Perceived teacher's interest	Wahrgenommenes Interesse der Lehrer
PERCOMP	Perception of competitiveness at school	Wahrnehmung des Wettbewerbs in der Schule
RESPECT	Respect for people from other cultures	Respekt für Menschen aus anderen Kulturen
PASCHPOL	School policies for parental involvement	Schulpolitische Maßnahmen zur Beteiligung der Eltern
GCSELFEFF	Self-efficacy regarding global issues	Selbstwirksamkeit in Bezug auf globale Themen
ATTIMM	Student's attitudes towards immigrants	Einstellung der Schüler gegenüber Einwanderern
GCAWARE	Student's awareness of global issues	Bewusstsein der Schüler für globale Themen
INTCULT	Student's interest in learning about other cultures	Interesse der Schüler am Lernen über andere Kulturen
BELONG	Subjective well-being: Sense of belonging to school	Subjektives Wohlbefinden: Gefühl der Zugehörigkeit zur Schule

Quelle: Eigene Auflistung auf Basis der Daten der PISA-Studie (2018)

Anmerkungen: Eine detaillierte Aufschlüsselung der einzelnen Skalen liefert das Skalenhandbuch der PISA-Studie (Mang u. a. 2021)

Tab. D 3: Index „Social Activity“

Index: MW = 2.83, SD = 3.02, n = 4 342

„Im Folgenden werden verschiedene Organisationen und Vereine aufgelistet. Gehen Sie diese bitte durch und geben Sie an, was zurzeit auf Sie zutrifft.“

Wertebereich 0–27, Anteile in %	1. Ich bin kein Mitglied (Wert=0)	2. Ich bin passives Mitglied (Wert=1)	3. Ich bin aktives Mitglied (Wert=3)
Sport-, Musik- oder Kulturverein, sonstige Hobbyvereinigung	53.0	13.8	33.2
Menschenrechts- Umwelt- oder Tier- schutzverein	86.2	11.4	2.4
Wohltätigkeitsverein oder Hilfsorganisation	77.9	16.0	6.2
Religiöse oder kirchliche Organisation	75.3	16.5	8.2
Jugend-, Eltern- oder Seniorenvereinigung	93.8	2.9	3.3
Bürgerinitiative	95.9	2.3	1.8
Berufsverband	85.3	11.1	3.6
Gewerkschaft	85.2	10.9	3.9
Politische Partei	94.4	3.2	2.5

Datenbasis: GIP

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten. Es wurde ein additiver Index aus den 0, 1 und 3 codierten Einzelitems erstellt, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an sozialer Aktivität.

Tab. D 4: Index Politische Partizipation (ESS)

Additiver Index: MW = .70; SD = .96; n = 285 578

„Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate...“

Wertebereich: 0–4	% genannt
...ein Abzeichen oder einen Aufkleber einer politischen Kampagne getragen oder irgendwo befestigt?	8.7
...bestimmte Produkte boykottiert?	20.3
...Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen?	15.3
...sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt?	26.2

Datenbasis: ESS

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten. Es wurde ein additiver Index aus den 0–1 codierten Einzelitems erstellt, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an politischer Partizipation.

Tab. D 5: Index Politische Partizipation (GEN Z)

Additiver Index: MW = 3.17; SD = 2.05; n = 650

„Auf der folgenden Liste finden Sie verschiedene Möglichkeiten, sich politisch bzw. gesellschaftlich zu engagieren und einzusetzen. Bitte geben Sie an, was Sie davon in den letzten 12 Monaten gemacht haben.“

Wertebereich: 0–10	% genannt
Ich habe an einer Wahl teilgenommen.	69.5
Ich habe mich mit anderen über Politik unterhalten.	62.5
Ich habe mich darüber informiert, was in der Politik so passiert.	58.5
Ich habe mich an einer Unterschriftenaktion/Online-Petition beteiligt.	32.3
Ich habe aus politischen oder ökologischen Gründen bestimmte Waren und Produkte boykottiert.	26.3
Ich habe Kommentare in sozialen Netzwerken/in Online-Foren zu politischen Themen gepostet.	14.8
Ich habe an Kundgebungen oder Demonstrationen teilgenommen.	12.6
Ich habe Partei-/Wahlkampfveranstaltungen besucht.	8.3
Ich habe mich in einer anderen politischen Organisation oder politischen Bewegung engagiert.	4.7
Ich habe mich in einer Partei engagiert.	3.6

Datenbasis: GEN Z

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten. Es wurde ein additiver Index aus den 0–1 codierten Einzelitems erstellt, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an politischer Partizipation.

Tab. D 6: Index „gesellschaftliches Engagement“

Index: MW = 5.03; SD = 2.28; n = 1 007

Prozent genannt	Ja	Nein
Online-Aktionen und Online-Petitionen unterstützt	57.8	42.2
An Demonstrationen teilgenommen	34.1	66.9
In einer Natur- oder Umweltschutzgruppe mitgearbeitet	21.2	80.9
In einer Partei aktiv gewesen	10.8	92.2
Aktionstage organisiert	14.8	89.2
Mich vegetarisch oder vegan ernährt	39.8	65.2
Bewusst auf eine Flugreise verzichtet	33.8	72.2
Kleidung gebraucht gekauft	57.3	49.7
Produkte aus biologischem Anbau gekauft	79.2	28.9
Bewusst auf Plastikverpackungen verzichtet	73.5	35.5
Dinge geliehen oder mit anderen geteilt	81.0	29.0

Datenbasis: ZfJ

Anmerkungen: M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten. Abgefragt wird das „ausgeführte politische und gesellschaftliche Engagement“ durch die Frage: „Es gibt viele Möglichkeiten, wie sich junge Leute (und andere) für Umwelt- und Klimaschutz engagieren können. Wie ist das bei Dir? Hast Du die folgenden Dinge schon einmal gemacht?“ Antworten sind in Prozentwerten angegeben. Es wurde ein additiver Index mit einem Wertebereich von 0 bis 11 gebildet mit 0 = „gar kein Engagement“ und 11 = „maximales Engagement“.

Tab. D 7: Regressionsmodelle zur Prädiktion demokratierelevanter Merkmale 2020, standardisierte Koeffizienten

Model N = 36 204	(1) PA	(2) ZU	(3) SW	(4) WI	(5) PI	(6) II	(7) LR	(8) VI
Partizipation (PA)	-		.23	.11	.23		-.14	
Zufriedenheit Demokratie (ZU)	-.06	-		.12			.07	.56
Politische Selbstwirksamkeitserwartung (SW)	.25	1	-	.003	.25			.06
Wichtigkeit Demokratie (WI)	.10	.08		-	.11			
Politisches Interesse (PI)	.25		.27	.14	-	.18		.06
Intensität Information (II)	.6				.13	-		
Links-Rechts Schema (LR)	-.11						-	
Vertrauen in Institutionen (VI)	.033	.59	.09		.09			-
Vertrauen in Mitmenschen	.06							.20
Lebenszufriedenheit		.14		.09			.10	.06
Geschlecht (1 = weiblich)			-.09		-.10		-.06	
Alter bis 21 (Ref. über 31)			.07		-.07	-.06		
Alter 21 bis 31 (Ref. über 31)			.05		-.09	-.05		
Migrationshintergrund								
Bildung			.06					
Einkommen			.07	.05		-.07		
Deutschland (Ref. Europa)		.08	.11	.06	.08	-.06	-.12	
korr. R ²	.24	.48	.28	.13	.32	.05	.06	.50

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des ESS (2020)

Tab. D 8: Index politische Selbstwirksamkeitserwartung (ZJf)

Index: MW = 2.40, SD = .55, n = 883, α = .59

„Nun geht es um weitere Einschätzungen zu politischen Fragen. Inwieweit stimmst Du der jeweiligen Aussage zu?“

Wertebereich 1–4 , Anteile in %	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher zu	Stimme überhaupt nicht zu
(1) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.	17.1	50.7	26.4	5.8
(2) Die Politikerinnen und Politiker kümmern sich darum, was die Leute denken.	3.4	20.3	50.7	25.6
(3) Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.	20.3	40.5	29.2	10.0
(4) Die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.	4.2	20.1	49.5	26.3

Datenbasis: ZfF

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha. Die Antworten sind in Prozentwerten angegeben. Die Kategorie „Weiß nicht“ wurde bei der Index-Bildung ausgeschlossen. Wertebereich von 1 = „Stimme voll zu“ bis 4 = „Stimme überhaupt nicht zu“, daher wurden alle Items revidiert, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an politischer Selbstwirksamkeitserwartung.

Tab. D 9: Index Vertrauen in Institutionen 2019 und 2021

2019: MW = 2.45, SD = .52, n = 803, α = .79

2021: MW = 2.52, SD = .48; n = 939, α = .71

„Wie stark ist jeweils das Vertrauen, dass Sie dieser Organisation oder Institution entgegenbringen?“

Wertebereich 1–4, Anteile in %	Jahr	Sehr stark	Eher stark	Weniger stark	Überhaupt nicht	Weiß nicht
Justiz, also die Gerichte	2019	15.7	42.7	29.5	7.2	4.9
	2021	18.1	50.2	24.7	4.9	2.2
Umwelt- und Hilfsorganisation wie Greenpeace oder Amnesty International	2019	13.6	37.7	26.7	13.1	8.9
	2021	11.2	37.6	32.9	15.2	3.2
Bundesregierung	2019	4.4	29.7	42.1	16.8	7.1
	2021	7.1	40.4	38.5	11.1	3.0
Bundestag	2019	5.1	27.1	42.3	16.4	9.2
	2021	6.2	40.4	40.0	9.4	4.0
Polizei	2019	21.1	49.4	22.2	5.5	1.9
	2021	21.4	48.1	23.2	6.4	.9
Kirchen	2019	3.2	13.1	28.1	47.9	7.7
	2021	3.4	12.3	37.3	44.4	2.5
Schule/Hochschule	2019	12.2	50.4	27.9	5.4	4.1
	2021	13.8	57.8	23.4	3.5	1.5

Datenbasis: GEN Z

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha. Der Index „Vertrauen in Institutionen 2019“ basiert auf Items, die abfragten: „Im Folgenden sehen Sie verschiedene Organisationen bzw. Institutionen: Wie stark ist jeweils das Vertrauen, dass Sie dieser Organisation oder Institution entgegenbringen?“ Die Antworten sind in Prozentwerten angegeben. Die Kategorie „Weiß nicht“ wurde bei der Index-Bildung ausgeschlossen. Wertebereich von 1 = „Sehr stark“ bis 4 = „Überhaupt nicht“, daher wurden alle Items recodiert, d. h. hohe Werte des Index stehen für ein hohes Maß an Vertrauen in Institutionen.

Tab. D 10: Index Politikverdrossenheit

Index: MW = 2.77, SD = .46; n = 677; α = .73

„Im Folgenden sehen Sie verschiedene Aussagen zur Politik in Deutschland. Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen.“

Wertebereich 1–4, Anteile in %	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
(1) Die Politik nimmt die Sorgen junger Menschen ernst.	3.4	12.0	49.2	31.2	4.2
(2) Politiker*innen benutzen eine Sprache, die für mich fremd und unverständlich ist.	13.8	39.0	30.4	13.2	3.6
(3) In politischen Talkshows kommen häufig junge Menschen zu Wort.	2.0	17.0	46.8	16.0	18.2
(4) Entscheidungsprozesse in der Politik sind für mich meistens nicht nachvollziehbar.	17.2	46.1	25.9	5.6	5.2
(5) Die Politik kümmert sich um die wirklich wichtigen Probleme.	2.4	16.7	47.6	29.2	4.1
(6) Die Menschen haben genug Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen.	6.0	23.3	46.6	19.8	4.4
(7) Es gibt keine Partei, deren Angebot mich überzeugt.	17.6	33.3	29.7	11.1	8.3
(8) Politik hat mit meinem Leben nichts zu tun.	8.9	18.5	36.8	30.6	5.3
(9) Den Parteien geht es nur um Macht.	31.1	40.7	19.8	2.3	6.2

Datenbasis: GEN Z

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha. Abgefragt wurden für den Index „Politikverdrossenheit“ die Einstellungen zu Politik und Gesellschaft durch die Frage: „Im Folgenden sehen Sie verschiedene Aussagen zur Politik in Deutschland. Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen.“ Die Antworten sind in Prozentwerten angegeben. Die Kategorie „Weiß nicht“ wurde bei der Index-Bildung ausgeschlossen. Wertebereich von 1 = „Stimme voll zu“ bis 4 = „Stimme überhaupt nicht zu“, daher wurden die Items 2, 4, 7, 8 und 9 recodiert, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an Politikverdrossenheit.

Tab. D 11: Index „Pro Demokratie“

Index: MW = 3.30, SD = .53, n = 878, α = .61

„Zu gesellschaftlichen und politischen Fragen kann man unterschiedlicher Meinung sein. Bitte gib für jede Aussage an, inwieweit Du dieser zustimmst.“

Wertebereich 1–4, Anteile in %	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
(1) Mir ist es sehr wichtig, in einer Demokratie zu leben.	62.6	26.5	5.8	1.1	4.0
(2) Ich finde gut, dass es die Europäische Union gibt.	39.0	40.7	7.9	3.2	9.2
(3) Ich finde es wichtig, an Wahlen teilzunehmen.	58.5	26.8	9.0	2.7	3.0
(4) Politik interessiert mich eigentlich nicht.	9.5	26.2	35.5	26.0	2.8

Datenbasis: ZFF

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha. Die Antworten sind in Prozentwerten angegeben. Die Kategorie „Weiß nicht“ wurde bei der Index-Bildung ausgeschlossen. Wertebereich von 1 = „Stimme voll zu“ bis 4 = „Stimme überhaupt nicht zu“, daher wurden die Items 1 bis 3 recodiert, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an Zustimmung zu demokratischen Prinzipien und Institutionen sowie politischem Interesse.

Tab. D 12: Index Verschwörungsglaube

Index: MW = 2.91, SD = 1.02, n = 2.015 $\alpha = .71$

„Geben Sie an, inwieweit Sie folgenden Aussagen zustimmen.“

Wertebereich 1–5 Anteile in %	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme über- haupt nicht zu
(1) Flüchtlingszuwanderung ist eine Strategie, um das deutsche Volk abzuschaffen.	11.0	19.2	27.9	41.5	.4
(2) Durch den Einfluss des Menschen verändert sich das Klima auf unserer Erde.	58.0	32.6	7.2	1.8	.3
(3) Radio, Fernsehen und Zeitungen verschweigen auf Druck der Bundesregierung wichtige Tatsachen.	20.9	38.1	26.8	14.0	.2
(4) In Deutschland kann man seine Meinung immer frei äußern, ohne Probleme zu bekommen.	18.7	36.0	29.4	15.8	.2

Datenbasis: BzTP

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert, SD = Standardabweichung, n = Anzahl der Befragten, α = Cronbachs Alpha. Angegeben sind die Anteile der Antworten in Prozent. Wertebereich von 1 = „Stimme voll zu“ bis 5 = „Stimme gar nicht zu“, zur Indexerstellung wurden die Items 1, 2, und 4 recodiert, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an Verschwörungsgläubigkeit.

Tab. D 13: Index „Negative Out Group Attitude“

Index: MW = 2.92, SD = .91, n = 58739, $\alpha = .75$

„Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu?“

Wertebereich 1–5, Anteile in %	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme über- haupt nicht zu
(1) Minderheiten sollten ihre Bräuche und Tradition der Mehrheitsgesellschaft anpassen.	28.0	35.2	16.1	13.6	7.1
(2) Minderheiten sollten sich dem Willen der Mehrheit unterordnen.	11.8	22.5	20.7	25.6	19.4
(3) Einwanderung ist gut für die Wirtschaft.	16.1	34.5	22.6	16.6	10.1
(4) Einwanderung schadet der Kultur des Einwanderungslandes.	10.0	17.4	18.1	29.4	25.1
(5) Einwanderung führt zu höherer Kriminalität.	13.9	22.6	21.1	22.6	19.9

Datenbasis: CSES

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha. Die Antworten sind in Prozentwerten angegeben. Wertebereich von 1 = „Stimme voll zu“ bis 5 = „Stimme überhaupt nicht zu“, daher wurden die Items 1, 2, 4 und 5 recodiert, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für eine positive Einstellung gegenüber Einwanderung und Minderheiten.

Tab. D 14: Index Islamfeindlichkeit

2021: MW = 4.04, SD = 1.64, n = 2 863, α = .82

„Stimmen Sie folgenden Aussagen zu?“

1 = „Stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 = „Stimme voll und ganz zu“

Wertebereich: 1–7	1	2	3	4	5	6	7
(1) Die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland sollte eingeschränkt werden.	28.1	12.1	8.3	14.7	10.8	9.2	16.7
(2) Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft.	5.4	5.9	8.0	17.0	15.3	17.8	30.6
(3) Die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland führt zu Konflikten.	7.4	10.3	11.3	20.2	18.7	13.9	18.5
(4) Islamische Gemeinschaften sollten vom Staat beobachtet werden.	10.7	11.3	9.3	17.4	14.7	13.7	22.8
(5) Ich hätte nichts gegen einen muslimischen Bürgermeister in meiner Gemeinde.	19.5	10.5	8.6	13.7	7.4	10.2	30.0
(6) Ich habe den Eindruck, dass unter den in Deutschland lebenden Muslimen viele religiöse Fanatiker sind.	9.0	16.9	12.0	14.7	13.8	13.5	20.1

Datenbasis: ALLBUS

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert, SD = Standardabweichung, n = Anzahl der Befragten, α = Cronbachs Alpha. Angegeben ist der Anteilswert in Prozent. Wertebereich 1 = „Stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 = „Stimme voll und ganz zu“, daher wurden für die Index-Bildung die Items 2 und 5 recodiert, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an Islamfeindlichkeit.

Tab. D 15: Index Antisemitismus

2021: MW = 2.29, SD = 1.27, n = 2.470, α = .66

„Stimmen Sie folgenden Aussagen zu?“

1 = „Stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 = „Stimme voll und ganz zu“

Wertebereich: 1–7	1	2	3	4	5	6	7
(1) Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.	36.2	14.3	3.6	16.5	10.0	6.0	7.4
(2) Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.	6.2	3.5	3.6	7.8	9.1	15.3	54.5
(3) Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.	20.3	13.4	9.1	16.5	13.7	11.2	15.8
(4) Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig.	53.6	14.1	6.9	11.2	6.1	3.7	4.4

Datenbasis: ALLBUS

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert, SD = Standardabweichung, n = Anzahl der Befragten, α = Cronbachs Alpha. Angegeben ist der Anteilswert in Prozent. Wertebereich 1 = „Stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 = „Stimme voll und ganz zu“, daher wurde für die Index-Bildung das Item 2 recodiert, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an Antisemitismus.

Tab. D 16: Index Homophobie

Deutschland 2020: MW = 1.88, SD = .86, n = 8.525, α = .82

„Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?“

Wertebereich 1–5, Anteile in %	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
(1) Schwule und Lesben sollten ihr Leben so führen dürfen, wie sie es wollen.	32.3	35.8	14.8	9.4	7.8
(2) Schwule und lesbische Paare sollten die gleichen Rechte haben, Kinder zu adoptieren, wie Paare, die aus Mann und Frau bestehen.	22.2	22.9	16.8	18.0	20.1
(3) Wenn ein nahes Familienmitglied schwul oder lesbisch wäre, würde ich mich schämen.	7.0	11.3	16.4	25.1	40.3

Datenbasis: ESS

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert, SD = Standardabweichung, n = Anzahl der Befragten, α = Cronbachs Alpha. Die Antworten sind in Prozentwerten angegeben. Wertebereich von 1 = „Stimme voll zu“ bis 5 = „Stimme überhaupt nicht zu“, daher wurde das Item 3 recodiert, d. h., hohe Werte des Indexes stehen für ein hohes Maß an Homophobie.

Tab. D 17: Index Sozialdarwinismus

2021: MW = 2.22; SD = .69; n = 5.068; α = .68

„Stimmen Sie folgenden Aussagen zu?“

Wertebereich 1–4	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
(1) Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen.	14.3	32.2	36.5	16.9
(2) Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.	18.9	34.1	37.4	12.6
(3) Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht.	27.3	43.9	23.4	5.5

Datenbasis: ALLBUS 2021

Anmerkungen: MW = arithmetischer Mittelwert, SD = Standardabweichung, n = Anzahl der Befragten, α = Cronbachs Alpha. Die Antworten sind in Prozentwerten angegeben. Wertebereich von 1 = „Stimme voll zu“ bis 4 = „Stimme gar nicht zu“, daher wurden alle Items recodiert, d. h., hohe Werte auf dem Index stehen für ein hohes Maß an Sozialdarwinismus.